

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Geschichte der neuesten Zeit

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1815 bis 1848

Bulle, Constantin

Berlin, 1888

Siebenter Abschnitt: Das Erstarken der Opposition (1840-1848)

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6465

Die Entschei-
dung in Frank-
furt.

Die Entschei-
dung im Bunde.

heitswahlen; hier und da erschien nur ein einziger Wähler; aber trotzdem hatte die Regierung Mühe eine beschlußfähige Zahl von Abgeordneten (37) zusammenzubringen und setzte auch bei diesen nicht mehr durch als eine Adresse, welche die Bereitwilligkeit zu einem Vergleiche aussprach. Ernst August fühlte sich sehr unbehaglich, schimpfte auf das „Federvieh“, die Professoren, die ihm soviel zu schaffen machten, titulierte die städtischen Behörden von Hannover Esel und verbot bei einer Krankheit die Ausgabe von Bulletins, weil die — sich ja doch über sein schlechtes Befinden nur freuen würden. Ein wahres Labfal war ihm daher der zweite Bundestagsbeschluß, der ein volles Jahr nach dem ersten, am 5. September 1839, zustande kam. Nicht ohne heiße Kämpfe. Der ganze Bund könne darüber auseinandergehen, meinte im Juli der hamburgische Gesandte Sieveking; hauptsächlich Preußen halte den König, weniger schon Osterreich; die anderen seien alle mehr oder minder gegen ihn, Bayern an der Spitze. Es sei eine Spaltung wie in zwei Häuser, Osterreich und Preußen stellten gleichsam das Oberhaus vor, die anderen das Unterhaus. Diese zuversichtliche Auffassung behielt aber doch nicht recht; als die Stunde der Entscheidung schlug, besaßen die Großmächte die Mehrheit; nur 6 Stimmen standen zu der guten Sache; die anderen entschieden, es sei keine Veranlassung zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Hannovers vorhanden. Nun konnte es kaum noch zweifelhaft sein, daß auch der Widerstand des Landes bald erlöschen werde. Die Ständeversammlung von 1840 wies eine regierungsfreundliche Mehrheit auf. Ein Verfassungsentwurf, welchen der König vorlegte, erhielt mit geringen Änderungen am 6. August die Zustimmung der Versammlung; die Domänen wurden wieder königliches Eigentum; das Gesetzgebungsrecht der Stände schrumpfte zu bloßer Begutachtung zusammen, ihre Sitzungen büßten die Öffentlichkeit ein, die Ministerverantwortlichkeit wurde aufgehoben. Kurz, der Triumph des verfassungsbrüchigen Monarchen war für den Augenblick vollkommen. Dem schärfer Blickenden aber mochte es nicht entgehen, daß der letzte Erfolg des dreijährigen Kampfes doch der liberalen Sache zu gute kam, daß nicht in Hannover allein das Königtum schweren Schaden gelitten und daß jener Geist des Vorwärtstrebens, den die Bundesbeschlüsse von 1834 wirksam zurückgedrängt hatten, wieder mächtig an Boden im Volke gewonnen habe.

Der Ultramontanismus und die Kölner Wirren.

Nicht wenig hatte dazu freilich eine zweite Kette von Ereignissen beigetragen, der seit dem Jahre 1837 entbrannte Kampf zwischen Preußen und dem Ultramontanismus. Während der zwei ersten Dezennien des Jahrhunderts hatte innerhalb des deutschen Katholizismus ein friedlicher und versöhnlicher Geist geherrscht: das Zeitalter der Aufklärung hatte auch in der römischen Kirche seine Früchte getragen. Konnte der Ratio-

nalismus in ihr auch nicht so tiefe Wurzeln schlagen wie in der evangelischen Theologie, so hatte er sich doch ein weites Gebiet auch hier erobert. Erlebte man es doch in Wien, daß ein katholischer Professor vom Katheder herab die Gottheit Christi leignete; las man doch in einer Zeitschrift, die unter Leitung Wessenbergs, des Generalvikars von Konstanz, erschien, daß die Lehre von der Brotverwandlung ungereimt und die vom Fegfeuer phantastisch, daß die Anrufung der Heiligen Aberglaube und die Verehrung der Bilder Abgötterei sei. Katholische Gelehrte arbeiteten mit protestantischen um die Wette an der Prüfung der Echtheit biblischer Bücher, und katholische Theologen vermaßen sich die Wahrheit der Kirchenlehre nicht aus ihrer Natur als einer geoffenbarten, sondern aus philosophischen Systemen zu erweisen. Unter ihnen galt als Haupt und Führer der Professor Hermes, der bis 1820 in Münster und dann von Bonn aus einen so bedeutenden Einfluß übte, daß alle seine Bonner Kollegen und die Mehrheit der Geistlichen in der Rheinprovinz sich zu seiner Lehre bekannnten, daß Erzbischöfe und Bischöfe zu seinen Freunden und Beschützern gehörten. Und nicht bloß in der Wissenschaft machte sich diese reformatorische Richtung geltend; neben ihr her ging eine andere, welche den katholischen Kultus reinigen und eine Annäherung an den Protestantismus suchen wollte. Nicht ganz selten waren die Fälle, daß katholische Theologen, ja ganze Gemeinden, wie die Zillertal in Tirol, mit ihren Geistlichen ihren Glauben verließen. Andere begnügten sich damit, auf eine nationalere Form des Katholizismus zu drängen, wie Wessenberg, der den deutschen Kirchengesang, oder die schlesischen Pfarrer, welche die deutsche Messe verlangten. Besonders lebhaft wurde die Ehelosigkeit der Geistlichen angefochten. Einzelne Pfarrer verheirateten sich eigenmächtig, andere forderten öffentlich, z. B. in Schlesien und im Bistum Trier, die gesetzliche Abschaffung derselben; die süddeutschen Kammern erhielten fast in jeder Sitzungsperiode Bittschriften in diesem Sinne, darunter eine von mehr als 150 Priestern unterschriebene, zu deren Gunsten der badische Landtag einen Beschluß faßte. Bei der Einsegnung gemischter Ehen wurde die Forderung des Versprechens, daß alle Kinder katholisch erzogen werden sollten, die Bedingung, unter der allein Rom sie gestattete, fast nirgends mehr streng innegehalten. Auch ein freundschaftlicher Verkehr mit den protestantischen Geistlichen war mehr die Regel als die Ausnahme. Zwischen gleichartigen Richtungen beider Bekenntnisse fanden lebhafteste gegenseitige Beziehungen statt, so in den mystisch-pietistischen Kreisen, denen auf katholischer Seite der Regensburger Bischof Sailer angehörte. Auch an solchen Prälaten fehlte es endlich nicht, die ohne religiöses und kirchliches Interesse sich in behaglichem Wohlleben gefielen und zu allem eher bereit waren als zum Märtyrertum für ihre Kirche. Wenn diese dem Katholizismus weder zur Ehre noch zum Segen gereichten, so waren sie andererseits doch auch die letzten, die den Frieden zwischen den Bekenntnissen gestört hätten.

Reformbestrebungen.

Die streng-
katholische
Partei.

Gegenüber dieser Laßheit in sittlicher, dogmatischer und kirchenpolitischer Hinsicht bildete sich nun ein beträchtlicher und in seinem innersten Kerne ehrenhafter Widerstand heraus, der in mannigfach verschiedenen Farben spielte. So lebten in Münster die Brüder von Drost-Bischering. Der eine von ihnen war Bischof und trotz seiner persönlich strengen Ansichten doch versöhnlich; der zweite, Clemens August, verfocht schon 1817 in einer Schrift die Rechte der Kirche gegenüber dem Staate und berief sich als Generalvikar von Münster bei seinen der Regierung mißliebigen Schritten auf das Gebot des heiligen Geistes in seinem Inneren. Er lebte in fortwährendem Kampfe mit dem Oberpräsidenten Vincke, wo denn ein Eisenkopf gegen den anderen stand, bis der friedfertige Bischof sich einen anderen Generalvikar aussuchte. In den Rheinlanden war der Hauptkämpfe des kriegerischen Katholizismus Joseph Görres. In ihm waren Religion und Politik vollkommen zur Einheit verschmolzen, Begeisterung für den Katholizismus und Haß gegen das protestantische Preußen nur die entgegengesetzten Pole desselben Gefühles. Als vorgeschobener Posten stand er in vielfacher Berührung mit dem Hauptquartier der katholischen Preußenfeinde, das sich in Frankfurt am Main gebildet hatte und in seiner Mitte einige bedeutende Konvertiten, wie Friedrich von Schlegel und die Brüder Schloffer, zählte. Diese hatten Fühlung mit allem, was auf die Wiederbelebung des strengen Katholizismus hinarbeitete. Sie kämpften gegen Wessenberg, der eine deutsche Nationalkirche unabhängig von Rom zu gründen strebte, und gegen Sailer, der nach einer Gemeinschaft der Heiligen aus allen Bekenntnissen trachtete. Sie kämpften für äußere und innere Kräftigung der Geistlichkeit durch Begründung von Bibliotheken und Vermehrung ihrer Einkünfte. Sie arbeiteten an dem, was sie Freiheit der Kirche nannten, indem sie die Bistümer direkt unter Rom stellen und so einrichten wollten, daß sie möglichst wenig mit den Landesgrenzen zusammenfielen, so daß ein deutsches Ländchen aus Teilen von drei, vier Bistümern, ein Bistum aus Teilen von drei, vier Ländern bestände. Sie begünstigten ganz besonders auch das Wallfahrtswesen, die Wunderthäter und Wundererscheinungen, die in nicht geringer Zahl in diesen Jahren zum Troste der Gläubigen ans Licht traten. Die ganze, während der napoleonischen Herrschaft zu Grabe getragene Mirakelwelt mußte wiederauferstehen. Die alten wunderthätigen Muttergottesbilder wurden neu aufgeputzt mit Seide, Wachspersen, echtem und Modegold, der ganze Reliquienvorrat wiederhervorgeholt und abgestäubt; mit Fahnen und Gesang setzten sich die bisher verbotenen Prozessionen in Bewegung, und die Wallfahrtsstädte und Mirakelorte jubelten Hosanna. Der mystischen Romantik, die in den zwanziger Jahren eine so weite Verbreitung hatte, war solche Umwandlung eine wahre Herzensfreude und ihre Häupter suchten mit Emsigkeit nach Wundern und Wunderthätern um sie zu verherrlichen. Die Gräfin Stolberg vertrieb in Münster ihre Gnadenheller und Wunderpfennige, welche die Mutter Gottes einer Nonne im Traume

Wunderthäter.

übergeben haben und deren Heilkraft sich vom Husten und Schnupfen bis zum Podagra und zur Cholera erstrecken sollte. Clemens Brentano pries die Nonne von Dülmen, die jahrelang von Wasser und geschabten Äpfeln lebte und jeden Freitag — zwei Ärzte bezeugten es — aus den Wundermalen des Herrn blutete. Mehr noch als sie, war das Tiroler Wunderfräulein Marie von Mörl begnadigt; denn an jedem Freitag war es ihr vergönnt, den Todeskampf des Heilandes zu durchleben, um die dritte Stunde zu sterben und mehrere Minuten tot zu bleiben. Das größte Aufsehen von allen Wunderthätern erregte jedoch der Fürst Alexander Hohenlohe mit seinem Begleiter, dem Bauern Martin Michel, der die Gräfin Schwarzenberg von ihrer Lahmheit und den bayerischen Kronprinzen von seiner Schwerhörigkeit heilte, bis endlich die Polizei sich trotz des hohen Patienten ins Mittel legte und dem Unfug ein Ende machte.

Derselbe romantische Zug, welcher dies Mirakelwesen förderte, ver- Befehrungen.
 anlaßte zahlreiche Befehrungen von Protestanten zum Katholizismus; neben Dichtern, Gelehrten und Künstlern, deren Zahl nicht gering war, gelang es auch zwei deutsche Fürsten, den Herzog Friedrich von Gotha (noch als Erbprinzen) und den Herzog von Köthen mit seiner Gemahlin, zu bekehren. Der letztere ging dann gar soweit sich in sein protestantisches Ländchen sechs Bettelmönche zu verschreiben, die weitere Befehrungen herbeiführen sollten. Den vertrauteren Verkehr mit Rom vermittelte der Nuntius in München. Bei ihm liefen alle Klagen über unrömisches Wesen deutscher Prälaten zusammen und er erledigte sich seines Amtes mit so viel Eifer, daß der Erzbischof von Köln die Hilfe des preußischen Gesandten in Rom anrufen mußte um den Anschwärzungen der Nuntiaturs zu entgehen. Die Fäden aber, welche in München gesponnen wurden, gingen bis in das preußische Kultusministerium, wo der Geheime Rat Schmedding das eifrige Werkzeug der päpstlichen Partei und zugleich in katholischen Kirchensachen der einflußreichste Mann war.

Im Hintergrunde dieser ganzen Bewegung standen die Jesuiten, Die Jesuiten.
 denen offen hervorzutreten noch nicht vergönnt war. Denn obgleich Pius VII. den Orden 1814 wiederhergestellt hatte, so war er doch, außer in Neapel und Sardinien, nur in Spanien und einigen Schweizer Kantonen zugelassen worden, und wurde selbst in Oesterreich bis 1836 nur in Galizien geduldet. Die Politik der päpstlichen Kurie aber beherrschte er schon jetzt vollkommen und leitete sie im Geiste der anmaßlichsten Rücksichtslosigkeit. Pius VII. selbst hatte eingestehen müssen, daß er den akatholischen Mächten, besonders Rußland und Preußen, zum guten Teil seine Wiedereinsetzung zu danken habe. Gleichwohl lag ihm nichts ferner als durch freundliches Entgegenkommen ihnen seinen Dank zu beweisen. Die Lage der katholischen Kirche in Preußen und Die katholische Kirche in Deutschland.
 in ganz Deutschland bedurfte dringend einer Neugestaltung; denn die alten Formen waren mit dem Untergange des Reiches zu Grabe getragen

und konnten nicht einfach wieder ins Leben gerufen werden. Daß der Papst gleichwohl auf dem Wiener Kongreß kurz und gut die Erneuerung des alten römischen Reiches (deutscher Nation und die Herstellung der 1803 beseitigten geistlichen Staaten forderte, erregte doch überall nur mitleidiges Lächeln. Auch fügte man sich in Rom in das unvermeidliche und begann mit den deutschen Staaten Unterhandlungen über die künftige Stellung der Staatsgewalten zu der päpstlichen Kirche. Da der deutsche Bund in seiner Gesamtheit mit dieser Frage nichts zu schaffen hatte, so verhandelten Preußen, Bayern und Hannover jedes für sich, während die meisten übrigen Staaten sich im März 1818 auf Konferenzen, die unter Wangenheim's Vorsitz in Frankfurt abgehalten wurden, über ein gemeinsames Vorgehen verständigten. Aber die Deklaration, die sie demgemäß in Rom abgeben ließen, stieß bei dem Papste und dem Cardinal Consalvi auf den entschiedensten Widerspruch, und die ablehnende Haltung Preußens und Hannovers zersprengte bald den Bund der kleinen Fürsten. Überall kam man von dem Gedanken eines förmlichen Konkordates zurück, weil man erkannte, daß es ohne die Unterstützung der mächtigeren Staaten rein unmöglich sei von der Kurie die unentbehrlichen Zugeständnisse zu erlangen. Nur Bayern hatte seine Verhandlungen schon 1817 zum Abschluß gebracht, indem es bereitwillig den päpstlichen Forderungen nachgab und durch ein Konkordat der römischen Kirche alle Rechte gewährleistete, die sie nach göttlicher Anordnung und den kirchlichen Satzungen zu genießen habe. So wurde die Erziehung der Geistlichen ohne jede staatliche Überwachung den Bischöfen anvertraut; es wurde ihnen die Aufsicht über die Volksschulen übertragen; ihre Strafgewalt über den Klerus unterlag keinen Beschränkungen; ihr Verkehr mit Rom war jeder Kenntnissnahme der Regierung entzogen; Bücher, die sie für unchristlich und gefährlich erklärten, mußten vom Staate unterdrückt werden, und jede Veränderung irgend einer Bestimmung des Konkordates, ja jede Auslegung und Deutung derselben wurde von der Zustimmung des Papstes abhängig gemacht. Der inhaltschwere Sinn dieser letzten Verpflichtung trat schon ein Jahr darauf an den Tag, als der Papst gegen die neue bayerische Verfassung Einspruch erhob und den Geistlichen verbot dieselbe zu beschwören, weil durch sie das Konkordat verletzt werde. Gegen solche Annäherung lehnte sich zwar zuerst selbst der gut katholische König auf, aber nach mehrjährigen Verhandlungen fügte er sich und gab am 13. September 1821 die Erklärung von Tegernsee ab, wonach der Eid auf die Verfassung zu nichts verpflichtete, was den katholischen Kirchensatzungen entgegen war. Solchen Erfahrungen und Beobachtungen gegenüber mußten Preußen und die anderen deutschen Staaten allerdings wohl die Lust zum Abschluß von Konkordaten verlieren. Sie begnügten sich vielmehr damit, Vereinbarungen über Zahl, Umfang, Dotation und Besetzung ihrer Bistümer mit dem Papste zu treffen und die sog. Cirkumskriptionsbullen, in welchen dieser das nötige anordnete, unter Vorbehalt ihrer Hoheits-

Die Cirkumskriptionsbullen.

rechte und der Rechte ihrer evangelischen Unterthanen zu bestätigen. Preußen that dies hinsichtlich der Bulle de salute animarum vom 16. Juli 1821, Hannover 1824, die übrigen Staaten, welche zu der sog. oberrheinischen Kirchenprovinz vereinigt wurden, 1821 und 1827. Das Ergebnis war die Begründung von 15 Erzbistümern und Bistümern in dem nichtösterreichischen und nichtbayerischen Deutschland. Vier davon fielen auf das westliche Preußen, das Erzstift Köln mit den Bistümern Trier, Münster und Paderborn; vier auf das östliche: Breslau, Ermeland, das Erzstift Posen-Gnesen und Kulm; zwei auf Hannover: Hildesheim und Osnabrück; fünf auf die oberrheinische Kirchenprovinz: Freiburg als Erzbistum und als Bistümer Mainz, Fulda, Limburg und Rottenburg. Die Wahl der Kirchenfürsten wurde fast überall den Domkapiteln überlassen mit der Bedingung, daß sie keine dem Landesfürsten ungenehme Person und keine Ausländer wählen dürften. In der That gelangten denn auch auf fast alle Stühle Männer, die mit ihren Regierungen in friedlichem Einvernehmen zu wirken wünschten und verstanden, so daß beispielsweise Pius VIII. im Juni 1830 an die fünf Bischöfe der oberrheinischen Provinz ein bitteres Klageschreiben zu richten sich veranlaßt fand, weil sie gegen gewisse Übergriffe ihrer Regierungen keine Schritte gethan und ihm nicht einmal davon Anzeige gemacht hätten; ja er schuldigte den einen derselben an, diesen Neuerungen durch Beifall und Beihilfe Ansehen und Kraft verliehen zu haben. In der That waren die Regierungen ungewöhnlich weit gegangen; sie hatten unter anderem die sämtlichen Einrichtungen der katholischen Kirche nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalt bestätigt diese Anerkennung jederzeit auf gesetzlichem Wege zurücknehmen zu können ohne darüber erst mit der Kirche zu verhandeln. Dennoch hatte das Ermahnungsschreiben des Papstes nur bei dem Bischof von Fulda soviel Einfluß, daß er sich zu einem Protest bei seiner Regierung verstand; die anderen vier hielten es nicht einmal einer Antwort für wert; ja der besonders scharf getadelte Bischof von Mainz fuhr fort seine Regierung in ihrer Haltung zu bestärken und der von Rottenburg stimmte als Mitglied der württembergischen Kammer gegen den Antrag eines Laien, der die Minister aufforderte jene vom Papste gerügten Neuerungen wieder aufzuheben. Wenn man solche Thatsachen bedenkt oder auch die andere, daß der Bischof von Regensburg 1818 trotz des päpstlichen Verbotes den Eid auf die bayerische Verfassung ablegte, so empfindet man doppelt stark den Umschwung, der seit jenen Zeiten in der Haltung des deutschen Episkopates sich vollzogen hat.

Auch die preußische Regierung stand damals mit allen ihren Bischöfen im besten Einvernehmen; aber auch mit der päpstlichen Kurie hatte sie sich auf einen recht guten Fuß gesetzt. Die Summen, welche sie 1821 für die Ausstattung der Bistümer bewilligte, waren so reichlich ausgefallen, daß sie hinter den kühnsten Erwartungen nicht zurückblieben. Obendrein hatte der König während der Verhandlungen und

Die Haltung
der Bischöfe.

Die preußische
Regierung und
Rom.

bei der Bekanntmachung unumwunden erklärt, daß er diese Bewilligungen nicht als eine der römischen Kirche erwiesene Gnade, sondern als die Erfüllung einer wohlbegründeten Verpflichtung ansehe, und hatte versprochen, vom Jahre 1833 ab, wo ein Teil der preußischen Domänen, wie man hoffte, aufhörte als Hypothek für die Staatsschulden zu dienen, den Bistümern Grundbesitz als Eigentum zu überweisen, damit dessen Ertrag an die Stelle der einstweilen jährlich bar zu zahlenden Unterhaltungssummen trete. Papst Pius VII. nahm denn auch keinen Anstand, das Verhalten des Königs als wunderbar zu bezeichnen und einzugestehen, daß gegen einen katholischen Fürsten, der sich protestantischen Wünschen gegenüber so willfährig gezeigt hätte, das Verdammungsurteil nicht ausbleiben könnte. Auch von seinem Nachfolger Leo XII. erzählt Bunsen, daß er, Hände und Augen zum Himmel erhebend, die besondere Gnade der Vorsehung gepriesen habe, die sich in diesen Maßregeln Preußens kundgebe. Was der König dann weiter im einzelnen für die katholische Kirche besonders in den Rheinlanden that, mußte gleichfalls zum Danke stimmen. So gründete er dort zwei große katholische Priesterseminare; er verbesserte zum Teil aus seiner eigenen Kasse die Gehälter am schlechtesten bezahlten Geistlichen; das Budget für den katholischen Klerus der rheinischen Lande stieg zwischen 1813 und 1838 von 163 000 auf 259 000 Thaler; der König persönlich steuerte von 1824 bis 1836 165 000 Thaler zum Ausbau des Kölner Domes bei; er genehmigte die Abhaltung der Prozessionen auch in Orten mit gemischter Bevölkerung; er gestattete, daß die Zahl der kleinen Festtage, die in der französischen Zeit auf vier beschränkt war, auf vierzehn erweitert wurde; er verlieh den Bischöfen den Rang der ersten Staatsbeamten; er errichtete und fundierte in der einen Provinz binnen zwanzig Jahren 31 neue Pfarreien; weder den schlesischen Geistlichen, die auf Abschaffung der Ehelosigkeit und Einführung der deutschen Messe drangen, noch dem Professor Hermes in Bonn wurde seitens der Regierung Ermüdung zu teil; ja nach Bonn schickte das Ministerium aus eigenem Antrieb einen Professor von orthodoxer Lehre um diese nicht unvertreten zu lassen — alles Handlungen, die bei dem streng evangelischen Monarchen doppelt zwingend den Beweis führten, wie ernst er es mit seiner Regentenpflicht auch gegenüber den religiösen Bedürfnissen seiner katholischen Unterthanen nahm.

Andererseits war er aber durchaus nicht gewillt, der römischen Kirche auf Kosten seiner Hoheitsrechte oder seiner evangelischen Unterthanen eine Erweiterung ihres Machtgebietes zu gestatten. Streng war er darauf bedacht sich den unentbehrlichen Einfluß auf die Heranbildung des Klerus zu bewahren. Die Gymnasien und Universitäten, auf denen derselbe erzogen wurde, sollten reine Staatsanstalten sein, und bezüglich der geistlichen Seminarien behielt sich der Staat wenigstens die Überwachung vor. Wenn den Bischöfen zugestanden wurde die Priester nach eigenem Ermessen anzustellen und zu entlassen, so bedurften sie doch zur An-

stellung die Genehmigung der Regierung und gegen die Entlassung konnte bei dieser Beschwerde wegen Mißbrauchs des Amtes eingereicht werden. Noch besorgter verfuhr man in den Punkten, wo die katholische Kirchengewalt mit Protestanten in Beziehung trat; hier war man entschlossen um keinen Preis Übergriffe zu dulden und allen Anmaßungen der Geistlichkeit gegenüber das Gesetz hochzuhalten. Die größten Schwierigkeiten erwuchsen in dieser Hinsicht aus den gemischten Ehen. Durch eine Deklaration zum Landrecht war 1803 bestimmt, daß bei diesen die Religion des Vaters für die Erziehung der Kinder maßgebend sein solle, sofern nicht die Eltern etwas anderes vereinbarten; durch Kabinettsordre vom 17. August 1825 wurde diese Bestimmung auch für die westlichen Provinzen, wo das Landrecht nicht galt, eingeführt. Den Anlaß dazu gaben öftere Fälle, wo katholische Geistliche sich weigerten gemischte Ehen anzuerkennen, wenn der keizerliche Teil sich nicht vorher verbindlich machte, die Kinder katholisch werden zu lassen. Solch ein Verfahren wurde nunmehr für rechtsungültig erklärt. Aber die Heißsporne unter dem Klerus gaben keineswegs nach. Da sie das Versprechen nicht mehr fordern durften, so fingen sie an es einfach abzuwarten und die Einsegnung der Ehe ohne weiteres abzuschlagen, wenn die Brautleute nicht die katholische Kindererziehung gelobten. Sie handelten dabei nur nach den strengen Gesetzen ihrer Kirche, welche jede Ehe mit einem Ketzer oder einer Ketherin verwirft. Freilich war diese starre Befolgung der kanonischen Vorschriften lange schon abgekommen, und daß sie wieder auftauchte und häufiger wurde, war der traurigste Beweis von dem Umsichgreifen ultramontaner Grundsätze. In den altpreussischen Landesteilen am Rhein, in Zülich-Kleve-Berg, trat der Gegensatz nicht so schroff zu Tage. Hier hatte das Bedürfnis längst zu einer anderen Form geführt, der sogenannten passiven Assistenz, bei welcher die Brautleute, die jenes Versprechen nicht leisten wollten, vor dem katholischen Geistlichen und zwei Zeugen ihre Absicht sich zu verhehelichen erklärten. Ein Segen der Kirche wurde ihnen dann nicht erteilt, aber die Ehe war gültig und dem katholischen Teile konnte ihretwegen die Absolution nicht verweigert werden. In den neuen Provinzen versagten aber viele Geistliche den gemischten Ehen nicht allein die feierliche Einsegnung sondern auch diese passive Assistenz, ja sie enthielten dem katholischen Teile sogar den Erlaubnisschein (Losschein) vor, welchen der evangelische Prediger fordern mußte, wenn er seinerseits die Trauung vornahm, und verweigerten ihm die Absolution. Das konnte die Regierung unmöglich dulden. Sie forderte also zunächst von den Bischöfen Abhilfe. Trotz des Entgegenkommens, das sie hier traf, konnten diese aber aus eigener Macht nur die Verweigerung der Absolution und des Losscheines ihren Geistlichen untersagen; nicht einmal die passive Assistenz durften sie den Priestern auferlegen, da sie durch die Konstitution Benedikts XIV. vom Jahre 1741 nur für die genannten Bezirke eingeführt war und in den anderen der päpstlichen Billigung entbehrte; die feierliche Einsegnung ausdrücklich zu

Die gemischten Ehen.

Verhandlungen
in Rom.

Das Breve von
1830.

gestatten hatte vollends niemals ein Papst sich entschließen können. Die deutschen Bischöfe hatten sich selbst dieses Recht genommen und es in verschiedenem Umfange ausgeübt; aber es ihren Geistlichen aufzuzwingen, wenn diese sich weigerten, dazu waren sie nicht in der Lage, wenn sie nicht eine Berufung nach Rom gewärtigen wollten. Sie erklärten sich indessen der Regierung gegenüber bereit den Papst ihrerseits um Ordnung dieser Fragen zu bitten, und mündliche Äußerungen Leos XII. ließen über dessen Willigkeit keinen Zweifel. Aber die deshalb begonnenen Verhandlungen wurden durch den Tod Leos im Februar 1829 und die weniger günstige Stimmung Pius' VIII. bedeutend verzögert und boten auch in sich große Schwierigkeiten. Zwar erklärte sich der Papst im August 1829 bereit die passive Assistenz überall in den preußischen Staaten als gültige Form anzuordnen; allein da in manchen Landesteilen bisher die feierliche Einsegnung fast allgemein üblich gewesen war, so hielt der preußische Gesandte Bunsen das für einen Rückschritt und verlangte eine Form, welche beide Verfahren zuließ, da sich ein unzweideutiges Gebot des Papstes gemischte Ehen auch ohne das Versprechen katholischer Kindererziehung unbedingt einzusegnen in keinem Fall erwarten ließ; ja er bemühte sich selbst solch eine Form zu suchen und in Vorschlag zu bringen. Das wurde ihm jedoch von Berlin aus untersagt und um ein Verschleppen der Sache zu verhüten am 26. Oktober 1829 ein sechsmonatlicher Termin gestellt, nach dessen Ablauf der König auf eigene Hand vorgehen werde. Infolgedessen erschien am 25. März 1830 ein päpstliches Breve, welches zwar die feierliche Einsegnung ohne das Versprechen der katholischen Erziehung verbot, aber doch in milder Form, indem es sagte, der Geistliche werde sich derselben enthalten müssen; dagegen gestand es die passive Assistenz unbeschränkt zu und erklärte alle gemischten Ehen, die ohne die vom tridentinischen Konzil vorgeschriebenen Formen geschlossen seien, also auch die bloß von einem protestantischen Geistlichen (selbst ohne passive Assistenz des katholischen) eingesegneten für „zwar unerlaubt, aber gültig“. Die preußische Regierung wollte sich indes auch damit noch nicht begnügen und das Breve wurde dem Gesandten zurückgeschickt, damit er eine günstigere Fassung erwirke. Mittlerweile war nun aber Gregor XVI. zum Papst erwählt und damit der letzte Rest versöhnlichen Geistes aus der Kurie entschwunden; selbst die geringen Zugeständnisse des Breves wurden jetzt als übertrieben betrachtet. Die wirkliche Herzensmeinung des neuen Papstes konnte man am besten aus einem Breve an die bayerischen Bischöfe ersehen, denen für jeden einzelnen Fall einer Mischehe die ausdrückliche Anfrage in Rom zur Pflicht gemacht wurde. Die preußische Regierung verlor daher durch ihre neuen Verhandlungen in Rom nur kostbare Zeit. Denn so augenscheinlich es war, daß man vom Papste nichts weiter erreichen werde, ebenso sicher war es, daß man bei den rheinischen Bischöfen auf die günstigste Deutung und mildeste Handhabung des Breves rechnen durfte, wenn man sich schnell und ver-

trauensvoll mit ihnen in Verbindung setzte. Durch jede Zögerung erschwerte man ihnen aber das Entgegenkommen und gab den Ultramontanen Zeit sie einzuschüchtern. Trotzdem knüpfte man erst im Sommer 1832, als das bayerische Breve jeden Zweifel über die Unwillfährigkeit des Papstes gehoben hatte, mit jenen an, und überdies durch die Vermittlung jenes Schmedding, der mit dem Erzbischof Spiegel persönlich verfeindet war. Dank seiner Ungeschicklichkeit, wenn nicht seinem bösen Willen, führten die Verhandlungen zu keinem Ergebnis, obgleich der Erzbischof von Köln durch seinen Domkapitular München ein Gutachten einreichen ließ, welches alle billigen Ansprüche des Staates durch eine freundliche Auslegung des Breves vollkommen befriedigte. Es bedurfte daher nur eines anderen Unterhändlers von seiten der Regierung um das gewünschte Einverständnis zu erzielen. Dieser fand sich in der Person Bunsens. Im Sommer 1834 nach Berlin berufen, schloß er dort mit Spiegel am 19. Juni eine Übereinkunft, welcher auch die Bischöfe von Trier, Paderborn und Münster beitraten. Sie enthielt auch seitens der Regierung einige Zugeständnisse, die den vertrauensseligen Geist, der in Berlin herrschte, deutlich erkennen ließen; das wichtigste war das Versprechen, die Civilehe, die in den Rheinlanden zu Recht bestand, baldigst aufzuheben, weil dieselbe aufhöre ein Bedürfnis zu sein, wenn der Einsegnung gemischter Ehen kein Hindernis mehr in den Weg gelegt werde. Ein Hirtenbrief an die Pfarrer teilte denselben darauf das Breve von 1830 mit, betonte nachdrücklich, wie dasselbe eine mildere Praxis gestatte, und wies die Geistlichen an die passive Assistenzen niemals zu verweigern, sich aber nur dann auf sie zu beschränken, wenn eine katholische Braut, zur Ehe schreite, obgleich sie bestimmt wisse, daß ihr Gatte entschlossen sei alle Kinder protestantisch zu erziehen. Übrigens sollten sie, jeder einzelne, jeden Fall selbst zu entscheiden das Recht haben und nur unter ausnahmsweise bedenklichen Umständen sich an die Bischöfe wenden. Den Generalvikariaten, welchen dann ihre Anfragen zu beantworten oblag, wurde gleichzeitig die Weisung erteilt ihre Bescheide im versöhnlichsten Sinne abzufassen.

Damit schienen alle berechtigten Forderungen des Staates an die Kirche befriedigt zu sein; die neue Ordnung trat ins Leben und bewährte sich ausgezeichnet. Als der greise Bischof von Trier, von Hommer, zwei Jahre später auf dem Sterbebette lag, stattete er „nach dem Genusse des heiligen Abendmahles, im Begriffe aus dieser Zeitlichkeit abzuschneiden“, noch einen Bericht an den Papst ab, in welchem er freudiges Zeugnis für die Vortrefflichkeit der neuen Einrichtung ablegte. Aber kaum war der Bischof entschlafen, so verbreiteten die Römlinge ein zweites Schreiben, dessen Unterschrift sie ihm im Todeskampfe abgepreßt hatten und das voller Gewissensstrupel über seine Handlungsweise sich äußerte. Daß diesem Schriftstücke kein Wert beizulegen sei, darüber konnte kein Zweifel obwalten; aber es war ein Zeichen, daß mit dem Ableben der versöhnlichen Bischöfe, die alle noch dem friedfertigen frü-

Die Übereinkunft mit den Bischöfen 1834.

Rührigkeit der Ultramontanen.

heren Geschlechte angehörten, die jugendlichen Heißsporne den Kampf wiederaufnehmen und das mühsam gewonnene Einverständnis wiederuntergraben würden. Diese Gefahr war um so größer, als die Heterereien vom Auslande her genährt wurden. Die ultramontane Partei, die in Belgien durch die Revolution ans Ruder gekommen war, hatte in den letzten Jahren tüchtig gearbeitet; auch von Bayern aus war in der Rheinprovinz arg gewühlt worden. Eine Brandschrift, die 1835 in Augsburg erschien, das sogenannte rote Buch, hegte die Geistlichkeit gegen den protestantischen König und redete ihr wegen der Mischehen scharf ins Gewissen. Gegen Hermes, der inzwischen gestorben war, wirkte man ein Breve, das ihn als Irrlehrer verdamnte, und verbreitete dasselbe von Belgien aus in den preussischen Landen, obgleich es der Regierung nicht zur Genehmigung vorgelegt war. Überdies war im August 1835 der treffliche Erzbischof Spiegel gestorben, an dem die Hermesianer und die Vereinbarung von 1834 die beste Stütze gehabt hatten, und bei der Wiederbesetzung seines hochwichtigen Postens verfuhr die Regierung mit einem unglaublichen Mangel an Vorsicht. Statt einen Prälaten von versöhnlichem Charakter in das bedeutsame Amt zu befördern, verfiel sie auf den starresten, unzugänglichsten Priester, der aufzutreiben war, auf den ehemaligen Generalvikar, nunmehrigen Weihbischof von Münster, Freiherrn Clemens August von Droste-Bischoering. Und das geschah, obgleich dieser Mann durch Eigensinn und Anmaßung den Behörden früher schon unendlich viel zu schaffen gemacht hatte, obgleich selbst unter den Katholiken ihm viele die Fähigkeit, Menschen richtig zu behandeln und Geschäfte gewandt abzuwickeln, durchaus absprachen, obgleich der Kardinalsekretär Lambruschini, als Bunsen ihm die Sache mittheilte, mit naiver Freimütigkeit in die Worte ausbrach: Ist Ihre Regierung denn toll? Aber Droste besaß einen gewichtigen Gönner in dem Kronprinzen, der durch des Mannes mittelalterlich frommen Lebenswandel ganz für ihn eingenommen war. Das Ministerium schreckte freilich anfangs vor diesem Vorschlage zurück, aber es besaß nicht Stärke genug ihn abzuweisen. Um wenigstens eine Bürgschaft dafür zu gewinnen, daß der Kandidat in der Frage der gemischten Ehen nicht von dem Verfahren seines Vorgängers abweiche, ließ es ihm jedoch die Frage vorlegen, wie er in diesem Punkte als Bischof handeln werde. Die schriftliche Antwort lautete sehr befriedigend: er werde sich wohl hüten, die gemäß dem Breve getroffene Vereinbarung von 1834 anzutasten, sondern sie nach dem Geiste der Liebe und Friedfertigkeit anzuwenden. Auf diese Erklärung hin bezeichnete ihn die Regierung dem Kölner Kapitel als genehme Person, und er wurde einstimmig gewählt. Aber die gegenseitige Zufriedenheit war von kurzer Dauer; bald häuften sich die Klagen der Evangelischen und der Landesbehörden über das rücksichtslose Vorgehen des Erzbischofs, der jede Berständigung zurückweise und die Vereinbarung von 1834 mißachte. Andere Konflikte, die durch das Breve gegen Hermes veranlaßt wurden, kamen hinzu. Da die

Erzbischof
Droste-Bische-
ring.

Seine Zustimmung
zu der
Übereinkunft
von 1834.

Der hermesianische Streit.

meisten Theologen in Bonn Hermesianer waren, so wurde ihre Lehre dadurch gleichfalls verdammt. Der Erzbischof hätte nun das Breve der Regierung mit der Bitte um Genehmigung mittheilen und es dann veröffentlichten können. Das that er nicht, handelte aber gerade so, als ob er es gethan hätte, und verbot den Studierenden den Besuch aller Vorlesungen der Hermesianer. Und doch hatte die Regierung aus freien Stücken, wiewohl das päpstliche Breve für sie gar nicht vorhanden war, von sämtlichen Lehrern, die in Betracht kamen, bereits die schriftliche Erklärung gefordert und erhalten, daß sie fortan in ihren Vorträgen von jeder Bezugnahme auf Hermes absehen wollten. Der Erzbischof sah in diesem weitgehenden Schritt nur ein Zeichen von Schwäche und steigerte seine Kühnheit so weit, daß er endlich 18 Sätze aufstellte, deren Unterzeichnung er von jedem Geistlichen vor der Weihung forderte und deren letzter einen Verzicht auf das Recht enthielt vom Erzbischof anderswohin als an den päpstlichen Stuhl, d. h. also an die Regierung, Berufung einzulegen. Allen diesen Übergriffen trat das Ministerium zunächst mit dem Versuche freundschaftlicher Verständigung entgegen. Es berief Bunsen abermals nach Berlin und veranlaßte, daß auch der päpstliche Unterstaatssekretär Capaccini nach Deutschland kam. Zwischen beiden Männern, denen eine Verständigung sehr am Herzen lag, und den preussischen Ministern fanden im August lange Verhandlungen statt, in denen man zu dem Schlusse kam, daß erst Capaccini vertraulich mit Droste sich bereden und diesen veranlassen solle, die 18 Sätze und seine sonstigen Schritte gegen die Bonner Fakultät zurückzuziehen. Dagegen verpflichtete sich die Regierung nachher das päpstliche Breve zu genehmigen, einige mißliebige Professoren zu versetzen und den Zwang zur Teilnahme an den evangelischen Kirchenparaden abzustellen, dem zur gerechten Beschwerde der Bischöfe die katholischen Soldaten unterlagen. Über die gemischten Ehen zu verhandeln, hatte Capaccini vom Papste keine Erlaubnis erhalten. Seine Besprechungen mit Droste fanden auch wirklich statt und schienen zu einer Verständigung geführt zu haben; Capaccini kehrte nach Rom zurück. Sogleich nach seiner Abreise berief der König den Regierungspräsidenten von Düsseldorf, den Grafen Anton von Stolberg, einen gut katholischen, dem Erzbischof besfreundeten Mann, zu amtlichen Verhandlungen um das mit Capaccini vertraulich Beredete verbindlich zu machen und auch über die Mischehen eine Verständigung zu erzielen; neben Stolberg wurde auch Bunsen nach Köln geschickt. Manchmal schien es, als ob ein Vergleich gelingen werde; aber im entscheidenden Augenblicke entzog sich der Erzbischof regelmäßig jedem bindenden Versprechen. Dabei bediente er sich der unzulässigsten Ausreden; bald erklärte er, daß er die Vereinbarung von 1834 nicht gekannt habe, als er sie anzunehmen versprochen; bald betonte er, daß er sie nur „gemäß dem Breve von 1830“ anerkannt habe und also selbst darüber urteilen müsse, wieweit sie demselben entspreche. Freiwillig zurückzutreten oder bis zur Entscheidung des Papstes den Forde-

Verhandlungen mit Droste.

Verhöhnung
der Bevölle-
rung.

Verhaftung des
Erzbischofs.

Sturm gegen
die Regierung.

Allokution vom
10. Dezember
1837.

rungen der Regierung nachzukommen, lehnte er ab. Ohne Ergebnis mußten die Verhandlungen am 18. September 1837 geschlossen werden, und der Regierung blieb jetzt keine andere Wahl als ihrem Ansehen mit Gewalt Anerkennung zu verschaffen, zumal der Erzbischof die so schon nicht geringe Aufregung im Volke noch geflüchtig steigerte. In Ansprachen an seine Priester stellte er sich als einen Märtyrer dar, welcher die katholische Kirche gegen die Anfeindungen der Regierung schützen werde, und forderte sie auf diese Worte zu verbreiten. Mündlich und schriftlich wandte er sich mit ähnlichen Darstellungen an die Zöglinge seines Seminars, an die Dechanten seines Erzstiftes, an einzelne hervorragende Geistliche der Diözese, immer mit der Bitte für das Bekanntwerden dieser Äußerungen zu sorgen. Dieser planmäßigen Hezerei gelang es natürlich Stadt und Land heftig gegen die Regierung zu erbittern, deren Volkstümligkeit noch immer keine sehr tiefen Wurzeln geschlagen hatte. Ein besonders starker Ausbruch der Leidenschaft ließ sich am 23. November erwarten, dem Namenstage des Prälaten. Deshalb stellte die Regierung ihm am 20. November die letzte Wahl, entweder sich jeder Amtshandlung zu enthalten, seinen Aufenthalt außerhalb des Stiftes zu wählen und sich von dort mit Rom ins Einvernehmen zu setzen, — oder gewärtig zu sein, daß die Regierung ihm nach eigenem Ermessen einen Wohnsitz anweise. Da Droste das erste ablehnte, so wurde er noch am selben Tage nach der Festung Minden gebracht; die Beschlagnahme seiner Papiere, die gleichfalls beschlossen war, vereitelte sein Sekretär Michelis dadurch, daß er sie in aller Eile verbrannte.

Aber nun brach ein Sturm los, gegen welchen die bisherige Hezerei nur ein sanftes Säufeln gewesen war. Es half nichts, daß des Erzbischofs eigenes Kapitel, das ihn vor kurzem erst gewählt hatte, beim Papste Zeugnis gegen ihn ablegte: die Ratschläge der erfahrensten Männer habe er mißachtet, die meisten, besonders die jüngeren Priester hochfahrend und gegen die kanonischen Gesetze behandelt, die von seinem Vorgänger zur Ehre und zum Vorteil der Kirche getroffenen Einrichtungen umzustürzen gesucht. Es half nichts, daß die preußische Regierung in der sogenannten Staatschrift aus Bunsens Feder klar und ruhig die Sachlage schilderte und aktenmäßig belegte. Eine päpstliche Allokution vom 10. Dezember 1837 klagte Preußen an die bischöfliche Würde verhöhnt, die Freiheit der Kirche verletzt, die Rechte des päpstlichen Stuhles mit Füßen getreten zu haben; sie verwarf jedes Abkommen, das ohne Wissen der Kurie über die gemischten Ehen getroffen sei, und rügte rücksichtslos das Verfahren der Bischöfe, welche dazu mitgewirkt hatten. Die einzige Antwort, welche die preußische Regierung auf diese Kriegserklärung geben konnte, war die Abberufung ihres Gesandten; dazu fand sie aber nicht den Mut, und Bunsen persönlich vergab ihrer Würde aus übergroßer Friedensliebe noch mehr durch beschwichtigende Erklärungen. Als aber der Papst trotzdem sich weigerte vor der Wiedereinsetzung Drostes irgend welche Verhandlungen zu beginnen oder den Gesandten

auch nur zu empfangen, bat dieser selbst um Urlaub und verließ Rom im Frühjahr 1838. Inzwischen hatte der römische Posaunenstoß in den klerikalen Kreisen Deutschlands und der Nachbarländer ein jubelndes Echo gefunden; die katholische Presse bemächtigte sich des dankbaren Stoffes und erfreute sich des lauten Beifalls mancher Liberalen, denen eine Niederlage der verhaßten preußischen Regierung nur erwünscht war. Der alte Görres erschien wieder auf dem Kampfplatze und verspritzte in seinem Athanasius all das Gift, das sich seit 1819 bei ihm angesammelt hatte. Sein Wohnsitz München wurde ein Hauptquartier der preußenfeindlichen Leidenschaft. Hatte doch in demselben Jahre die katholische Partei Bayerns einen glänzenden Sieg errungen, indem das Ministerium Wallerstein dem ultramontanen Abel Platz machen mußte. Da konnte die Phantasie sich in den kühnsten Träumen ergehen; selbst die Losreißung der Rheinlande von Preußen, die Bildung eines Königreichs Rheinfranken unter einem bayerischen Prinzen schien keine Unmöglichkeit mehr. Ein Gefühl der Siegeshoffnung durchzog die ganze Partei; auf allen Schauplätzen begann sie den Kampf; in Sachsen, Hessen, Baden, Württemberg, in der Schweiz entfaltete sie neue Regsamkeit; die historisch-politischen Blätter, von Phillips und dem jüngeren Görres in München herausgegeben, traten in die erste Reihe der Streiter, eine Menge anderer Zeitschriften halfen nach Kräften; französische und belgische Blätter frohlockten über den „bisher unerhörten Geist der Freiheit und Neuerung, der von den Ufern des Rheins bis zu den fernen Gestaden des Drinoko durch die katholische Welt flutet“ und priesen die Elemente eines neuen rheinischen Bundes, die nur einem hartnäckig Blinden entgehen könnten. Natürlich schwiegen auch die Gegner nicht; ein lebhaftes Geplänkel in der Tagespresse und in Broschüren begann; über 200 Streitschriften erschienen; aber die Katholiken waren dabei entschieden im Vorteil. Denn der Liberalismus, welcher sie am nachdrücklichsten hätte bekämpfen können, war Jahre hindurch von der Regierung geknechtet worden; ihm konnte es nicht leicht fallen sich jetzt mit Eifer auf die Seite des Staates zu stellen; viel eher mußte sich seiner der Gedanke bemächtigen, daß der Katholizismus sein Leidensgefährte sei und daß der Sieg desselben, wie bedauerlich auch aus anderen Gesichtspunkten, doch dem Polizeistaate gegenüber der Sache der Freiheit nützen werde. Vollends das Verbot des Athanasius und ähnlicher Schriften, der Versuch also den Gegner mundtot zu machen, konnte keinen Liberalen verlocken als Vorkämpfer der Regierung aufzutreten und sich so in das Licht zu setzen, als ob er einen Wehrlosen, an der Verteidigung Gehinderten angreife. Der beste Beistand in dem großen Kampfe ging damit dem Staate verloren; er mußte fast ausschließlich mit seinen Machtmitteln wirken. Diese standhaft und mit Ausdauer zu gebrauchen setzte aber einen Mut voraus, der ohne die Stütze der öffentlichen Meinung schwer zu behaupten war, besonders da die Gärung und Unzufriedenheit durch die Kühnheit der Ultramontanen auch nach dem Osten der Monarchie übertragen wurde.

Die Presse.

Das Breve von 1830 war, wie erinnerlich, nur an die vier westlichen Bischöfe gerichtet; trotzdem verlangte jetzt der Erzbischof von Posen und Gnesen, Martin von Dunin, die Erlaubnis es auch in seinem Sprengel veröffentlichen zu dürfen und that es im Februar 1838, obgleich ihm diese Erlaubnis ausdrücklich verweigert war. Wegen dieser Auflehnung ließ ihm der König vor dem Kammergerichte in Berlin den Prozeß machen; aber er wagte es schon nicht mehr den strengen Spruch desselben auszuführen. Die Amtssetzung, welche über Dunin verhängt wurde, verwandelte er in Suspension; die sechsmonatliche Festungshaft erließ er ihm ganz, unter der einzigen Bedingung, daß der Erzbischof — er befand sich gerade in Berlin — nicht in seine Diözese zurückkehre. In offenem Troze gegen diese königliche Gnade entwich aber Dunin auf Befehl aus Rom aus der Hauptstadt und erschien am 3. Oktober 1839 in Posen. Nun konnte von Nachsicht keine Rede mehr sein: er wurde verhaftet und nach Kolberg abgeführt. Die Geistlichkeit wollte zeigen, daß sie nicht minder mutvoll sei als ihr Oberhirt; sie ordnete Kirchentrauer für das ganze Stift an; die Glocken verstummten, die Orgeln tönnten nicht mehr; die Wirkung auf die Massen konnte nicht ausbleiben, wenn die Regierung nicht kräftig einschritt. Sobald sie aber dazu den Mut faßte, zeigte es sich, daß sie die Zügel in der Hand hielt; sie drohte der übermütigen Geistlichkeit mit der Entziehung der Einkünfte und brachte sie dadurch zum Gehorsam.

Die Mischehen.

Freilich nicht in bezug auf die eigentliche Streitfrage, die bedingungslose Einsegnung der gemischten Ehen. Sowohl in Posen wie am Rhein wurde diese verweigert, wenn der protestantische Teil nicht die katholische Erziehung der Kinder versprach. Aber daran war die Regierung selbst schuld. Sie bestand weder mit Nachdruck auf der Vereinbarung von 1834, noch begnügte sie sich einfach mit der passiven Assistenz, sondern ließ schon im Februar 1838 den Kultusminister von Altenstein einen halben Rückzug antreten, indem er den Priestern „bescheidene Erkundigungen“ nach der Willfährigkeit der Eltern in diesem Punkte gestattete. Der eigentliche Ausgangspunkt des Streites verlor dadurch einstweilen seine entscheidende Bedeutung; allein der Streit selbst war nichts weniger als beendet und schon die Personenfragen, das weitere Schicksal Drostes und Dunins, machten die Lösung ungemein schwierig. In dieser Hinsicht war die Geduld des greisen Königs erschöpft; der Erzbischof Drost, so hatte er bereits in Wien erklären lassen, werde den Kölner Dom nicht wieder sehen, und wenn er hundert Jahr alt würde. In den schärfsten Worten versicherte er dem Posener Klerus auf eine „ungebührliche“ Immediateingabe, daß er die Religion von der Geistlichkeit und ihren Oberen nicht zur Antastung seiner Souveränitätsrechte werde mißbrauchen lassen. Sein ganzer Herrscherstolz war tief verletzt, und da ihn überdies das Alter unzugänglich machte, so ließ sich voraussehen, daß er die verwickelte Sache ungelöst seinem Sohne hinterlassen werde.

7. S.
alle
seit
firch
zum
des
sich
einig
ihm
Nach
in d
weig
Ino
diese
welch
einer
pflid
Offe
ermu
als
Bisd
Pap
schär
geben
zu se
werd
Zu
gehör
Blaz
Brie
nung
Greg
Kam
im A
war
Min
Diöz
wiede
die i
aber,
schro
einset
wahr
ohne

Unerwartet schnell ging diese Borausicht in Erfüllung. Am 7. Juni 1840 starb Friedrich Wilhelm III. und erwartungsvoll blickten alle Augen auf das neue Gestirn, das in Preußen aufging. Der vielseitige Gegensatz zwischen Vater und Sohn zeigte sich bald auch in der kirchlichen Frage. Wenn Friedrich Wilhelm III. die ungefügigen Prälaten zum Gehorsam zu zwingen entschlossen war und dabei die Forderungen des Staates selbst über das erlaubte Maß hinaus festhielt, so bemühte sich sein Sohn jene zum Gehorsam zu begütigen und ließ sich dabei einige Opfer an seiner Machtvollkommenheit nicht gereuen. Es fehlte ihm dabei nicht an einer gewissen überlegenen Würde, durch die er dem Nachgeben in der Sache eine gefällige Form zu geben wußte. So gleich in den ersten Tagen seiner Regierung. Einige polnische Priester verweigerten dem verstorbenen Monarchen das Trauergeläut; die Gemeinde Knowrazlaw beschwerte sich darüber bei dem Könige; und was that dieser? Er antwortete, die Gefinnungen der Liebe und Anhänglichkeit, welche sich in dieser Beschwerde ausdrücken, hätten in seinem Herzen einen helleren Klang ertönen lassen als das Trauergeläut, welches ein pflichtvergessener Geistlicher verweigert, hätte hervorbringen können. Offenbar eine würdige Antwort, aber schwerlich eine kluge; denn sie ermutigte die Opposition des Katholizismus, so daß im nächsten Jahre als in Bayern die protestantische Stiefmutter des Königs starb und der Bischof von Augsburg ein feierliches Traueramt für sie abhielt, der Papst sich erdreistete ihm in einem Breve vom 13. Februar 1842 die schärfste Rüge wegen dieses „Argernisses“ zu erteilen und ihm aufzugeben, seine Gemeinde „gegen den eitlen Trug jener Ohrenschmeichler zu schützen, welche lügnerisch ausbreiten, daß auch ein Nichtkatholik selig werden könne“. König Friedrich Wilhelm IV. ging aber noch weiter. Zu den wenigen Prälaten, die noch im Spiegelschen Geiste wirkten, gehörte der Fürstbischof von Breslau, Graf Sedlnitzky. Ihn von seinem Plaze zu verdrängen, war deshalb der lebhafteste Wunsch der Kurie; in Briefen, die ihm nicht durch Vermittelung der Regierung, wie die Ordnung es vorschrieb, sondern auf allerlei Umwegen zuzingen, forderte Gregor von ihm, daß er abdankte. Sedlnitzky kämpfte einen schweren Kampf mit sich, aber endlich legte er — und der König billigte das — im August 1840 seinen Hirtenstab nieder. Dem Freiherrn von Droste war es dagegen schon Mitte Juli erlaubt worden seinen Aufenthalt in Minden mit einem anderen zu vertauschen; nur die Rückkehr in seine Diözese blieb ihm untersagt. Daß er seinen erzbischöflichen Stuhl nicht wieder bestieg, hatte er nur seiner eigenen Halsstarrigkeit zuzuschreiben, die ihm jedes halbe Entgegenkommen unmöglich machte. Graf Dunin aber, der mehr weltmännische Klugheit besaß, erreichte durch einige geschriebene Erklärungen die Befreiung aus der Haft und die Wiedereinsetzung in seine Würde. Ein Artikel in der Staatszeitung vom 29. Juli wahrte dabei allerdings den bisherigen Standpunkt der Regierung, die ohne Rücksicht gegen jeden einschreiten werde, der den Gesetzen zuwider

Friedrich Wilhelm IV.

Ermutigung des Katholizismus.

Sedlnitzky.

Droste.

Zugeständnisse
an die Bischöfe.

Droste.

Der Friedens-
schluß.

die Eintracht unter den Bekenntnissen zu untergraben trachte; allein das feierliche Gepränge und der laute Jubel, mit welchem der rückkehrende Erzbischof empfangen wurde, lehrte genugsam, daß in katholischen Kreisen dieser Ausgang als großer Sieg empfunden wurde, und zu allem Überfluß erklärte ein Hirtenbrief Dunins schon am 27. August, daß die streitigen Punkte keineswegs erledigt seien, daß er sich erst mit dem Papste in Beziehung setzen werde und daß bis dahin die Geistlichen gemischte Ehen überhaupt nicht einsegnen sollten. Trotzdem behandelte der König diesen wie die übrigen Bischöfe bei der Huldigung mit ausserlesener Freundlichkeit und kam ihnen vor Schluß des Jahres noch durch eine folgenreiche Neuerung entgegen, indem er im Kultusministerium einen katholischen Direktor für Kirchen- und Schulsachen anstellte und dadurch den Keim zu der katholischen Abteilung legte, die erst 1871 wieder aufgehoben wurde. Andere Zugeständnisse nicht minder bedenklicher Art folgten nach, so die Aufhebung des Verbotes, daß im Ausland erzogene und geweihte Priester in Preußen angestellt würden, oder die den Bischöfen am 1. Januar 1841 erteilte Erlaubnis direkt mit Rom zu verhandeln. Auch daß in Trier als Nachfolger des 1836 gestorbenen Bischofs von Hommer jetzt ein Fanatiker der schlimmsten Art, Arnoldi, bestätigt wurde, der bald noch viel von sich reden machen sollte, gehörte in den Kreis dieser Zugeständnisse. Nur die Angelegenheit Drostes schien nicht ins gleiche kommen zu wollen, obgleich der König schon bald nach seinem Regierungsantritt den Grafen Brühl nach Rom geschickt hatte um eine Vermittlung anzubahnen. Des Königs Gedanke war, daß der Papst den Erzbischof nach Rom berufen und zum Kardinal machen, ihm in Köln aber einen Koadjutor mit dem Rechte der Nachfolge geben solle. Die Kurie wußte dieses Verlangen des preußischen Monarchen vortrefflich auszunutzen. Sie häufte Bedingungen auf Bedingungen. Jene Zugeständnisse Friedrich Wilhelms an den Katholizismus waren in Wirklichkeit Forderungen, die der Papst gestellt hatte und die der König teils zaudernd, teils zuvorkommend befriedigte. Erschöpft war damit aber die Liste der päpstlichen Wünsche noch keineswegs; nur traten die andern, wie die Preisgebung der Hermesianer und der Konvention von 1834, nicht so schnell und so greifbar zu Tage. Forderungen wie die, daß der König selbst die Hälfte von Drostes Gehalt als Kardinal bezahlen und daß er demselben eine öffentliche Ehrenerklärung geben solle, gestand Friedrich Wilhelm ganz unbedenklich zu. Nur über einen Punkt konnte man sich lange nicht vereinigen, das war die Frage, ob Droste selbst seinen Koadjutor in Köln weihen solle. Der Papst und der Erzbischof verlangten, der König verweigerte es. Endlich umging man den Streitpunkt dadurch, daß man zum Koadjutor einen Bischof auserwählte, der nicht erst geweiht zu werden brauchte. Ludwig von Bayern, welcher eifrig vermittelt hatte, empfahl den Bischof Geißel von Speier; die preussische Regierung willigte ein und durch ein Breve vom 20. September 1841 wurde die Angelegenheit in dieser Weise geordnet. Ein Brief des

Königs an den Erzbischof sprach diesen vor allem Volke von dem Verdachte revolutionärer Umtriebe frei und der Streit war beendet.

Friedrich Wilhelms IV. Anfänge.

Nicht bloß für die Erledigung der kirchlichen Wirren war der Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. von eingreifender Wichtigkeit gewesen. Ein allgemein verbreitetes Gefühl lehrte, daß er mehr als durchschnittlich sonst ein Thronwechsel zu bedeuten habe. Aber was er bringen werde, das vermochte niemand zu sagen. Der neue Herrscher war für sein Volk noch ein ungelöstes Rätsel, eine Gestalt, die zu den kühnsten Hoffnungen herausforderte und zu ernststen Befürchtungen Anlaß gab. Daß er ein Mann von hochfliegendem Geist, voll idealer Ziele, voll schwärmerischer Begeisterung für Religion, Wissenschaft und Kunst sei, daß er seinen Vater an Gaben des Verstandes, an Biegsamkeit und Geschmeidigkeit der Auffassung, an Empfänglichkeit für alles Große weit überrage, daß er den Ehrgeiz in sich spüre durch Regententugenden und politische Schöpferkraft einen glänzenden Platz in der Reihe der Hohenzollern sich zu erwerben, das bezweifelte niemand. Aber ob er die Festigkeit des Charakters besitze um auf der einmal betretenen Bahn unerschrocken vorzugehen, ob die übersprudelnde Laune und Lebenslust des Prinzen den rechten Eifer und die Gewissenhaftigkeit des Herrschers in ihm nicht ersticken werde, ob seine rege Phantasie, seine überspannten Ideen vom königlichen Amte, seine romantischen Liebhabereien den klaren Blick für die Bedürfnisse der Gegenwart in ihm nicht getrübt hätten, das waren Fragen, auf welche nur die Zeit Antwort geben konnte. Nur das eine war sicher, daß vieles sich ändern werde. Selbst wenn der Gesamtzustand des Staates das nicht mit so zwingender Notwendigkeit erheischt hätte, wenn das zaudernde Alter des an sich schon bedächtigen letzten Herrschers und die pietätvolle Rücksicht, welche die öffentliche Meinung ihm zollte, nicht so manche unabweisliche Reformen zurückgedrängt hätten, die jetzt mit Macht in den Vordergrund treten mußten, so würde allein der Gegensatz zwischen Vater und Sohn einen bedeutsamen Umschwung herbeigeführt haben. Anstatt des gemessenen strengen Ordnungssinnes war hier launenvoll genialisches Treiben, anstatt des nüchternen hausväterlichen Nützlichkeitsstandpunktes ein philosophisch angehauchter, von Poesie durchwärmter Idealismus, statt der biedereren verständigen Frömmigkeit eine begeisterte, geheimnisfreudige, mystische Religiosität, statt der zurückhaltenden einsilbigen, aber im tiefsten Grunde wohlwollenden Umgangsformen ein sprudelndes, wortreiches, herzugewinnendes Sichgehenlassen, statt der knappen strengen Soldatennatur eine empfängliche, feingebildete Künstlerseele.

Den ersten Wochen der neuen Regierung kam diese gewinnende Persönlichkeit des Herrschers vollauf zu statten; seine Anrede an die Deputationen, welche ihn begrüßten, seine schriftlichen Äußerungen, zu

Bedeutung des
Thronwechsels.

Das Testament
Friedrich Wil-
helms III.

denen sich mehrfacher Anlaß bot, zeigten den Schwung seiner Gesinnung und Ausdrucksweise im Glanz der ersten Morgenfrische. Besonders begeisterten die Worte, mit denen er das Testament seines Vaters veröffentlichte, zwei Aktenstücke, deren eines einen prüfenden Rückblick auf die Regierung des Verstorbenen warf, während das andere — An meinen lieben Fritz überschrieben — ihm besonders ans Herz legte sich ebenso sehr vor der unsichgreifenden Neuerungssucht zu hüten wie vor einer zu weit getriebenen Vorliebe für das Alte. Der König ließ diese Schriften seines Vaters dem Volke, das es wert sei solche Worte zu hören, mittheilen; es sprach sich in dieser Verfügung eine Wärme, eine Herzlichkeit aus, die bezaubern mußte. „So, sagte man sich, schrieb kein Sekretär, diesen Stil wagte kein Minister, in diesen gewaltigen, schwungvollen Worten konnte nur der Schmerz eines Sohnes und das Bewußtsein eines Königs sich ergießen.“ Und denselben Geist atmeten die ersten Thaten des Monarchen. Arndt, seit 1820 suspendiert, wurde wieder in seine Professur eingesetzt; Boyen, der 1819 mit Humboldt und Beyme aus dem Ministerium geschieden war, erhielt eine Berufung in den Staatsrat um später wieder Kriegsminister zu werden; dem alten Turnvater Jahn ward gestattet seinen Verbannungsort Freiburg zu verlassen; die beiden Brüder Grimm, die Opfer des Göttinger Gewaltstreiches, wurden in Berlin angestellt; nach und nach folgte die Berufung anderer Männer, die einen bedeutenden Namen in Wissenschaft und Kunst besaßen: Tieck, Rückert, Schelling, Cornelius, Felix Mendelssohn: freilich waren nicht einmal diese alle der öffentlichen Meinung lieb, geschweige denn Männer wie Stahl und Hassenpflug. „Wir wollen ihn nicht haben den Herrn von Haß und Fluch,“ so tönte es in den Straßen von Berlin, und diese Verse bereiteten dem Könige nach eigenem Geständnis den ersten schmerzlichen Tag seiner Regierung. Denn sie schonten auch seine älteren Vertrauten nicht; nur der eine Alexander von Humboldt fand Gnade vor den Augen des Volkes: die Bunsen, Radowiz, Thile, Kochow galten für Männer voll mittelalterlicher Ideen, deren Frömmigkeit man vorwarf, daß sie zur Schau getragen und unehrlieh sei. Wie sehr dem einzelnen dabei auch Unrecht geschah, im ganzen lernte die öffentliche Meinung doch die Lage und die Person des Königs schnell genug mit richtiger Ahnung verstehen. Nur machte sie den gewiß entschuldbaren und selbst rühmlichen Fehler, daß sie zunächst die unliebsamen Seiten in Friedrich Wilhelms Wesen aus ihm heraus zu verlegen und seine Günstlinge dafür verantwortlich zu machen strebte. Alles Erfreuliche wurde ihm voll und ganz angerechnet, besonders die Begnadigung vom 10. August, die neben anderen politischen Verbrechern auch die unglücklichen studentischen Opfer der Untersuchungskommission von 1834 dem Leben wiedergab. Mit Jubel lauschte man der erregten, herzlichen, persönlichen Redeweise, mit welcher der König bei den Kundigungen von Königsberg und Berlin vor sein Volk hintrat; die Herzen der Hörer flogen ihm entgegen, von Staunen und Hoffnung erfüllt über

Begnadigungen,
Berufungen
und Ernennungen.

dies neue, unerhörte Auftreten; selbst wer seine Worte nicht vernehmen konnte wurde hingerissen; denn schon seine Bewegungen zu sehen war ergreifend; man mußte innige kraftvolle Worte hinzudenken. Und doch drängte sich dem schärferen Beobachter wohl gleich die Frage auf, ob diese effektvolle Sprache sich fortsetzen lasse, ob Staatsangelegenheiten nicht eine andere erforderten.

Jedenfalls konnte solch eine aufregende und belebende, hoffnung-
weckende Beredsamkeit nur dann segensreich wirken, wenn ihr Thaten folgten. Und die That, welche man von Friedrich Wilhelm verlangte, war die Erfüllung des Versprechens von 1815 und 1820, war die Erteilung einer Verfassung für den ganzen Staat. Mit vollem Ernste trat diese Forderung an den König zuerst auf dem Landtag von Königsberg heran, den er berufen hatte um die Huldigung der Provinzen Preußen und Posen entgegenzunehmen. Auf Antrag des Königsberger Kaufmanns Heinrich beschlossen die preußischen Stände mit 89 gegen 5 Stimmen dem König die Bitte um eine Reichsverfassung vorzulegen. Seine schriftliche Antwort darauf am 9. September war mild und freundlich gehalten, versprach Entwicklung der bestehenden Provinzialstände, erhielt aber durchaus keine greifbare Zusage. Dennoch machte sie einen guten Eindruck und nährte die vorhandenen Hoffnungen. Doch zu stürmischer Begeisterung entflammten die Worte, welche der Monarch am nächsten Tage sprach. Die Stände hatten ihm gehuldigt; 15 000 Menschen füllten den Schloßhof; eine feierliche Stille herrschte. Da erhob er sich plötzlich von seinem Thron, trat an den Rand der Tribüne, streckte den rechten Arm wie zum Schwur empor und gelobte hier vor Gottes Angesicht und vor diesen lieben Zeugen allen, daß er ein gerechter Richter, ein treuer, sorgfältiger, barmherziger Fürst, ein christlicher König sein wolle, wie sein unvergeßlicher Vater es gewesen. Er bat Gott um den Fürsten Segen, der dem Gesegneten die Herzen der Menschen zueigne und aus ihm einen Mann nach dem göttlichen Willen mache; er bat Gott um seinen Segen für das teure Vaterland: bei uns, rief er begeistert aus, ist Einheit an Haupt und Gliedern, an Fürst und Volk, herrliche Einheit des Strebens aller Stände nach einem schönen Ziel: nach dem allgemeinen Wohl in heiliger Treue und wahrer Ehre. So wolle Gott unser preußisches Vaterland sich selbst, Deutschland und der Welt erhalten, mannigfach und doch eins, wie das edle Erz, das aus vielen Metallen zusammengeschmolzen nur ein einziges, edelstes ist — keinem anderen Kost unterworfen als allein dem verschönernden der Jahrhunderte!

Von einer Verfassung war in alledem mit keinem Worte die Rede, und doch glaubte man an sie. Der alte Oberpräsident Schön meinte nach einer Unterredung mit dem König, dieser sei liberaler als er selbst. Um so schlimmer war die Enttäuschung, als ein königlicher Erlaß vom 4. Oktober solche Mißverständnisse ausdrücklich zurückwies. Die Stimmung wurde bitterer und man sah der Huldigung in Berlin, die am

Die Verfassungstrage.

Die Huldigung in Königsberg.

Erlaß vom 4. Oktober.

Die Hulbigung
in Berlin.

15. Oktober stattfand, mit Unbehagen entgegen. Natürlich erwartete man auch hier eine Rede des Königs; aber was konnte sie bringen, da die einzige ernstliche Forderung zum voraus abgewiesen war? Je schwungvoller sie lautete, desto greller mußte der Abstand zwischen Wort und That erscheinen. Der feierliche Akt ging diesmal in zwei Abschnitten vor sich; zuerst huldigten Ritterschaft und Geistlichkeit im Inneren des Schlosses, dann Stadt und Land auf dem Schloßhofe. Vor der Leistung des Eides ergriff hier der König, entblößten Hauptes trotz Wind und Regen, das Wort. Hatte er den Rittern drinnen schon gesagt, daß sie von ihm keine sogenannte glorreiche Regierung mit Geschüßesdonner und Posaunenton, sondern ein einfaches, väterliches, echtdeutsches und christliches Regiment zu erwarten hätten, so gelobte er auch draußen dem Volke, soweit seine Macht und sein Wille reiche, Frieden zu halten zu seiner Zeit. Er warb um die Liebe seiner Unterthanen, deren er nicht entraten könne: denn die Wege der Könige seien thränenreich und thränenwert, wenn Herz und Geist ihrer Völker ihnen nicht hilfreich zur Hand gehen. Mit dem schönsten, klarsten Laute der Muttersprache, mit einem ehrenhaften Ja! bat er ihm zu versprechen, daß man durch gute und böse Tage treu mit ihm ausharren wolle, und mit erhobener Rechten wiederholte er dann — so wahr ihm Gott helfe — sein Königsberger Gelübde. Vollenden Sie nun, so schloß er, diese hohe Feier, und der befruchtende Regen Gottes ruhe auf dieser Stunde!

Die Vereinig-
ten Ausschüsse.

Je tiefer der Eindruck war, welchen der König durch seine ganze Erscheinung machte, um so größer mußte die Unzufriedenheit darüber werden, daß er in der Hauptfrage der Zeit von der öffentlichen Meinung so völlig abwich. Denn diese verlangte in der That mit großer Zähigkeit eine Verfassung, und zwar eine Verfassung nach französischem Muster. Nun war Friedrich Wilhelm einer Weiterbildung der Provinzialstände keineswegs abgeneigt; er bewilligte ihnen den Druck der Protokolle, die Veröffentlichung ihrer Eingaben und der darauf erteilten Antworten, den regelmäßigen Zusammentritt in jedem zweiten Jahre, und berief zum 18. Oktober 1842 „Vereinigte Ausschüsse“ derselben nach Berlin um dort die Gesetze mit durchzuberaten, welche für die ganze Monarchie bestimmt waren. Auch damit wollte er noch nicht das letzte Wort gesprochen haben, sondern bewegte den Plan eines Vereinigten Landtages, zu dem die Provinzialstände in ihrer Gesamtheit zusammentreten sollten, fortwährend in seinem Herzen. Allein auf der einen Seite konnte er zu keinem festen Entschlusse kommen, stritt sich mit den widerwilligen Elementen seiner Umgebung, zu denen besonders seine Brüder gerechnet wurden, umher und verzettelte sein Interesse an untergeordnete, teilweise lächerliche Fragen, den Ort des Zusammentritts, die Teilung des Landtags in Kurien, die Uniformierung der Mitglieder und ähnliches — und auf der anderen Seite rannte er sich fest in dem eingebildeten Gegensatz historisch gewordener, nationaler Stände und einer aus Frankreich importierten, undeutschen Repräsentativverfassung. Die

Plan des Ver-
einigten Land-
tages.

Stände von 1823, so willkürlich, ungeschichtlich und erinnerungsarm sie waren, galten ihm für eine gewordene und daher konservative Grundlage; dafür daß das französische Vertretersystem mehr als französisch, daß es ein Ausdruck des modernen Staatsbewußtseins überhaupt sei, fehlte ihm das Verständnis. Er kämpfte daher mit voller Überzeugung für sein Prinzip und gegen die Ideen der Konstitutionsmänner; aber es fehlte ihm doch wieder der Mut seine Absichten schnell und ganz ins Leben treten zu lassen und dadurch eine Partei für dieselben zu begründen.

Um so entschuldbarer war es, wenn allmählich Zweifel aufkamen, ob es dem Könige wirklich ernst mit seinen Plänen sei, ob er nicht das Interesse dafür nur erheuchle; noch entschuldbarer die Meinung, daß man ihn drängen müsse und vielleicht mittels der Presse über den erregbaren und empfänglichen Mann Einfluß genug gewinnen könne um ihn in liberalere Gedankenkreise hineinzutreiben. Zwei Flugschriften waren es besonders, die in diesem Sinne auf ihn hätten wirken können und die auf die Gebildeten im Volke in der That einen mächtigen Einfluß ausübten. Die eine, unter dem Titel: Woher und wohin? hatte den alten Schön, die andere: Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen, einen jüdischen Arzt in Königsberg Johann Jacoby, zum Verfasser. Beide wurden nicht allein massenhaft gelesen und besprochen, sondern riefen Entgegnungen und Befräftigungen hervor; Jacobys Schrift wurde für die nächsten Jahre geradezu ein Zeughaus für die konstitutionelle Opposition. Je länger, je mehr mußte sich des Königs und seiner Minister die Überzeugung bemächtigen, daß sie auch ihrerseits in der Presse sich eine Waffe bereiten mußten; aber die Ausführung unterblieb. Im Herbst 1842 wurde eine „Deutsche Zeitung“ beabsichtigt, die unter Dahlmanns Leitung im großen Stile die Sache der Regierung führen sollte; aber im letzten Augenblicke scheute man doch vor Dahlmanns eiserner Selbständigkeit zurück und verweigerte ihm die Zensurfreiheit. Das war um so ungeschickter, als man doch darauf verzichten mußte die bisherige Knebelung der Presse aufrecht zu erhalten und durch die Milderungen, welche im Jahre 1842 eingeführt waren, die Schärfe der Opposition vermehrte ohne ihr ein Gegengewicht zu bieten. Um Angriffsstoff brauchten die Gegner nicht verlegen zu sein; selbst die Person des Königs bot denen, welche außer dem Bereiche der preussischen Polizei waren, Blößen genug und Heinrich Heine erging sich mit wahrer Wollust darin, dieses „Mittel Ding, das weder Fleisch noch Fisch ist, und von den Extremen unsrer Zeit ein närrisches Gemisch ist,“ in mannigfach treffender Satire zu verhöhnen oder im Hinblick auf die Versprechen von 1815 und 1820 spöttisch auszurufen: Ja Königsworte, das sind Schätze, wie tief im Rhein der Niblungshort! ja er verarbeitete auch die dem König zugeschriebene Trunksucht, seine Kinderlosigkeit und ähnliche Dinge in gröbster Weise. Dessen mußte sich nun wohl die preussische Schriftstellerwelt enthalten, aber an mehr oder

Drängen der
öffentlichen
Meinung.

Die politische
Litteratur.

weniger verdeckten Hieben auf den „Romantiker“ ließ auch sie es nicht fehlen. Und was sich nicht in Berlin sagen ließ, das sagte man im Auslande; die Schweizer Verlags-handlungen druckten und verlegten, was vpr der preussischen Zensur nicht bestehen konnte; des Absatzes waren sie doch vollkommen sicher. Im Inlande selbst sorgten über 400 Zeitungen für die Bedürfnisse der Lesewelt; wissenschaftliche Blätter wie die Hallischen Jahrbücher von Ruge und Ecktermeyer gaben den liberalen Politikern den Ton an; man eiferte gegen die Schellingsche Philosophie und traf in dem Schützling den königlichen Gönner; man erließ ein Manifest gegen die Romantik und zeichnete in der Romantik die preussische Politik. Einen gewaltigen Einfluß übten die politischen Lyriker, Herwegh besonders mit seiner formenkühnen, beredten Sprache, dann Hoffmann von Fallersleben, Robert Prutz, Dingelstedt, Freiligrath. Geraume Zeit standen sie dem Könige durchaus nicht feindlich gegenüber und manch ermutigendes und anfeuerndes Wort ward ihm zugesungen. Doch einer nach dem anderen wurde des fruchtlosen Zuredens müde; nicht lange wahrte es, so wandte sich Herwegh ab. „Du konntest Deiner Zeit das Banner tragen, und trägst ihr nur die Schleppe nach“, rief er enttäuscht dem Könige zu. Hoffmann, Prutz und andere folgten seinem Beispiel, zum Teil durch persönliche Kränkungen verlegt, und selbst Freiligrath nahm das Wort zurück, das einst Herweghs Zorn erregt: „Der Dichter steht auf einer höhern Warte als auf der Zinne der Partei,“ und ließ auch seinen Lorbeer von der Partei flechten, die freilich die überwältigende Mehrheit unter den Gebildeten der Nation ausmachte.

Das Bistum
Jerusalem.

Durch seine ablehnende Haltung gegen die Forderungen der politischen Dichter, durch die Maßregelung akademischer Lehrer, wie Nauwerk, Hinrichs, Bruno Bauer, durch die Unterdrückung der Hallischen Jahrbücher und ähnliche Schritte entfremdete sich der König thatsächlich zusehends die Gesinnung der gebildeten Kreise, so daß ein Attentat, welches der Bürgermeister Tschsch am 26. Juli 1844 gegen ihn ausführte, weit weniger Abscheu und Empörung als eine fast frivole Beurteilung hervorrief. Besonders reichlichen Stoff zum Angriff boten die kirchlichen Dinge, über denen in der That ein sonderbarer Unstern waltete, mochte der König persönlich, mochten seine Günstlinge oder der Kultusminister Eichhorn sie in die Hand nehmen. Vorzüglich dankbar waren für die Spötter zwei Unternehmungen des Königs, denen doch ein tieferer Sinn keineswegs fehlte: das evangelische Bistum in Jerusalem und die Vollendung des Kölner Dombaues. Die Anregung zu dem Gedanken in Jerusalem mit England gemeinsam einen Bischofsstiz zu gründen wurde durch die orientalische Krisis von 1840 gegeben. Wenn ein Schwärmer wie der Philhellene Gynard durch sie zu dem Wunsche gedrängt wurde, Ludwig von Bayern möchte mit den anderen christlichen Herrschern auf die Gefahr eines neuen Kreuzzuges hin von der Pforte die Herausgabe des heiligen Grabes fordern; wenn Ludwig diesen Wunsch bei seinem vielgeliebten Schwager, dessen Geist für alles

Edle und Große empfänglich sei, zu befürworten unternahm, dann war es immer noch ein Zeichen von Mächtigkeit, wenn dieser den überschwänglichen Plan so beschnitt, wie er es that. Daß an der heiligen Stätte der Protestantismus so gut wie der griechische und römische Katholizismus durch einen hohen Würdenträger vertreten sein möchte, dieser Wunsch konnte einem gläubigen Christen nicht so fern liegen; daß der König dabei sich mit der anglikanischen Kirche zu verbünden trachtete, erklärte sich nicht bloß aus seiner und seines vertrauten Ratgebers Bunsen Vorliebe für dieselbe, sondern auch aus der verständigen Erwägung, daß ohne England das Ziel schwer zu erreichen sei. Aber freilich, abenteuerlich und fremdartig mußte der ganze Plan dem zweifelstüchtigen Geiste der gebildeten Zeitgenossen vorkommen. Und mit dem Kölner Dombau war es zwar etwas, doch nicht viel anders. Als rein künstlerisches Unternehmen gedacht, hätte ihm der Beifall der Nation wohl kaum gefehlt; aber daß es in der Seele des Königs doch auch ein frommes Werk war, daß es ein Sinnbild für die Einigkeit der Bekenntnisse sein und den unparteiisch wohlwollenden Sinn des Herrschers für den Katholizismus bezeugen sollte, das mißfiel. Das Fest der Grundsteinlegung am 4. September 1842 gestaltete sich doch zu einer Art Nationalfeier. In feuriger Rede begrüßte der Monarch die Thore, zu denen er den Grundstein legte, als Thore einer neuen besseren Zeit, durch welche nie das ehrlose Untergraben der Einigkeit der deutschen Fürsten und Völker, das Kütteln an dem Frieden der Konfessionen und der Stände einziehen möge. Durch Zeiten, reich an Menschenfrieden, reich an Gottesfrieden, so rief er aus, rage der Dom von Köln über dieser Stadt und über Deutschland, bis an das Ende der Tage! Von den deutschen Fürsten, die ihn dabei umgaben, brachte der König von Württemberg dem gemeinsamen Vaterlande ein Hoch, und dem Erzherzog Johann von Oesterreich schob der Volksmund gar den Trinkspruch unter: Kein Oesterreich, kein Preußen mehr! Ein einiges großes Deutschland, fest wie seine Berge!

Der Kölner
Dom.

Wie hier das Volk sich in schmeichlerischem Traum wiegte, so nicht minder der König, wenn er von dem Frieden unter den Bekenntnissen sprach. Nicht einmal in sich, geschweige denn untereinander konnten die einzelnen Konfessionen diesen Frieden bewahren; im römischen wie im protestantischen Lager nahm die unversöhnliche Richtung an Macht und Einfluß zu, und religiöser Hader überwog in den nächsten Jahren den politischen. In der katholischen Kirche gab Bischof Arnoldi von Trier das Zeichen zum Kampf. Im August 1844 verordnete er eine feierliche Ausstellung des ungenähten Rockes Christi, der zu den Schätzen seiner Kirche zählte. Als bald begann aus den Rheinlanden, aus Belgien und Frankreich eine Massenwallfahrt nach Trier, die ins Unermeßliche anschwell, als die Freifrau von Droste-Bischoering, eine Nichte des Erzbischofs, die auf Krücken hingegangen war den Herrgottsrock anzubeten, ohne Krücken zurückkehrte. Über eine Million Pilger strömten binnen

Der heilige Rock
von Trier.

sechs Wochen in der alten Moselstadt zusammen; wenigstens einzelne von ihnen behaupteten gleichfalls Heilung von körperlichen Leiden gefunden zu haben. Der laute Jubel der Klerikalen über diese göttlichen Wundererscheinungen weckte natürlich den Widerspruch der Aufgeklärten. Von protestantischen Gelehrten wurde die Fabel des ungenähten Rockes in ihrer Albernheit nachgewiesen, wurde gezeigt, daß es 20 und mehr Exemplare dieses Wunderkleides gebe, wurde der Aberglaube, der damit sein Spiel trieb, scharf gegeißelt. Aber auch aus dem Schoß der römischen Kirche erhob sich Widerspruch. Ein katholischer Priester, freilich ein suspendierter und nicht im besten Rufe stehender, Johannes Ronge, eiferte in einem offenen Brief an den Bischof Arnoldi, den Töpel des 19. Jahrhunderts, gegen das Götzenfest zu Trier. Durch die Exkommunikation, welche der Fürstbischof von Breslau über ihn verhängte, noch weiter gedrängt, begann er in Flugschriften für die Reform der Kirche, für eine deutsch-katholische Nationalkirche, zu wirken. Der laute Beifall, welchen er von Protestanten wie von Katholiken erhielt, steigerte seinen Mut; es schien, als ob die Überspannung der ultramontanen Forderungen, die seit 1830 beständig gewachsen war, zu einer neuen Reformation führen sollte. Der Weg, den Ronge zu gehen hatte, war ihm übrigens schon gewiesen. Bereits im August 1844 hatte ein anderer Priester, allerdings wieder ein suspendierter, Czersti von Schneidemühl in der Provinz Posen, sich mit seiner Gemeinde vollständig von Rom losgesagt, nicht weil er die Dogmen der Kirche, sondern weil er ihre Verfassung und die Ehelosigkeit der Geistlichen verwarf. Nach seinem Vorbilde gründete nun Ronge im März 1845 zu Breslau eine christ-katholische Gemeinde; in etwa zwanzig norddeutschen Städten geschah binnen wenigen Wochen daselbe; ein Leipziger Konzil, um Ostern abgehalten, wurde bereits von 15 Orten beschickt. Große Reisen, die Ronge durch ganz Deutschland unternahm, mehrten besonders im Süden seinen Anhang; gewichtige Männer wie Duller und Gervinus erklärten sich für ihn; auch in den Regierungs- und Hofkreisen war man seiner Bewegung nicht abgeneigt; der Prinz von Preußen würdigte ihn einer langen Audienz und der König selbst schien entschlossen, die neue Sekte auf demselben Fuße wie die Altlutheraner zu behandeln. Österreich und Bayern freilich duldeten keine deutsch-katholischen Gemeinden, und in anderen Staaten wie Sachsen, Kurhessen, Württemberg wurde wenigstens ihr öffentliches Auftreten beschränkt. In Leipzig, wo der Theaterkassierer Robert Blum eine ansehnliche Gemeinde gebildet hatte, kam es darüber zu einem blutigen Tumult. Als die Seele des Verbotes, das im Juli 1845 erlassen war, sah man den Prinzen Johann, den späteren König, an, der trotz seiner hohen wissenschaftlichen und künstlerischen Bildung doch in dem Rufe engherzig-kirchlicher Gesinnung stand. Dieser traf am 12. August in Leipzig ein um die Bürgerwehr zu mustern. Die lebhaftesten Kundgebungen zu Gunsten der Deutschkatholiken verfolgten ihn; Lebehochs auf Ronge wechselten mit dem Rufe: Nieder mit den

Der Deutsch-
Katholizismus.

Der Leipziger
Tumult.

Jesuiten! Die Person des Prinzen selbst schien abends durch Ansammlungen vor seiner Wohnung, durch Einwerfen der Fenster und Andrängen gegen die Thüren gefährdet, so daß die Truppen von ihrer Waffe Gebrauch machten. Nur durch die schleunige Flucht des Prinzen, die Entfernung des Militärs aus der Stadt und besonders durch die Mäßigung Blums, der die Menge ganz in seiner Hand hatte, wurden schlimmere Auftritte verhindert und allmählich das Ansehen der Regierung wiederhergestellt. Bedenklicher übrigens als die Feindseligkeit der Staatsbehörden war für die deutsch-katholische Sache der innere Zwiespalt. Während die Ezerškische Partei dogmatisch nicht allzuweit von den römischen Satzungen abwich und durch ihren Glauben an die Gottheit Christi auch den orthodoxen Protestanten genehm blieb, so daß ihnen vielfach protestantische Kirchen geöffnet wurden, stellten sich die Kongeaner auf den Standpunkt der kritischen Theologie, verwarfen, wie die freisinnige Partei in der evangelischen Kirche, das apostolische Glaubensbekenntnis, zogen damit aber dieselbe Verfolgung, welche jene traf, auch auf sich herab. Nur mühsam wurde auf den Synoden und Konzilien der neuen Sekte die Einheit aufrechterhalten und es galt mehr als einmal den offenkundig gewordenen Zwiespalt zu vertuschen. Auch ließ sich in nicht zu langer Frist deutlich erkennen, daß eine wirklich religiöse Kraft in dieser neuen Gemeinschaft doch nicht vorhanden sei, daß sie vielmehr zum guten Teil von politisch Mißvergnügten als Deckmantel demokratischer und sozialistischer Bestrebungen benutzt werde. Als das Jahr 1848 einen solchen Deckmantel überflüssig machte, bekannten denn auch viele Führer offen ihre wahre Farbe, und statt daß der Deutschkatholizismus von der Freiheit, deren er nun genoß, Nutzen gezogen hätte, begann vielmehr sein allmählicher Zerfall. Seinen Höhepunkt erreichte er Ende 1846, wo sich etwa 60 000 Gläubige, zur Hälfte in Schlesien, zu ihm bekannten; das Berliner Konzil, um Pfingsten 1847, sah Vertreter von 151 Gemeinden. Wenn er durch seine Verbreitung nach Oesterreich und Bayern an äußerer Ausdehnung während der nächsten Jahre vielleicht noch zunahm, so verlor er doch völlig seine kirchliche Besonderheit und gestand das auch dadurch ein, daß er im Beginn der Reaktionszeit eine Verschmelzung mit den protestantischen freien Gemeinden auf den Konzilien von Leipzig und Röthen, im Mai 1850, versuchte und dadurch sein und seiner Verbündeten Lebensfähigkeit nur noch mehr untergrub.

Spaltungen
unter den
Deutschkatho-
liken.

Trotzdem waren die freien Gemeinden und der Deutschkatholizismus allerdings gleichartige Erscheinungen, insofern beide durch den Geist des Jahrhunderts zur Loslösung von ihrer Mutterkirche gedrängt wurden und in beiden die verneinende Kraft größer war als die schöpferische. Der Protestantismus hatte in dem letzten Menschenalter eine große Krisis durchlebt. Der alte Rationalismus, welcher die Erzählungen der Bibel im Sinne der Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts verstandesmäßig zu begreifen und nüchtern-prosaisch zu erläutern gesucht

Der Protestan-
tismus.

hatte, besaß keine Lebenskraft mehr. Ihm fehlte das eigentlich religiöse Moment so vollständig und er bot doch andererseits dem unbefangenen prüfenden Verstande so große Schwächen, daß sein Anhang sich mehr und mehr zerteilte und auf der einen Seite die gläubige Annahme der göttlichen Geheimnisse, mochten sie in Wunderthaten oder in unbegreiflichen Lehrsätzen bestehen, die verlorene Herrschaft wiedergewann, auf der anderen Seite der historisch-kritische Sinn der jüngeren Generation, seit David Strauß' Leben Jesu erschienen war, die Bibel wie ein anderes Buch zu behandeln anfang und in mühsamer, Jahrzehnte erfordernder Gelehrtenarbeit die geschichtlichen Thatfachen des Christentums aus der Einkleidung, in welche die ersten Jahrhunderte sie gehüllt, loszuschälen suchte. Aber gerade weil diese Arbeit kein Kinderpiel war, weil sie nicht mit einem Schlage gesicherte Ergebnisse vorzulegen vermochte, weil sie in dem Für und Wider der Kritik sich selbst nicht selten widersprach und aufhob, besaß sie nicht die Kraft, die große Menge, die dem Rationalismus zugänglich gewesen war, für sich zu gewinnen, sondern verlor dieselbe an die Orthodorie, die von Jahr zu Jahr Kühner ihr Haupt erhob und einen streitlustigen, verfolgungsjüchtigen Geist entwickelte. Zwar fehlte es unter denen, welche die übernatürlichen Lehren des Christentums festhielten, nicht an solchen, die damit den Geist der Duldsamkeit und der unbefangenen wissenschaftlichen Prüfung verbanden und als Vermittlungstheologen eine versöhnliche Stellung behaupteten. Aber so sehr sie in anbetracht der Gesamtlage, in welcher sich die evangelische Kirche und die wissenschaftliche Theologie befanden, berufen waren als Leiter an die Spitze zu treten, so wenig eigneten sich die friedfertigen Persönlichkeiten ihrer Führer dazu den kampflustigen Häuptern der streitbaren Orthodorie die Herrschaft zu entwinden. Am wenigsten einem Manne wie Friedrich Wilhelm IV. gegenüber. Obgleich dieser mit einem der bedeutendsten Vermittlungstheologen, mit Bunsen, im vertrautesten Verkehre stand, neigte er doch in seinen persönlichen Anschauungen zu sehr nach der schärfsten Orthodorie, als daß er die Berechtigung der freien Forschung innerhalb der evangelischen Kirche hätte einräumen wollen. Er verschloß sich zwar nicht der Notwendigkeit einer Neugestaltung dieser Kirche in ihren Verfassungsformen und wünschte diese so umgewandelt, daß ihre Leitung in berufenere Hände als in die des Landesfürsten gelegt würde; aber solange das nicht geschehen war, hielt er sich nicht für berechtigt durch Gewährenlassen der freieren Anschauungen, wie sein Vater es geübt, den alten Bekenntnisformeln etwas zu vergeben, sondern zog die Zügel straff an. Die Eiferer der Orthodorie, besonders Hengstenberg in seiner Evangelischen Kirchenzeitung, hezten nach Kräften, und Eichhorn, der Minister für Kirchen- und Schulangelegenheiten, einst der Freund und Anhänger Schleiermachers, förderte die Interessen dieser Partei unbekümmert um seine Vergangenheit und begünstigte außerdem eifrig, des Königs eigenen Gefinnungen entsprechend, den Pietismus und die äußere Kirchlichkeit. Die Universitäten wurden nicht allein in den theologischen Lehr-

Ministerium
Eichhorn.

stählen immer ausschließlicher mit Anhängern der neugläubigen Richtung besetzt; ihre bisherige Lehrweise sollte geändert, an die Stelle des freien Lehrvortrags schulmäßiger Unterricht mit regelmäßigen Prüfungen gesetzt, die deutsche Einrichtung der Privatdozenten untergraben werden. Dadurch lud der Minister einen ungemessenen Haß auf sich, der um so schrankenloser wurde und in dem Vorwurf der Heuchelei gipfelte, als man von ihm am wenigsten derartiges erwartet hatte und seine Ernennung gerade von den Liberalen mit Freude begrüßt worden war. In kurzer Zeit hatte er alles gegen sich; selbst seine persönlichen Freunde beschuldigten ihn der Verstellung; und den sog. Frommen galt er doch immer noch nicht als zuverlässig; sie meinten, wenn er auch das Wohl der Kirche fördere, so thue er es doch nur „in Schwachheit“. Besonders seine Reformpläne für die Kirchenverfassung blieben ihnen ein Stein des Anstoßes, während sie andererseits den Liberalen nicht genügten. Und doch beschritt er gerade hier keinen verwerflichen Weg. Wie Friedrich Wilhelm III. es 1817 schon einmal versucht hatte, schuf der König zunächst Kreis- und Provinzial-Synoden, die aus geistlichen und weltlichen Mitgliedern gemischt waren, und berief 1846 eine Generalsynode, auf der die vermittelnde Richtung die Oberhand hatte. Sie verwarf mit gewaltiger Mehrheit (48 gegen 14) die verpflichtende Kraft der alten Symbole und stellte ein von Nitzsch und Müller verfaßtes Glaubensbekenntnis ohne dogmatische Bestimmtheit auf. Aber dadurch hatte sie es auch mit dem König und dem Minister verdorben; ihre Beschlüsse wurden nicht bestätigt und eine neue Synode nicht einberufen. Friedrich Wilhelm huldigte vielmehr der Ansicht, daß wer die Verpflichtung auf die Symbole mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne, aus der Landeskirche zu scheiden habe und da ein solcher Austritt bisher gesetzlich nicht gestattet war, so ermöglichte er ihn am 30. März 1847 durch das sog. Toleranzedikt, das ihn nur von einer Erklärung vor dem Richter abhängig machte. Wie die Sachen einmal lagen, war dadurch den Freisinnigen allerdings schon ein Dienst geschehen, wenngleich ein schlechter. Sie konnten jetzt eigene religiöse Genossenschaften bilden, sobald sie nur ihr Recht in der Landeskirche aufgeben wollten. Hätten sie einmütig von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, so würde freilich die Landeskirche mit der Zeit den Schlag am schwersten empfunden haben: sie würde immer mehr zu einer starren Sekte zusammengeschrumpft sein, innerhalb deren es für eine andere Art der Gläubigkeit als das Buchstabenbekenntnis von Jahr zu Jahr weniger Raum gegeben hätte. Das geschah nicht, die Zukunft der Kirche wurde nicht gefährdet, weil weitans die meisten Geistlichen sich entschlossen zeigten ihr gutes Recht zu behaupten und nicht freiwillig auszuscheiden. Nur diejenigen, welche vom Kirchenregimente gewaltsam entsetzt wurden, machten von dem Toleranzedikte Gebrauch, nachdem sie zum Teil schon vorher ihre Anhänger zu Gemeinden vereinigt, denen freilich bis dahin die rechtliche Gültigkeit fehlte. Das hatte zuerst Rupp in Königsberg im Januar 1846 gethan, dann Wis-

Die General-
synode.

Das Toleranz-
edikt.

Die freien Ge-
meinden.

licenus in Halle, Ende 1847 auch Uhlich in Magdeburg, dessen Gemeinde auf 5000 Köpfe stieg. Die Provinz Sachsen, unter deren Geistlichkeit die freiere Glaubensweise stark vertreten war, stand überhaupt an der Spitze der Bewegung. Uhlich, Wislicenus u. a. hatten schon seit 1841 Prediger- und Laienversammlungen besonders in Köthen abgehalten und in den Blättern für protestantische Freunde (oder wie man später sagte: für Lichtfreunde) sich ein vielgelesenes Organ geschaffen. Auch in diesen Kreisen gingen jedoch die Ansichten noch weit auseinander; während manche der freien Gemeinden wie die von Marburg und Halle selbst den Christennamen aufzugeben bereit waren, erklärten die Magdeburger in ihrer Stiftungsurkunde nachdrücklich: Wir bleiben, was wir sind und waren, evangelische Christen, und schließen uns der Kirchenbehörde wieder an, wenn sie zur evangelischen Freiheit zurückkehrt. Doch bewährte sich auch bei ihnen wie bei den Deutschkatholiken die alte Erfahrung, daß im Laufe der Zeit die verneinenden Elemente immer mehr an Stärke gewannen und dadurch die Entwicklungsfähigkeit und Anziehungskraft der freien Gemeinden untergraben wurde. Etwa 40 an der Zahl, ließen sie sich in den Revolutionsjahren auch in politische Dinge ein und wurden in der Reaktionszeit dafür als politische Vereine behandelt und aufgelöst; die Neugründungen, welche nachher stattfanden, blieben ohne Bedeutung.

Die Altlutheraner.

Wenn ganz besonders der Deutschkatholizismus und die freien Gemeinden Zeugnis dafür ablegten, wie die öffentliche Meinung in den vierziger Jahren sich auf religiösem Gebiete zu bethätigen suchte, da ihr das politische noch verschlossen war, so fehlte es doch auch an anderen Erscheinungen nicht, die dasselbe lehrten. Der Kampf gegen die preussische Union wurde von seiten der strengen Lutheraner mit Eifer aufgenommen; die einen schieden aus der Landeskirche und traten zu Breslau 1841 vom Staate anerkannt zu einer besonderen Gemeinschaft zusammen; die anderen blieben im Rahmen der Union und suchten sie von innen heraus zu zerstören. Erfreulicher war die Gründung des Gustav-Adolf-Vereines, der den Protestantismus ohne engherzige Rücksicht auf das Bekenntnis durch Kirchen- und Schulbau überall da zu stützen suchte, wo die katholische Nachbarschaft ihn gefährdete. Aus kleinem Ursprung im Königreich Sachsen hervorgegangen, dehnte er sich seit 1842 über das protestantische nicht-preussische Deutschland aus, nahm 1844 auch den preussischen Sonderverein, den der König hatte begründen wollen, in sich auf und drang 1848 selbst nach Bayern vor, wo König Ludwig damit begonnen hatte einen Tilly-Verein als Gegendrohung auszuspielen. Die Ausschließung des Predigers Rupp, der trotz seiner Suspension von den Königsbergern als Abgeordneter zur Generalversammlung geschickt war, bedrohte zwar 1846 das friedliche Miteinanderwirken der verschiedenen Richtungen, blieb aber auf die Dauer doch ohne schädliche Wirkung. Auch die protestantischen Regierungen wollten auf kirchlichem Gebiete sich thätig erweisen und schufen 1846 die evangelische

Der Gustav-Adolf-Verein.

Die evangelische Konferenz.

Kirchenkonferenz, eine Vereinigung von Bevollmächtigten, die alle zwei Jahre zusammentrat um gemeinsame Beschlüsse für alle deutschen Landeskirchen zu fassen, lange Zeit freilich ohne ein irgend erkleckliches Ergebnis zu Lichte zu fördern.

Alle diese Dinge vermochten indes die Frage, welche recht eigentlich die Aufgabe des Jahrzehntes war, nicht von der Tagesordnung abzusehen, die Frage, ob Preußens ständische Verfassung eine zeitgemäße Umgestaltung erhalten werde oder nicht. Daß der König persönlich sie im allgemeinen bejahte, stand nicht minder fest, als daß die Form, welche er im Sinne trug, nicht den Forderungen des Liberalismus entsprach. Dieser verlangte ein von dem Volke durch freie Wahlen gebildetes Parlament; der König konnte sich nicht von seinen ständischen Liebhabereien losmachen und wollte daher eine Versammlung, die aus den Provinziallandtagen mit ihren Rittern, Bürgern und Bauern bestände. Gewährte er diese, so mußte es notwendig zwischen ihm und dem Landtage zum Kampfe kommen, eine Aussicht, welche für die Männer der Regierung und des Hofes schlimm genug war um sie zu Feinden jeder Neuerung zu machen. Denn sie besaßen hinlängliche Kenntnis von dem Charakter des Königs um zu wissen, daß ihm die nötige Ruhe und Ausdauer für die siegreiche Beendigung eines solchen Kampfes fehle. An der Spitze der Opposition stand der Bruder und Nachfolger des Monarchen, der Prinz von Preußen, von dem man versicherte, er habe den König beschworen, das Einlenken in die konstitutionelle Bahn ihm, dem Prinzen, oder seinem Sohne zu überlassen, und habe sogar mit einem feierlichen Proteste gedroht. Indes ließ der König sich dadurch von seinem Vorhaben nicht abbringen. Besonders das Jahr 1844 sah die lebhaftesten Verhandlungen. Der König hatte sich von Bunsen, Radowiz, dem Gesandten Canitz in Wien u. a. Verfassungsgutachten ausarbeiten lassen; er war entschlossen zum Werke zu schreiten; er erklärte, daß er durch seines Vaters Versprechungen sich gebunden erachte, daß seines Bruders Widerspruch seinem Herzen weh thue, aber auf seinen Kopf nicht den geringsten Einfluß haben dürfe; er hatte bereits vertrauliche Mitteilungen über seinen Entschluß nach Petersburg und Wien gemacht; ein Schreiben an Metternich beruhigte diesen darüber, daß es sich nicht um eine moderne Konstitution mit periodischem Reichstage und Reichstagswahlen handle. In dem Entwurf, den der Minister von Arnim-Bohnenburg nach dem Plane des Königs ausarbeitete, bestimmte gleich der erste Paragraph, daß die allgemeine Reichsversammlung aus der Vereinigung der acht Provinziallandtage bestehen solle; ihre Berufung hing von dem Ermessen des Königs ab; nur für einen Ausschuß, den sie zu wählen hatte, wurde eine vierjährige Periodizität grundsätzlich festgestellt. Die Versammlung selbst sollte nach den drei Kurien der Ritter, Bürger und Bauern stimmen; aber zu dem gemeinsamen Beschluß zweier derselben mußte noch die Zustimmung der Herrenkurie kommen, die gleichsam als Oberhaus konstituiert und wesentlich aus den mediatisierten

Die Verfassungsfrage.

Fürsten gebildet werden sollte. In diesem letzten Punkte war übrigens Arnim anderer Ansicht, er wollte die Herren- und Ritterkurie zum Ober-, die beiden anderen zum Unterhause verschmelzen, überdies auch den Landtag selbst alle vier Jahre berufen, und da er sich hierüber mit dem Könige nicht verständigen konnte, trat er nach einer letzten Erörterung am 21. Mai 1845 zurück. Der Monarch überwies nun die Verfassungsfrage einer besonderen Kommission, die aus Arnims Nachfolger Ernst von Bodelschwingh, den Ministern Savigny, Uhden, Canitz und dem Hofmarschall von Rochow bestand; im September wurden auch die Minister von Thile und Rother sowie der Fürst Solms-Lich zugezogen. Nur von Rochow war ein unbedingter Gegner des ganzen Vorhabens; die übrigen fanden zwar die projektierte Reichsversammlung recht groß und schwer zu lenken, sie hätten deshalb lieber nur die provincialständischen Ausschüsse weiter ausgebildet und regelmäßig berufen gesehen; aber sie bequerten sich doch am Ende den Ideen des Königs an. Im einzelnen unterwarfen sie sodann den ihnen vorgelegten Plan einer gründlichen Prüfung, die zumeist in eine Beschränkung der Rechte der künftigen Versammlung auslief; doch wurde u. a. auch die Bildung einer Herrenkurie ausdrücklich verworfen. Der umgearbeitete Entwurf wurde dann vom Könige teilweise gebilligt, teilweise abgelehnt und in dieser neuen Gestalt am 11. März 1846 in einer gemeinsamen Sitzung des Staatsministeriums und der Kommission durchberaten. Den Vorsitz führte der Prinz von Preußen, der damals an der Spitze des Ministeriums stand. Er hob hervor, daß es sich bei dieser Frage um die Zukunft, ja um die Existenz des Thrones und des Vaterlandes handle; gewiß sei es nötig von Zeit zu Zeit zu untersuchen, ob die vorhandenen Institutionen noch mit der Fortentwicklung der Zeit im Einklang seien; allein daß man deshalb jetzt zur Bildung einer ständischen Centralversammlung schreiten müsse, davon sei er noch nicht überzeugt; jedenfalls müsse man darauf halten, daß die Macht der Regierung nicht in die Hände der beratenden Versammlung übergehe. Von den anwesenden 16 Mitgliedern, die hierauf einzeln ihr Votum abgaben, erklärten sich nur zwei, der Minister und der Hofmarschall von Rochow, ablehnend; auch der Prinz von Preußen bejahte schließlich das Bedürfnis, wenn er auch mit dem Gesetzentwurf im übrigen nicht einverstanden sei und von dem Einfluß der ständischen Versammlung eine Gefährdung der Wehrverfassung, der Regierungsautorität und der alten Allianz mit den Ostmächten befürchte. In einer Reihe von Ministerialsitzungen wurde dann der Entwurf im einzelnen durchberaten und am 3. Februar 1847 erfolgte endlich durch ein königliches Patent und drei demselben beigefügte Verordnungen über die Bildung des Vereinigten Landtags, über die periodische Berufung des ständischen Ausschusses und über die Bildung der Staatsschulden-deputation die Verkündigung der lange vorbereiteten Maßregel. Wie schon der Name zeigte, war es bei der Vereinigung der Provinziallandtage geblieben, die, wenn es sich um Steuer- und Anleihefachen handelte,

Das Patent
vom 3. Fe-
bruar 1847.

in einer Versammlung tagen, bei anderen Angelegenheiten aber sich in zwei Kurien teilen sollten, von denen die eine, die Herrenkurie, aus den königlichen Prinzen, den Standesherrn und einigen anderen Klassen bestand, die zweite, die Dreiständekurie, aus den Vertretern der Ritterschaft, der Städte und der Bauern zusammengesetzt war. In Gesetzgebungssachen stand dem Vereinigten Landtage nur eine beratende Stimme zu, außerdem hatte er das Bittrecht in inneren Angelegenheiten. Sein Zusammentritt sollte von den Umständen abhängen und nur dann erfolgen, wenn Anleihen oder Steuererhöhungen ihn nötig machten. Dagegen sollten die Vereinigten Ausschüsse fortan regelmäßig alle vier Jahre zusammentreten und die ständische Deputation für das Schuldenwesen alljährlich einberufen werden.

Das waren die Zusagen, welche das Patent vom 3. Februar machte. Sie bezeichneten gewiß einen Fortschritt, aber sie blieben doch gewaltig hinter den Forderungen der Zeit zurück. Mindestens die regelmäßige Wiederkehr und das Beschluß- statt des Beratungsrechtes glaubte man für den Landtag verlangen zu müssen, ganz abgesehen davon, daß seine Zusammensetzung und zahlreiche einzelne Bestimmungen lebhaftes Mißfallen erregten. So begann denn alsbald nach Bekanntwerden des Patentbes eine öffentliche Debatte über den Wert der königlichen Zugeständnisse, die von Heinrich Simon zu der Frage: Annehmen oder Ablehnen? zugespitzt wurde. Obgleich der König dieses „schlechte“ Buch mit seiner „bösen“ Vorrede mit Beschlag belegen und gegen den Verfasser eine Untersuchung einleiten ließ, so that es doch seine Wirkung und wurde durch eine ganze Litteratur ähnlicher Schriften (u. a. von Servinus, Bülow-Cummerow, Jacoby) unterstützt. Mit Eifer verhandelten die liberalen Ständemitglieder die Frage schriftlich und mündlich, es fehlte der Simonschen Ansicht, daß man ablehnen müsse, nicht an Freunden und mit der größten Spannung sah man dem Tage des Zusammentrittes entgegen.

Nach einem feierlichen Gottesdienste eröffnete der König am 11. April mit der ersten Thronrede, die ein preußischer König gehalten, die Sitzung des Landtages. Er sprach frei nach seiner Gewohnheit, hinter ihm der Minister von Thile mit dem Konzept der Rede; er sprach über eine halbe Stunde. Es fehlte seinen Worten nicht an schwungreichen Stellen, aber der Eindruck war nicht mehr der von 1840 und 1842. Nicht mehr auf das Wohlthuende wie damals, sondern auf das Verletzende horchte man mit ängstlicher Spannung. Nicht um Zeit- und Schulmeinungen zu verfechten, sondern um die Rechte ihrer Auftraggeber zu wahren, erklärte der König, seien die Stände zusammenberufen; nicht der Wille von Majoritäten, sondern das eigene freie Ermessen werde die Richtschnur seiner Regierung sein; niemals könne er einwilligen sein Verhältnis zu seinem Volke in ein konstitutionelles zu verwandeln; niemals solle sich zwischen unseren Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine Vorsehung eindrängen. Er ver-

Die öffentliche
Meinung.

Eröffnung des
Vereinigten
Landtags.

wies auf jenes glückliche Land, dessen Verfassung das Werk von Jahrhunderten und einer Erbweisheit sondergleichen sei, als auf ein leuchtendes Vorbild, und erhob sich nach einem starken Angriff auf den Geist des Umsturzes und des Unglaubens, der einen Teil der Presse beherrsche, von seinem Throne um aufrecht stehend die erregte Beteuerung auszusprechen: Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen!

Die Adresse.

Diese Thronrede schnitt die Hoffnung auf eine Verständigung mit den konstitutionell-gesinnten Abgeordneten so gut wie ganz ab. „Mit tiefem Schmerze“, schrieb Hermann von Beckerath, „schritten wir die Schloß-
treppe wieder hinunter und es wird sich nun darum handeln, was wir als Ehrenmänner, als Vertreter geheiligter Volksrechte zu thun haben.“ Ein großer Teil, besonders der Rheinländer und der Preußen, war geneigt sogleich unter Protest wieder abzureisen; aber diese unpolitische Aufwallung des Unmutes und der Unreife wurde glücklich überwunden. Noch derselbe Tag sah zahlreiche Privatversammlungen der Mitglieder, in denen der Beschluß gefaßt wurde der Thronrede mit einer Adresse zu antworten. Graf Schwerin übernahm es den Antrag zu stellen; es gelte, so sagte er, neben dem Dank für den Schritt, welchen der König gethan, auch einige ehrerbietige Bedenken wegen mehrerer Stellen des Patentens vom 3. Februar auszusprechen. Obgleich nun den Ständen nach diesem Patente das Recht zu einer Adresse gar nicht zustand, so ließ doch der Landtagsmarschall Fürst von Solms-Lich den Antrag zu; er wurde angenommen und eine Kommission erwählt, in deren Auftrag Beckerath die Adresse entwarf. Die zweitägige Beratung derselben führte zu der ersten glänzenden Debatte, in welcher neben Beckerath besonders Hansemann, Camphausen und Mevissen von den Rheinländern, Winke von den Westfalen, Alfred von Auerwald und Saucken von den Ostpreußen sich hervorthaten. Sie betonten immer und immer wieder, daß alles darauf ankomme einen Rechtsboden zu gewinnen, daß man nicht länger nur von Gnade und Vertrauen leben dürfe, daß dieser Versammlung unweigerlich alle die Rechte zuständen, welche Friedrich Wilhelm III. den künftigen Reichsständen zugesagt habe. Ihnen gegenüber ließ der Minister Bodelschwingh nur das Patent vom 3. Februar als Rechtsboden der Versammlung gelten, wollte von der Berufung auf die Zusagen des verstorbenen Königs nichts wissen und empfahl den Antrag seines Vorgängers Arnim-Bohnenburg, welcher alle jene Versprechen, die Beckerath in seiner Adresse einzeln aufgezählt hatte, einfach strich. Zuletzt kam es zwischen beiden Ansichten doch zu einer Art von Vermittlung, indem auf Antrag Auerwalds zwar jene Aufzählung Beckeraths aufgegeben, aber durch eine allgemeine Wahrung der bereits erworbenen Rechte ersetzt wurde. In dieser Form gewann die Adresse eine Mehrheit von 484 gegen 107 Stimmen, selbst die königlichen Prinzen erklärten sich mit Ausnahme des Thronfolgers dafür. Die Antwort des Königs war gemäßigt; sie hielt zwar an dem Patente als dem einzigen Rechtsboden fest, versprach aber die weitere Ausbildung der Verfassung

und eine neue Einberufung des Landtags innerhalb der nächsten vier Jahre. Auch sonst erreichte die Opposition manches Wünschenswerte, so das Versprechen der Preßfreiheit. Die Regierung befand sich offenbar in peinlicher Lage; sie kannte ihren eigenen Standpunkt nicht und ließ sich oft in den Debatten über Widersprüchen ertappen. Vollständige Niederlagen aber erlitt sie in den beiden wichtigsten Vorlagen, die sie machte. Sie verlangte nämlich die Zinsgarantie von etwa 100 Millionen Thalern für eine Rentenbank, welche den Bauern, die ihren Gutsherren noch die Ablösung für Fronen und andere Lasten schuldeten, das Geld vorschießen sollte. Das Vorhaben verdiente auch vom Standpunkte der Liberalen aus alle Förderung. Allein die Minister erklärten, daß es sich nicht etwa um die Einwilligung, sondern nur um den Rat des Landtages handele, da Zinsgarantien keine Anleihen seien und nur diese der Zustimmung bedürften. Die Folge davon war, daß eine ungeheuere Mehrheit nicht allein diese Vorlage verwarf sondern auch die 30 Millionen Thaler verweigerte, welche zum Bau der Berlin-Königsberger Eisenbahn verlangt wurden; denn, so setzte besonders Vincke auseinander, solange die Rechte der Versammlung bestritten seien, könne diese sie nur dadurch wahren, daß sie Gebrauch von ihnen mache und jede Geldforderung verweigere. So wurden die Debatten je länger desto erbitterter. Auch die Abschaffung der Schlacht- und Mahlsteuer, die Einführung einer Einkommensteuer wurden abgelehnt; den Juden wurde die Zulassung zu Staats- und Gemeindeämtern mit knapper Majorität bewilligt, die Verleihung ständischer Rechte mit einer Stimme Mehrheit verweigert. Der Landtag wuchs der Regierung immer mehr über den Kopf, ohne daß der König deshalb an Nachgeben gedacht hätte. Alle Talente waren unzweifelhaft in den Reihen der Opposition; auf der Seite der Minister that sich außer Arnim-Bohnenburg fast kein Redner hervor; sie selbst benahmen sich ungewandt und widerspruchsvoll. Aber auch die Opposition konnte keine rechte Stellung gewinnen; auch ihre Haltung war innerlich unsicher; sie blieb auf dem Landtage, weil sie politische Einsicht genug besaß um zu erkennen, daß sie ihren Posten nicht verlassen dürfe; und doch sagte sie sich, daß sie damit den Landtag so wie er war anerkenne, während sie doch mit voller Überzeugung daran festhielt, daß demselben Rechte vorenthalten würden, ohne die er nicht für die von Friedrich Wilhelm III. verheißenen Reichstände gelten könne. Auf die schwerste Probe wurde ihr ganzes bisheriges Verhalten noch unmittelbar vor dem Schlusse der Session gestellt.

Der Landtag hatte nämlich nach gründlichen und sehr versöhnlichen Verhandlungen die Bitte an den König gerichtet, derselbe möge eine bestimmte Periodizität der Sessionen vorschlagen und da in diesem Falle die Vereinigten Ausschüsse überflüssig seien, deren Wahl nicht anordnen. Vincke, von dem dieser Antrag ursprünglich ausging, hatte geradezu die jährliche Berufung gefordert, die in der That durch das Staatsschuldenedikt von 1820 mittelbar schon versprochen war. Da dieser Antrag aber

Die sonstigen
Verhandlungen.

Die Ausschüß-
wahlen.

nicht durchging, hatte Hansemann statt dessen zweijährige Perioden vorgeschlagen und war damit in der Dreiständekurie durchgedrungen. Allein die Herrenkurie verallgemeinerte den Wunsch dahin, daß nur irgend eine feste Periode begehrt werden solle, und auf diese Bitte gingen nun dem Landtage am 24. Juni drei königliche Bottschaften zu, durch welche dieselbe abgelehnt und zur Wahl der Ausschüsse wie der Staatsschulden-deputation aufgefordert wurde. Jetzt hieß es: Wählen oder Nichtwählen? Nach langem Hin- und Herberaten in den Parteiversammlungen fand doch nur ein kleiner Teil der Opposition, 58 im ganzen, unter ihnen Hansemann, Mevissen, Vincke, den Mut die Wahl zu verweigern; weit mehrere betraten den bequemeren Mittelweg sie zwar vorzunehmen, aber unter dem Vorbehalt, daß die Ausschüsse keinerlei Schritte thäten, welche die Rechte des Landtages schädigen könnten; an der Spitze dieser Protestwähler — es waren 156 — standen Camphausen und Beckerath; fast alle Ostpreußen gehörten zu ihnen. Die Mehrheit, besonders aus den mittleren Provinzen, wählte, 284 an der Zahl, ohne Verwahrung. Der öffentlichen Meinung entsprach die Handlungsweise der 156 am meisten; die bedingungslose Wahl erschien dem Volke als Feigheit, die Enthaltung als eine fast revolutionäre Maßregel. Der König freilich sah auch den Protest für nichts Besseres an und entließ den Landtag sehr ungnädig. Nicht er selbst hielt die Schlußrede, sondern Bodelschwingh als Kommissar mußte ihn vertreten, während er selbst nach Breslau reifte. In seiner widerspruchsvollen Art hatte der Monarch übrigens schon vor der Wahl deutlich zu verstehen gegeben, daß er zwar in diesem Punkte auf seinem Willen bestehen werde, sonst aber den Wünschen des Landtages entgegenzukommen und insbesondere die regelmäßige Wiederkehr einzuräumen gedenke. Mit diesem Zugeständnis hätte also Bodelschwingh die bitteren Worte, welche er der Opposition zu sagen hatte, versüßen und so den Mißton mildern können, mit welchem die erste parlamentarische Versammlung Preußens am 26. Juni 1847 auseinanderging; aber das ersehnte Wort blieb ungesprochen und man trennte sich mit dem trüben Bewußtsein, daß der König die Männer für seine Feinde halte, die doch die Mehrheit der Nation hinter sich hatten und ihm in ernsteren Stürmen allein als Stütze dienen konnten.

Schluß des
Landtages.

Deutschland bis zur Revolution.

Gewiß hatten viele größeres von diesem Landtage erwartet, als er zu leisten imstande gewesen war; aber so blind gegen die Zeichen der Zeit waren doch nur wenige, daß sie nicht den gewaltigen Fortschritt erkannt hätten, der in der bloßen Thatsache einer preussischen Ständeversammlung lag. Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit und neues Leben blüht aus den Ruinen! Das war recht eigentlich die Signatur des Augenblicks, die nicht allein die Lage Preußens und die Zustände Gesamtdeutschlands und vieler seiner Einzelstaaten kennzeichnete, sondern

über Deutschlands Grenzen hinaus in fast allen Ländern Europas zutraf. Überall hatten in den vierziger Jahren reformatorische Ideen siegreich ihr Haupt erhoben, überall war das Banner des Rückschrittes vor ihnen im Sinken, überall bot sich für den Liberalismus die hoffnungsreiche Aussicht, durch einen friedlichen Triumphzug den langjährigen schweren Kampf gelohnt zu sehen.

Bedeutungsvoll war es vor allem, daß neben den liberalen Bestrebungen die nationalen wieder stärker als in den dreißiger Jahren in den Vordergrund traten. Für Deutschland hatte in dieser Hinsicht das Jahr 1840 einen denkwürdigen Wendepunkt gebildet. Wenn die Thronbesteigung des neuen Preußenkönigs vorzugsweise den Liberalismus gefördert hatte, so stachelten die kecken Rheingrenzelüste der Franzosen das Nationalbewußtsein aus seinem Schlummer auf und ohne künstliches Bemühen entstand zwischen beiden Tendenzen gar bald eine stärkende und stützende Wechselwirkung. Auch die Regierungen konnten diesem Zuge der Zeit nicht fern bleiben; denn die kriegerische Begeisterung, welche sich der Nation bemächtigte, als sie den Rhein bedroht sah, forderte unweigerlich den Beifall und die Zustimmung der Fürsten heraus. Die Dichtkunst bemächtigte sich des zündenden Stoffes und kleidete die nationalen Ideen in ein poetisches Gewand. Damals entstand Max Schneckenburgers *Wacht am Rhein*, die freilich erst dreißig Jahre später ihre historische Berühmtheit gewinnen sollte; damals sang Herwegh sein zündendes Rheinlied:

Wo solch ein Feuer noch gedeiht
Und solch ein Wein noch Flammen speit,
Da lassen wir in Ewigkeit
Uns nimmermehr vertreiben!
Hurrah, hurrah, der Rhein —
Und wär's nur um den Wein —
Der Rhein soll deutsch verbleiben!

Den Preis der Volkstümlichkeit aber trug Nikolaus Becker davon, so wenig seine Muse auch der Herweghschen ebenbürtig war. „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein, bis seine Blut begraben des letzten Manns Gebein,“ so klang es überall in seinen Weisen wieder. In seiner Person brachten die Fürsten der nationalen Bewegung den Zoll ihrer Anerkennung dar; ihm setzte der König von Preußen für sein Gedicht eine Pension aus; ihm übersandte Ludwig von Bayern den „vergoldeten, silbernen, von ihm selbst angegeben wordenen“ Pokal als Ehrengeschenk. Auch nahm wenigstens Friedrich Wilhelm einen Anlauf um die Zeitverhältnisse zur Besserung der deutschen Verfassung zu benutzen und erreichte das eine, daß endlich die seit einem Vierteljahrhundert verschleppte Frage der Bundesfestungen geordnet und 1843 die Anlage von Ulm und Rastatt beschlossen wurde. Beim Kölner Dombauefest hatte er eine Zusammenkunft mit Metternich um diesen Staatsmann, den er in maßloser Weise überschätzte und dessen Rathschlägen zu folgen er wohl für die erste seiner Pflichten erklärte, für

Nationaler
Aufschwung.

Die Bundes-
festungen.

seine Pläne zu gewinnen. Aber dieser war nur zu einem scheinbaren Eingehen auf dieselben bereit und schob die Sache dann auf die lange Bank, so daß sie schließlich in ein paar unschuldigen Reformen verlief. Die Volksstimmung dagegen beharrte in der eingeschlagenen Richtung und befestigte sich zusehends. Daß die Radikalen der dreißiger Jahre über die Deutschtümelei spöttelten, daß Heinrich Heine und Gesinnungs-
genossen sie mit ihrem unflätigsten Hohne übergossen, konnte nur ein Stachel mehr sein. Im großen ganzen aber wirkte die politische Poesie dieser Jahre, wirkten die Herwegh, Hoffmann von Fallersleben, Freiligrath, Bruß und viele andere auch positiv stärkend und belebend ein. Die Litteratur wurde trotz der Beschränkungen, denen sie noch unterlag, wieder eine volkstümliche Macht, der auch die Regierungen die Anerkennung nicht versagen konnten. Selbst die strengen Gelehrten traten aus ihrer Studierstube heraus und ergriffen mit Wärme die Sache der Nation und der Freiheit. Einzelne Bücher wurden zu Ereignissen. Dahlmanns Revolutionsgeschichten, erst die englische, dann die französische, trugen den Stempel der politischen Tendenz an der Stirn und wirkten gewaltig für die Verbreitung richtiger Grundsätze in weiten Kreisen des gebildeten Bürgerstandes. Neben Zeitschriften und Zeitungen wurden politisch-historische Sammelwerke geplant, so eine Geschichte der deutschen Bundesstaaten seit 1815, deren Seele Droysen war und bei der man wohl davon sprach, das deutsche Parlament müsse für jeden Mitarbeiter zur Kabinettsfrage gemacht werden. Selbständige übersichtliche Darstellungen der letzten dreißig Jahre erschienen in großer Zahl und verbreiteten neben historischer Belehrung auch nationale und liberale Anschauungen im Volke. Selbst wissenschaftliche Wanderver-
sammlungen traten mit Erfolg in die politische Arena. Schon seit Dezennien hatten die Naturforscher, seit kürzerer Zeit die Philologen ihre jährlichen Kongresse; zu ihnen gesellten sich im September 1846 die Germanisten, etwa 200 an der Zahl, unter ihnen die gelehrtesten Kenner deutschen Rechtes, deutscher Sprache und deutscher Geschichte, ein Uhland, Arndt, Dahlmann, Grimm, Beseler, Waitz, Lappenberg, Reyscher und so viele andere erlauchte Träger deutschen Gelehrtenruhmes. Ihre Vereinigung nahm sogleich den politischen Charakter an. Die Kaiser im Römersaale zu Frankfurt, wo die erste Versammlung stattfand, schienen, mit Uhland zu reden, aus ihren Rahmen zu springen und die Vereinten mit ihrem Blick anzufeuern oder zu zügeln. Schleswig-Holstein, die Geschworenengerichte, die deutsche Auswanderung wurden hier und 1847 in Lübeck Gegenstand der Verhandlungen und zogen weit über die Kreise der Fachgenossen hinaus die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf diese Germanisten, die in öffentlicher Rede das deutsche Parlament als ein Geschenk der Zukunft zu begrüßen wagten. In kleinerem Bezirk, aber in diesem um so eindringlicher, wirkten andere festliche Versammlungen, besonders die Sängerkulte, die in den vierziger Jahren einen großen Aufschwung nahmen und durch Wort und Lied

Rationale Be-
thätigung der
Wissenschaft.

Germanisten-
tage.

die patriotische Stimmung pflegten. Selbstverständlich blieben auch die berufenen Vertreter des Volks in den Ständeversammlungen nicht hinter diesen freien Vereinigungen zurück. Die dumpfe Schwüle, welche seit 1834 über ihren Verhandlungen gelagert hatte, schwand mehr und mehr; freie und kühne Worte wurden wieder laut und weckten das jubelnde Echo der Bevölkerung. Das Beispiel der preußischen Provinzialstände, die doch nicht einmal für voll angesehen werden konnten und deren Debatten gleichwohl häufig einen frischen und kräftigen Geist verrieten, feuerte noch mehr an und ließ bereits vorahnend erkennen, von welchem Einfluß eine Gesamtvertretung des größten deutschen Staates auch für die übrigen Teile des Vaterlandes sein werde. Als nun gar der Vereinigte Landtag zusammengetreten war und seine Verhandlungen durch ganz Deutschland gelesen und besprochen wurden, begann diese Ahnung sich zu verwirklichen; die Helden der Berliner Tribüne, die Hansemann, Camphausen, Beckerath, Vincke, traten ebenbürtig den süddeutschen Volksmännern, den Welcker, Römer, Gagern, zur Seite; zwischen beiden Lagern wurden Verbindungen angeknüpft. Freilich rief diese Annäherung andererseits mit Notwendigkeit eine Entfremdung hervor. Es konnte nicht geleugnet werden, daß der politische Sinn im Süden tiefer im Volke verbreitet war als im Norden; nicht gerade, daß er festere Wurzeln geschlagen hätte und von einer gründlicheren Einsicht begleitet gewesen wäre; aber der Süddeutsche war durch das Verfassungsleben eines Vierteljahrhunderts mit den Formen, den Forderungen und den Schlagwörtern des Liberalismus vertrauter; er drängte ungestümer vorwärts; er glaubte sich weit über den Preußen hinaus vorgeschritten und bemaß danach seine eigenen konstitutionellen Ansprüche. Die verständigeren Politiker des Südens waren weit davon entfernt sich dessen zu freuen; sie erkannten die Notwendigkeit mit der Bewegung im Norden Schritt zu halten; nur wenn dort der Fortschritt siege, glaubten sie an die Dauer und den Bestand ihrer eigenen Errungenschaften; die Erfahrungen langer Jahre zeigten ihnen genugsam, welcher Wert den ruckweisen Bewegungen des „wetterwendischen“ Südens beizumessen sei; Sicherheit erhofften sie nur von der „nachhaltigen“ politischen Arbeit in Preußen. Aber das konnte nicht die Überzeugung der Hitzköpfe sein; auch war es keine Lehre, die sich dem aufgeregten Volke empfahl. Eine Spaltung war unvermeidlich. Und die Keime zu ihr waren ja noch aus den Zeiten des Hambacher Festes und des Frankfurter Putzsches vorhanden; schon damals hatte sich der Radikalismus von dem zögernden Liberalismus losgesagt. Jahrelang hatten sodann die Liberalen wieder allein freies Spiel, da die Radikalen im Gefängnis schmachteten oder ins Ausland geflohen waren. Die Begnadigungen der vierziger Jahre riefen manche von ihnen zurück; hatten die einen im Auslande gelernt und ihre thronumstürzenden und himmelstürmenden Gesinnungen gemäßigt, so brachten die anderen ein neues Gift mit, die sozialistischen und kommunistischen Lehren, die in Frankreich im Schwange waren.

Ständeversammlungen.

Nord- und Süddeutschland.

Radikale und Liberale.

An jungem Nachwuchs fehlte es auch nicht, und so stand die radikale Partei bald wieder fertig da, vom Volke, das an allem Entschiedenem Freude hat, auch entschieden begünstigt. Besonders in Baden, dem leicht empfänglichen Grenzlande, trat diese Erscheinung ans Licht. Die alten Führer sanken ein wenig in der Achtung des Volkes, oder sie machten auch wohl, halbunsicher, eine Schwenkung nach links. Rotteck war 1840 gestorben; Ihstein neigte stark zu radikalen Anschauungen; Welcker, Mittermaier und andere hatten gegen die Hecker, Struve, Fickler, Brentano einen harten Stand. Diese machten Mannheim zu ihrem Hauptquartier; auch in Konstanz und Umgegend hatten sie einen starken Anhang, den sie durch geschickte Handhabung der Presse beständig zu mehren wußten. Auch die Liberalen blieben auf diesem Felde nicht unthätig, sondern unternahmen es, das zu schaffen, was Deutschland unzweifelhaft fehlte, ein politisches Preßorgan, das über die einzelnen Länder und Ländchen hinweg die Sache des Vaterlandes und Fortschrittes vertrete. Sie nahmen damit einen Gedanken auf, den auch die Berliner Regierungskreise, soweit sie freisinnigen Tendenzen nachgingen, in Verbindung mit bewährten nationalen Kräften vielfach erwogen hatten. Der Plan, eine „Deutsche Zeitung“ zu gründen, der schon 1842 zwischen Eichhorn und Dahlmann verhandelt war, wurde 1846 wieder hervorgeholt. Das Blatt sollte der Oppositionspresse opponieren, aber vom liberalen und nationalen Standpunkt aus, so daß eine freimütige Kritik der Regierungsmaßregeln keineswegs ausgeschlossen sei. Politisch geschulte Köpfe wie Dahlmann erkannten doch gleich, daß diese Doppelaufgabe unlösbar sei, und so scheiterte der Voratz. Allein nun nahmen die Badener die Idee auf und führten sie ins Werk, unabhängig von der preußischen oder sonst einer Regierung. Freilich wurde jetzt der Mittelpunkt des Unternehmens nach Heidelberg verlegt und seine Wirksamkeit dadurch im voraus verengert; aber auch so entfaltete sich die „Deutsche Zeitung“, unter Gervinus' Leitung, im Verlage des bewährten liberalen Buchhändlers Bassermann, unter Mitwirkung der tüchtigsten und gelehrtesten Männer, auf das erfreulichste. „Nie trat eine deutsche Zeitung imponierender vor die Nation“, sagt Gustav Freytag von ihr. „Daß sie auf ganz Deutschland angelegt war und vom Süden aus vor anderem preußische Interessen besprechen sollte, war der größte Fortschritt. Kein Blatt hat so viele Talente namhafter Gelehrter, keines so viele handelnde Politiker unter seinen Gönnern und Mitarbeitern gezählt, wenige haben so reiche Folgen glänzender und kluger Artikel gebracht.“ Hatten damit die Liberalen ihre Sache von dem Radikalismus „sauber getrennt“, so gab es doch nichtsdestoweniger ein breites Gebiet, auf dem beide Richtungen neben- und füreinander wirkten. Wenn die letzten Absichten auch verschieden waren, so blieben die nächsten Ziele doch dieselben, und der Gegensatz beider Parteien gab sich fürerst mehr in der Stellung der Personen und darin kund, daß die Radikalen außer den Forderungen, welche auch die Liberalen mit Eifer vertraten, noch solche ihrem Pro-

Baden.

Die deutsche Zeitung.

gramme einverleibten, denen jene auch wohl hätten zustimmen mögen, die zurückzuhalten ihnen aber klüger schien. Das ließ sich am deutlichsten wahrnehmen, als beide Heereslager im Herbst 1847 Versammlung hielten und ihre Forderungen aufstellten. Die Radikalen gingen voran. Am 12. September beschlossen sie in Offenburg die Aufhebung der Bundestagsbeschlüsse von 1819, 1832 und 1834, ferner Preßfreiheit, Versammlungsrecht, Beeidigung des Militärs auf die Verfassung, Volksbewaffnung, Schwurgerichte, Progressivsteuer und für ganz Deutschland eine Volksvertretung am Bunde zu fordern. Vier Wochen später, am 10. Oktober, tagten dann die Liberalen zu Heppenheim an der Bergstraße, aber nicht in einer großen badischen Volksversammlung, sondern in einem freien Kongreß von Abgeordneten. Neben den Badenern, Zytstein, Welcker, Mathy, Bassermann, Soiron fanden sich Hansemann und Mevissen aus Preußen, Römer und Goppelt aus Württemberg, Heinrich von Gagern aus Darmstadt, Hergenhahn aus Nassau und manche andere ein. Die Besprechung drängte sich auf die eine Frage der Volksvertretung am Bunde zusammen. Eine lebhafteste Diskussion entspann sich darüber; Mathy und ein Teil der übrigen wollte nicht den Bundestag sondern den Zollverein mit der preußischen Spitze als den Organismus, an welchen sich das deutsche Parlament anzuschließen habe, hinstellen. Man einigte sich endlich dahin, diese Frage offen zu lassen und je nach der Strömung der öffentlichen Meinung in dem einen oder dem anderen Sinne Anträge in den Einzelkammern zu stellen, die in der Form verschieden, im Inhalte gleich, ein deutsches Parlament verlangen sollten. Die badische Kammer, welche im Dezember zusammentrat, war die erste, in welcher ein solcher Antrag erscholl: es war der Bassermanns vom 5. Februar 1848; Gagern in Darmstadt folgte ihm am 27. desselben Monats nach; dann aber wurde der Rundgang der Heppenheimer Verabredung durch die Revolution unterbrochen, die im Sturm errang, was die Liberalen bedächtig hatten anbahnen wollen.

Auch in den Regierungskreisen fehlte es nicht an Freunden der Reform, und wenn sie auch in der Minderheit sein mochten, so wurde doch manches auch für Gesamtdeutschland erreicht, anderes wenigstens vorbereitet. Württemberg stellte am Bunde den Antrag auf Anbahnung einer gemeinsamen Gesetzgebung; in Leipzig fanden Konferenzen statt, in denen eine deutsche Wechselordnung beraten und der preußische Entwurf angenommen wurde; Preußen seinerseits beantragte schon im Juli 1846 die Freiegebung der Presse, und der Bundestag ließ sich wenigstens so weit darauf ein, daß er am 9. September sich die Äußerungen der einzelnen Regierungen darüber erbat. Aber Friedrich Wilhelm ging noch weiter. Eine gründliche Reform der Bundesverfassung lag ihm wirklich am Herzen. Allerdings fehlte ihm der Glaube an die Willigkeit seiner Mitfürsten, auch nur das geringste Opfer zu bringen. Als Prinz Albert, der Gemahl der Königin Victoria, ihn im Herbst 1847 zu unterschiedeneren Schritten anstachelte, bezeichnete er es als une utopie in-

Die Offenburger
Versammlung.

Die Heppenheim-
heimer.

Volksvertre-
tung am
Bunde.

Der Bundes-
tag.

Preussische Reformpläne.

réalisable, daß deutsche Könige, Groß- und Kleinherzoge, Fürsten, Fürstchen und Städte zu Gunsten des Bundes auf irgend welches Recht verzichten würden. Dennoch wagte er noch einen Anlauf und wandte sich aufs neue an Metternich, mit dem er auch 1845 auf Stolzenfels eine Reform der Bundeskriegsverfassung besprochen hatte. Vielleicht angeregt durch jenen Aufsatz des Prinzen Albert, den Bunsen ihm mit noch einem zweiten gleichartigen Gutachten aus England zugesandt hatte, beauftragte der König seinen Freund Radowiz mit der Ausarbeitung einer Denkschrift über die deutschen Bundesverhältnisse. Am 20. November genehmigte er dieselbe und verfügte ihre Übergabe in Wien. Er empfahl darin eine Reform nach drei Richtungen. Erstens sollten die deutschen Armeen durch Gleichheit des Exerzierreglements und des Kalibers, durch gemeinsame Manöver und Feldzeichen einer einheitlichen Organisation wesentlich näher gebracht werden; zweitens müsse durch ein gemeinsames deutsches Bürgerrecht, durch volle Freizügigkeit, durch Schaffung eines deutschen Handelsrechtes, Strafgesetzbuches und obersten Bundesgerichtes die Einheit Deutschlands gesetzgeberisch und wirtschaftlich zum Ausdruck gebracht werden; drittens endlich seien durch Ausdehnung des Zollvereins auf den ganzen Bund, durch Herstellung der Münz- und Maßeinheit, durch eine gemeinschaftliche Verkehrsgesetzgebung (Eisenbahnen, Posten etc), durch Bundeskonsulate u. dgl. die materiellen Interessen zu fördern. In der That Vorschläge von höchstem Wert und höchster Bedeutung, die, wenn sie ausgeführt, ja wenn ihre Ausführung nur versucht wäre, bald die wichtigsten politischen Folgen, vor allem eine deutsche Volksvertretung, wenigstens für wirtschaftliche Angelegenheiten, hätten nach sich ziehen müssen. Indessen solange Metternich am Ruder war, und solange der König von Preußen an dem Grundsatz festhielt, daß Oesterreich von Rechts wegen die erste Rolle in Deutschland gebühre, war nicht zu befürchten, daß ernstlich Hand an solch ein Werk gelegt werde, daß ein Fürstentkongreß, wie Friedrich Wilhelm empfahl, zur Beratung der Grundzüge zusammentrete, geschweige denn, daß die Bundesversammlung sich mit Sachverständigen aus allen deutschen Landen, die der preussische Vorschlag nach den freisinnigsten Grundsätzen zu berufen anriet, behufs der Detailberatung umgeben hätte. Die Radowizsche Denkschrift blieb in Wien unbeachtet, und als der König einige Wochen später seine Vorschläge dringlicher erneuern wollte, überholte auch sie unvermerkt die Revolution.

Bayern.

Wenn so in den Zuständen Alldeutschlands eine bessernde Reformbewegung im Zuge war ohne ihres Ausgangs schon sicher zu sein, so ließen auch die Verhältnisse der meisten Einzelstaaten einen erfreulichen Fortschritt nicht verkennen. Am plötzlichsten und unerwartetsten war er in Bayern hervorgetreten. Obgleich König Ludwig durch seine deutsche Gesinnung, die ihm selbst einen feierlichen Dank der Frankfurter Germanistenversammlung erwarb, und durch seine Pflege der Kunst, in der er alle übrigen Fürsten bei weitem übertraf und wirklich großartiges

schuf, eine hervorragende und rühmliche Stellung einnahm, so verdarb er doch mehr, als er dadurch zu verlieren hatte, durch die schmachvolle Fügsamkeit, mit der er sich den Forderungen der ultramontanen Partei unterwarf. Das Ministerium Abel, das seit 1837 die Zügel führte, war im besten Begriff die alte Jesuiten Herrschaft in Bayern zu erneuern. Die Kammern hatten ihm jahrelang keinen ernstlichen Widerstand geleistet; es kam wohl vor, daß sie nach einem Anlauf zur Opposition schließlich, „um dem verehrten Monarchen den Dank des Vaterlandes zu bezeugen“, alle Regierungsvorlagen genehmigten. Mit der Landtags-Session von 1846 änderte sich das; nicht allein in der zweiten Kammer gewann die Opposition die Oberhand, sondern auch der Reichsrat trat mit großer Entschiedenheit gegen das Ministerium auf. Ludwig selbst wurde stuzig über die Tendenzen der Ultramontanen. Trieben sie es doch so weit, daß der Bischof von Augsburg im Reichsrat eine förmliche Abstimmung darüber veranlassen wollte, ob die Verfassung oder das Konkordat in streitigen Fällen den Vorzug verdiene. Erst als die Mehrheit erklärte an einer solchen Abstimmung nicht teilnehmen, sondern den Saal verlassen zu wollen, stand der Prälat von seinem Vorhaben ab. Als der König von dieser Szene Kunde erhielt, meinte er selbst, mit Abel gehe es nicht mehr. Dieser fühlte recht wohl, daß seine Stellung erschüttert sei, und sagte sich mit richtigem Gefühl, daß er nur die Wahl habe, entweder sie durch einen Sieg über den König selbst wieder zu befestigen oder nach einem populären Streitpunkte zu suchen um mit Ehren zu fallen. Dabei war ihm das Glück ungemein günstig. Seit dem Oktober 1846 hielt sich in München eine in Schottland geborene Tänzerin auf, Lola Montez, die trotz ihrer zweideutigen Vergangenheit bei dem für Frauenschönheit empfänglichen König in große Gunst gekommen war. Anfangs hatte die ultramontane Partei daran keinen Anstoß genommen. Als aber im Dezember die kirchlichen Angelegenheiten von den Befugnissen Abels getrennt und dem Freiherrn von Schrenk übertragen wurden, und die Partei dadurch einen vernehmlichen Wink erhielt, daß es mit ihrem Regiment (übrigens gänzlich ohne Verdienst der Maitresse) zu Ende gehe, begann plötzlich ein Murren wider die Fremde in der katholischen Presse. Nun hatte der König die Absicht sie in den bayerischen Adelsstand zu erheben, wozu sie zunächst das Indigenat erhalten mußte, das der König nur mit Zustimmung des Staatsrates verleihen durfte. Abel benutzte die günstige Gelegenheit und verweigerte diese Zustimmung. Statt dessen überreichte er am 11. Februar 1847 im Namen der Minister dem Könige eine Denkschrift, worin die Mißstimmung des Volkes, das sich von einer Fremden beherrscht glaube, der Unwille der Bischöfe, die schmähenden Äußerungen der ausländischen Presse ins Feld geführt wurden um den Nachweis zu liefern, daß die Sache des Königtums auf dem Spiele stehe und daß dem Ministerium, wenn der Monarch auf seinem Willen beharre, nichts übrig bleibe als seine Entlassung zu fordern. Zu allem Überfluß wurde diese Denk-

Lola Montez.

Sturz des
Ministeriums
Abel.

schrift noch „der ausländischen Presse“ zur Veröffentlichung in die Hände gespielt. Des Königs Entschluß war schnell gefaßt; er berief sogleich den protestantischen Staatsrat Maurer zu sich, gab auf dessen Zureden zwar dem Ministerium noch einen Tag Bedenkzeit, entließ es dann aber, da es auf seiner Ansicht bestand, und kündigte seiner Geliebten seelenvergnügt das große Ereignis an: Alle meine Minister habe ich entlassen! Das Jesuitenregiment hat aufgehört in Bayern!

Ministerium
Maurer.

Die Freude der liberalen Partei über diesen gänzlichen Umschwung war groß; aber es ließ sich nicht leugnen, daß die neuen Räte des Königs, unter denen der Freiherr von Zu Rhein und Maurer die bedeutendsten waren, mit einem höchst bedenklichen Schritt ihr Ministerium beginnen mußten; sie unterzeichneten das Indigenatspatent der neuen „Gräfin von Landsfeld“. Den geschiedenen Ministern wurde von ihren Parteigenossen der lauteste Beifall zu teil, und wohl auch mancher sittlich streng denkende Mann, der sonst nicht zu ihrem Anhang zählte, billigte ihren Schritt. Im Senate der Universität München stellte Professor Lasaulz den Antrag Abel die Anerkennung der Universität auszusprechen. Er büßte dafür nach dem raschen Befehle des Königs mit der Versetzung in den Ruhestand; mehrere Kollegen teilten sein Schicksal. Die Studenten aber brachten ihnen feierliche Huldigungen, und der Pöbel bedrohte auch die Maitresse und beleidigte sogar den König auf der Straße. Nach und nach jedoch beruhigte sich die Stimmung; man sah wohl ein, daß Ludwig nicht so Unrecht habe, wenn er meinte: Hieße sie statt Lola Montez Loyola Montez, so würde sie unbehelligt geblieben sein. Auch das neue Ministerium hielt es übrigens seiner Würde angemessen jeden Verkehr mit der Gräfin zu meiden. Damit war denn ein Zankapfel zwischen ihm und dem König von vornherein vorhanden, und schon im Dezember 1847 mußte es zurücktreten. Die Neubildung übernahm der frühere Minister Fürst Wallerstein, im Reichsrate jahrelang ein tapferer Gegner Abels und in allen Hauptpunkten Maurers Gesinnungsgenosse. Gleichsam als Sicherheitsventil nach oben nahm er in sein Kabinett den Staatsrat Berks auf, der mit Recht für eine Kreatur der Gräfin galt, verdarb aber dadurch freilich seine Stellung nach unten vollkommen. Die öffentliche Meinung geriet von neuem in Aufregung; besonders der Studentenschaft bemächtigte sich eine gewaltige Gärung und bei dem Begräbnis des alten Josef Görres, des erbittertsten Gegners der Gräfin Landsfeld, der am 29. Januar 1848 starb, kam es zu Tumulten, in denen diese selbst, da sie sich waghalsig der Menge zeigte, in Lebensgefahr geriet. Der König, wie immer kurz angebunden, glaubte dem ganzen Lärm dadurch ein Ende machen zu können, daß er die sofortige Schließung der Universität befahl. Aber nun wurde es erst recht schlimm. Die Bürger erklärten sich für die Studenten; der Pöbel begann Krawall; es drohte eine wirkliche Revolution. Mehrere Tage trotzte der Monarch ohne doch Gewalt anwenden zu mögen. Endlich am 11. Februar gab er nach, hob die Schließung

Ministerium
Wallerstein.

Görres' Tod.

Neue Unruhen.

der
lasse

bayer
im
hatte
gebr
hund
Glie
es t
grab
leon
treff
„Jef
treu
bege
himm
land

enge
181
man
Ritt
preis
inde
ihre
verl
schei
der
füh
den
Dls
Min
kön
stän
Jüt
die
geh
ein
Sch
eine
Kör
doch
Lan
um

der Universität auf und erteilte der Gräfin Befehl München zu verlassen.

Das war vierzehn Tage vor der Februarrevolution, die also in der bayerischen Hauptstadt durch Aufregung der Gemüther und Gewöhnung im Tumultuieren die Wege bestens geebnet fand. Dasselbe Ergebnis hatten gründlich verschiedene Verhältnisse im äußersten Norden zustande gebracht. Hier war die deutsche Nation schon zu Anfang des Jahrhunderts in ernstlicher Gefahr gewesen wieder einmal ein lebendiges Glied ihres Leibes zu verlieren. Langsam aber sicher hatten die Dänen es verstanden in Schleswig-Holstein die deutsche Gesinnung zu untergraben und ein dänisches Nationalbewußtsein einzuschmuggeln; die napoleonische Zwingherrschaft, die auf Deutschland lastete, war ihnen dabei trefflich zu statten gekommen. Schon sangen die Schleswiger Skalden: „Ich freue mich, daß Dänenblut in meinen Adern schlägt, daß Dänentreu und Dänenmut in meiner Brust sich regt“; und die Dorfjugend begeisterte sich, indem sie sang: „Dänemark, Dänemark, heil'ger Akford! himmlisches Wort! ich nenne, Dänemark, dich dankentbrannt mein Vaterland!“

Schleswig-Holstein.

Da half auch hier die Begeisterung der Freiheitskriege. Aus einem engen Kreise an der Kieler Universität und im Adel verbreitete sich nach 1815 die deutsche Gesinnung wieder durch alle Herzen; vor allem Dahlmann hatte seinen rühmlichen Anteil daran, indem er als Syndikus der Ritterschaft deren alte Rechte zu retten suchte. Wie der Bundestag diese preisgab und wie Lorenzen 1830 ein packenderes Stichwort aufstellte, indem er die enge Vereinigung Schleswig-Holsteins und die Lockerung ihrer Verbindung mit dem Königreich zu einer bloßen Personalunion verlangte, ist früher erzählt worden. Allein nachdem sein Versuch gescheitert war, trat ein Rückschlag ein und die nationale Abspannung der dreißiger Jahre, das Vorwiegen der liberalisierenden Tendenzen, führte in Schleswig-Holstein zur Bildung einer Partei, die Schleswig den Dänen preiszugeben bereit war, der sogenannten Neu-Holsteiner, mit Olshausen an der Spitze. Selbst in Holstein blieben diese freilich eine Minderheit, wie sich schon zu Ende der dreißiger Jahre zeigte. Durch königliche Verfügung waren 1834 für die ganze Monarchie Provinzialstände geschaffen, und zwar getrennt für Holstein, für Schleswig, für Fütland und für die Inseln. Die Schleswig-Holsteiner forderten nun die Vereinigung ihrer beiden Versammlungen um dadurch der Zusammengehörigkeit der Herzogtümer staatsrechtlichen Ausdruck zu geben. Fast einmütig erklärten sich die Stände dafür; nur vier Dänen stimmten in Schleswig, acht Neu-Holsteiner in Holstein dagegen. Diese aber fanden eine Stütze an der eiderdänischen Partei, die sich um dieselbe Zeit im Königreiche bildete und die Holstein allenfalls fahren zu lassen oder doch nur mittels der Personalunion festzuhalten bereit war, alles Land bis zur Eider hin aber in einen einheitlichen Verfassungsstaat umwandeln wollte. Was dieser sich ergänzenden Parteibildung bei

Die Neu-Holsteiner.

Die Eiderdänen.

Die Erbfolge.

Dänen und Deutschen besondere Bedeutung gab, war die nahe gerückte Möglichkeit eines Aussterbens des Königshauses. Friedrich VI. hinterließ 1839 die Regierung seinem einzigen Sohne Christian VIII., der seinerseits auch nur einen kinderlosen Sohn hatte, den nachmaligen König Friedrich VII. Mit dessen Tode mußte die dänische Monarchie sich auflösen; denn im Königreiche galt ebenso unbestritten die weibliche wie in Holstein die männliche Erbfolge; in bezug auf Schleswig aber nahmen beide Teile die Zugehörigkeit für sich in Anspruch. Die Mehrheit der Dänen freilich dachte auch Holstein keineswegs loszugeben; nur die Eiderdänen waren dazu bereit; und ihnen kamen die Neu-Holsteiner entgegen indem sie für ihre eigene Loslösung Schleswig aufzuopfern geneigt waren. Da erhob sich gegen sie, gleichsam aus dem Grabe, Lornsens Stimme. In der Fremde hatte er, verbitterten Gemütes, durch Selbstmord den Tod gefunden; aber er hatte als Vermächtnis eine Schrift über die Unionsverfassung Dänemarks und Schleswig-Holsteins hinterlassen, die jetzt (1841) von Georg Beseler herausgegeben wurde. Das Buch verfocht den Satz, daß die Schleswig-Holsteiner nichts zu wünschen Ursache hätten, was sie nicht zu fordern ein Recht besäßen, und sein Eindruck war so gewaltig, daß die Neu-Holsteiner, die vor dem Erscheinen eine aufsteigende Partei gewesen waren, mit demselben herabzustiegen begannen. Die Dänen thaten das ihre um diese Wirkung zu verstärken. Zunächst arbeiteten sie in der Presse und sonst in der Öffentlichkeit lebhaft für ihre Sache. Die wenigen Dänen, die in der schleswigschen Ständeversammlung saßen, besonders Peter York Lorenzen und Lauriz Skau, wurden bis in den Himmel erhoben, Festmahle zu ihren Ehren abgehalten, Ehrengeschenke ihnen dargebracht. Als die Stimmung so genügend vorbereitet war, schritt man zu einem Hauptschlage. Die Roeskilder Ständeversammlung bat auf Antrag des Bürgermeisters von Kopenhagen, Algreen Ussing, im Oktober 1844 den König um eine Erklärung, daß die weibliche Erbfolge in der gesamten Monarchie zur Anwendung kommen werde. Das erregte in den Herzogtümern lebhaften Widerspruch; die holsteinischen Provinzialstände legten, durch über hundert Adressen aus allen Landesteilen bestärkt, am 21. November Protest dagegen ein und unternahmen den Nachweis, daß auch für Schleswig die männliche Erbfolge gelte. Auf Antrag des Grafen Reventlow-Preeß überreichten sie dem König eine Gegenpetition mit den drei Sätzen, die fortan das Glaubensbekenntnis jedes deutschgesinnten Schleswig-Holsteiners bildeten: 1) Die Herzogtümer sind unabhängige Staaten; 2) sie vererben nach der männlichen Erbfolge; 3) sie sind für immer untrennbar vereint (up ewig ungedeelt). Wie zweifelhaft diese Sache auch vom juristischen Standpunkte sein mochte (denn für die verschiedenen Teile Schlesiwigs, die erst seit 1779 wieder vereinigt waren, kamen sehr verschiedene Umstände in Betracht), so fand doch dies entschlossene Auftreten in Deutschland begeisterten Anklang, und in allen Kammern wurden die Regierungen aufgefordert für

die deutsche Sache einzutreten. König Christian übereilte unter diesen Umständen seine Antwort nicht. Er setzte eine Kommission ein, welche die Sache prüfen sollte, und erst als sich die Aufregung einigermaßen gelegt hatte, veröffentlichte er das Ergebnis jener Prüfung in dem „Offenen Briefe“ vom 8. Juli 1846. Darin wurde mit nackten Worten ausgesprochen, daß für Schleswig durchaus dieselbe Erbfolge zu Recht bestehe wie für Dänemark und Lauenburg; nur für einige Teile von Holstein könne der König das nicht mit derselben Bestimmtheit versichern; aber sein Bestreben werde darauf gerichtet sein die hier bestehenden Hindernisse zu beseitigen und die Fortdauer des Gesamtstaates sicherzustellen. Diese Antwort überbot selbst die schlimmsten Befürchtungen der Deutschen; stellte sie doch sogar die Einheit Holsteins in Frage. Eine gewaltige Volksversammlung trat am 20. Juli in Neumünster zusammen, erklärte die drei Punkte von 1844 für Landesrecht und forderte die Stände zum Protest beim König und beim Bundestage auf. Zahlreiche Versammlungen in anderen Orten bestätigten diese Beschlüsse; eine unermessliche Aufregung durchzuckte das Land; überall ertönte Chemnitz' Lied, das diesen Tagen der Begeisterung sein Entstehen verdankte und mit Blitzesschnelle zum Nationalhymnus wurde:

Schleswig-Holstein, meerumschlungen,
 Deutscher Sitte hohe Wacht,
 Wahre treu, was du errungen,
 Bis ein schön'rer Morgen tagt:
 Schleswig-Holstein, stammverwandt,
 Wanke nicht, mein Vaterland!

Der Offene
 Brief Chri-
 stians VIII.

Bewegung in
 Schleswig-
 Holstein.

Die holsteinischen Stände, welche eben bei einander waren, erhoben schon am 24. Juli mit Einstimmigkeit beim Könige den verlangten Protest; der Landtagskommissar verweigerte die Annahme; da thaten sie den zweiten Schritt und wandten sich am 3. August an den Bundestag. Inzwischen hatte die Bewegung längst die Landesmarken überschritten; ganz Deutschland jauchzte den Bewohnern der Herzogtümer zu; mit überwältigender Einstimmigkeit erklärte sich die Presse für sie; eine Fülle von Broschüren, staatsrechtlichen, geschichtlichen, politischen Inhaltes, suchte den Nachweis des Landesrechtes unter all diesen Gesichtspunkten zu führen; aus Heidelberg, Nürnberg, Leipzig, Breslau, Bremen, Hamburg, aus unzähligen anderen Städten liefen begeisterte Zustimmungserklärungen ein. Auch unter den deutschen Fürsten fand die nationale Sache ihre Anhänger. Man beachtete zunächst nicht, daß wenn die Oldenburger, Glücksburger, Augustenburger ihre Familienansprüche wahrten, wenn eine Schrift des Professors Helwing preußische Anrechte auf Teile Schlesiens geltend machte, wenn Mecklenburg oder Anhalt ihre Erbrechte auf Lauenburg in Erinnerung brachten, dies alles mit den drei Punkten von 1844 ebenso unvereinbar sei wie mit den angegriffenen dänischen Ansprüchen. Zunächst war jeder Beistand, wie und woher und in welcher Absicht auch geleistet, erwünscht und wurde

in Deutschland.

Der Bundes-
tag.

mit Jubel aufgenommen. Lange konnte diese patriotische Selbsttäuschung jedoch nicht dauern. Der Bundestag war nicht willens sich von dem Taumel mit fortreißen zu lassen. Mit ungewöhnlicher Schnelligkeit faßte er schon am 17. September einen Beschluß, der ohne den fürstlichen Rechten seiner Mitglieder etwas zu vergeben und ohne ihm die Hände für die Zukunft zu binden die Holsteiner doch für jetzt abwies. Der König von Dänemark habe durch eine Erklärung vom 7. September die Erwartung des Bundestages bestätigt, daß der Offene Brief die Rechte des Bundes, der Agnaten und der Ständeversammlung keineswegs anzutasten bezwecke; mithin entbehrten die Beschwerden der Stände zur Zeit der Begründung. Daß die Holsteiner sich damit nicht beruhigen konnten, lag auf der Hand. Die Dänen aber, ermutigt durch diese erste Nachgiebigkeit, begannen jetzt in den Herzogtümern ein System der Unterdrückung und Verfolgung, das für den Augenblick die Opposition mundtot machen konnte, ihr für die Dauer aber nur um so größere Stärke verlieh. Ein paar äußerlich veröhnliche Maßregeln wurden als Deckmantel darüber geworfen. Eine Reise, die der König nach Schleswig-Holstein unternahm um sich populär zu machen, hatte den entgegengesetzten Erfolg; überall harrte seiner der eifrigste Empfang. Ein zweiter Offener Brief vom 18. September, der versicherte, daß der „Landesvater“ die Rechte der Herzogtümer in keiner Weise antasten wolle, blieb völlig wirkungslos. Andere Maßregeln belehrten die Schleswig-Holsteiner besser über die Gesinnung in Kopenhagen. Nicht einmal der Bundesbeschluß vom 17. September durfte in den Zeitungen abgedruckt werden. Die bisherige Regierung wurde aufgelöst und der verhaßte Baron Scheele zum Statthalter ernannt. Eine große Volksversammlung in Norderf jagte man mit Gewalt auseinander, ehe sie Beschlüsse fassen konnte. Die Anträge der Schleswiger Stände auf Verleihung einer schleswig-holsteinischen Verfassung, Aufnahme Schleswigs in den Bund und ähnliches verweigerte der Kommissar dem König zu übermitteln. Besefer, Olshausen, Karl Lorenzen, Brockdorff und andere Führer der deutschen Partei wurden verhaftet oder entsetzt oder von ihren Advokaturen suspendiert. Kurz es herrschte das ganze Jahr 1847 hindurch ein wahrer Kriegszustand. So lagen die Sachen als am 20. Januar 1848 Christian VIII. starb und Friedrich VII. als letzter Sproß der königlichen Linie den Thron bestieg.

Tod Chri-
stians VIII.

Die Bläminger.

Noch ein zweiter deutscher Volksstamm war in den vierziger Jahren in einen eifrigen und glücklichen Kampf für die Erhaltung seiner Nationalität eingetreten, und wenn seinen Bestrebungen auch das lebhafteste politische Interesse abging, welches die Herzogtümer erregten, so fanden sie doch in Deutschland viel patriotische Sympathie. Die belgischen Bläminger hatten durch die Revolution von 1830 den Zwang der holländischen Sprache mit dem der französischen vertauschen müssen; aber ihrer starken Stellung sich bewußt (sie zählten über $2\frac{1}{2}$ Millionen, d. h. reichlich $\frac{5}{8}$ der Bevölkerung des Königreichs Belgien), begannen sie 1834 den Kampf

für die Gleichberechtigung ihrer Sprache. Gent wurde ihr Hauptquartier, ihr Vorkämpfer der gelehrte Sprachforscher J. F. Willems. „Die Sprache ist das ganze Volk“ wurde ihre Losung. Sie verlangten, daß auf vlämischem Sprachgebiete kein Beamter angestellt werde, der nicht vlämisch sprechen und schreiben könne, daß ihre Sprache in ihrem Gebiete die Gerichtssprache, daß an der Brüsseler Akademie eine vlämische Abteilung errichtet werde. In diesem Sinne wurden 1840 massenhafte Bittschriften — die Antwerpener zählte allein 20 000 Unterschriften — den Kammern überreicht; der Abgeordnete van Decker empfahl sie mit Eifer und Geschick; sie wurden der Regierung zur Beachtung überwiesen und allmählich auch erfüllt. Die vlämische Litteratur nahm einen kräftigen Aufschwung; Willems gründete zu ihrer Pflege ein „belgisches Museum“; über dreißig periodische Blätter erschienen in vlämischer Sprache; einzelne tüchtige Dichter wie Vedegank und van Duyse traten hervor; Hendrik Conscience erwarb sich durch seine Romane auch über die Landesgrenzen hinaus Achtung. Eine Verschmelzung mit dem Holländischen wurde schon aus politischen Gründen ängstlich geflohen; noch weniger Aussicht hatten die Bemühungen, die wohl von deutscher Seite gemacht wurden um dem Hochdeutschen Geltung zu verschaffen; aber die Belebung dieser Mundart, die nun eine feste Mauer gegen das Vordringen des Französischen bildete, war auch so schon ein freudig zu begrüßendes nationales Interesse.

Die nationale Bewegung der Slawen, Ungarn und Italiener.

Ein allgemeiner Aufschwung des deutschen Geistes war somit in den vierziger Jahren eingetreten, und mochte man nun nach Berlin oder Frankfurt, nach München oder Kiel blicken, mochte man die Kammern oder die Presse, die Regierungen oder das Volk in seinen breitesten Schichten ins Auge fassen, kein Sehender konnte leugnen, daß das Jahr 1848 auch ohne Anstoß von außen bedeutende Fortschritte bringen müsse.

Allein dieser Aufschwung war nicht auf Deutschland beschränkt geblieben; fast überall traten kräftige Lebenszeichen zu Tage, selbst in Völkern und Gemeinwesen, wo man fast den letzten Entwicklungskeim schon hätte erstorben glauben können. Die Polen, die Tschechen, die Illyrier, die Ungarn, die Italiener, die Schweizer, sie alle rührten und regten sich und zum Teil mit einer Energie und Erbitterung, gegen welche die Vorgänge in Deutschland fast schwächlich erschienen.

Ganz unmittelbar wurde Deutschland oder doch Preußen von den neuen Zuckungen des polnischen Volksgeistes berührt. Die flüchtigen Patrioten im Auslande, besonders in Paris, sannend unaufhörlich darauf eine neue Erhebung zustande zu bringen. Aber im russischen Polen wo

Paskewitsch sein eisernes Szepter führte, waren die Aussichten gering; günstiger lagen die Dinge in ^{Posen.} Posen und Westpreußen. Die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms hatte nicht bloß bei seinen deutschen Unterthanen neue Hoffnungen wach gerufen; auch die Polen, zumal Geistlichkeit und Adel, waren lebhaft durch sie angeregt; im posenschen Provinziallandtage hatten wiederholt starke Debatten stattgefunden; daß die deutschen Vertreter dabei den polnischen scharf entgegentraten, hatte die Unzufriedenheit genährt; kurz wenn irgend ein Teil des alten Polen, so schien der preußische zu einem Aufstandsversuche geeignet. Krakau, das seit 1815 als letzter Rest der altpolnischen Herrlichkeit noch ein selbständiges Scheindasein fristete, konnte als Rückhalt angesehen werden, auch auf Galizien, besonders auf die Krakau benachbarten Bezirke von Tarnow und Sandec, rechnete man; am 21. Februar 1846 sollte überall der Aufstand ausbrechen. Indes die preußische Polizei hatte diese Anschläge entdeckt. ^{Mieroslawski.} *Mieroslawski*, die Seele der Unternehmung, der von Paris nach Posen geeilt war, wurde am 14. Februar, als er die Häupter der Verschwörung zu einer letzten Beratung versammelt hatte, mit diesen von der Polizei überrumpelt und verhaftet. Nun machten hier und da wohl Scharen von Bauern den Versuch auf eigene Hand sich zu erheben; allein sie waren leicht zu überwältigen. Den verhafteten Führern aber, denen in Berlin der Prozeß gemacht wurde, schenkten nicht allein ihre Landsleute die wärmste Teilnahme, sondern auch der deutsche Liberalismus wandte ihnen, die doch gegen das Deutschtum sich verschworen hatten, seine gutherzigen Sympathien zu und grollte mit der Regierung, daß sie den Friedensstörern nicht mehr Nachsicht zeige. Denn diese war allerdings entschlossen durch äußerste Strenge einer Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse vorzubeugen; Rußland und Oesterreich waren von denselben Gesinnungen erfüllt; ohne große Schwierigkeit verständigten sie sich daher über eine gemeinsame Politik, deren nächstes Ziel Krakau ^{Krakau.} sein mußte. Da der Senat der Republik auf die Anfrage ihrer Residenten erklärte, daß er die Aufrechthaltung der Ordnung nicht verbürgen könne, wurde das nächste österreichische Regiment herbeigerufen und besetzte Krakau am 18. Februar. Zwar räumte es die Stadt schon nach drei Tagen wieder, da die revolutionäre Bewegung unter der Leitung des Doktors *Tyssowski* seine Rückzugsverbindungen bedrohte; allein der Oberst *Benedek* raffte schnell an Truppen und Bauern zusammen was er finden konnte, schlug die Aufständischen mehrfach in den letzten Februartagen und nahm am 3. März Krakau wieder in Besitz, während in den benachbarten österreichischen Bezirken die ländliche Bevölkerung statt mit den Aufständischen gemeinsame Sache zu machen über die Gutsherren herfiel und sie im Namen des Kaisers unter Plünderung und Brandstiftung totschiug. Russische und preußische Truppen schlossen sich in- zwischen den Oesterreichern in der Besetzung der kleinen Republik an; die drei Kabinette vereinigten sich dahin diesem letzten Reste eines selbständigen Polen ein Ende zu machen und am 16. November 1846 wurde die

Einverleibung in Österreich vollzogen. Über den Einspruch, den England und Frankreich gegen eine solche Verletzung der Verträge von 1815 erhoben, konnte man sich leicht hinwegsetzen, da beide Staaten über die spanischen Angelegenheiten eben im heftigsten Streite lagen und daher ihrem Widerspruch keinen Nachdruck zu geben vermochten.

Diese Ereignisse waren für die Polen eine neue Mahnung, die Be-
 lebung ihrer Nationalität nicht durch Gewalt, sondern durch den sitt-
 lichen und geistigen Fortschritt zu erstreben. Auch diese Mahnung ging
 wirkungslos an ihnen vorüber. Und doch konnte ihnen die Geschichte
 ihrer slawischen Stammesgenossen in Österreich zeigen, wieviel sich auf
 dem Wege der friedlichen Arbeit erreichen lasse; nirgends vielleicht in
 ganz Europa hatte das erstorbene Nationalbewußtsein in den letzten
 Jahrzehnten einen größeren Aufschwung genommen als bei diesen. Öster-
 reich zählte unter seinen Bevölkerungen, von den Polen und Ruthenen
 in Galizien abgesehen, noch zwei große slawische Gruppen: im Norden
 die Tschechen, die mit den Hannaken in Mähren und den Slowaken am
 Tatra-Gebirge etwa 19 Prozent der Gesamtbevölkerung des Kaiserstaates
 bildeten; im Süden die Illyrier, die zu etwa gleichen Teilen aus Serben,
 Slawonen und Kroaten zusammengesetzt, auf 13 Prozent geschätzt wur-
 den. Der tschechische Zweig war allgemach ebenso den Deutschen, wie
 der illyrische den Ungarn gegenüber in Abhängigkeit geraten. Bei beiden
 wurde die politische Wiedergeburt durch eine litterarische vorbereitet. In
 Böhmen begann die letztere schon zu Josefs II. Zeit; doch erst im
 dritten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts geriet sie in schnelleren Tritt
 und nahm einen politischen Charakter an. Das Ereignis, welches diese
 Wendung herbeiführte, war die Entdeckung altböhmischer Heldenlieder
 aus dem Ende des dreizehnten Jahrhunderts, der von Hanka aufgefundenen
 sogenannten Königinhofer Handschrift. Daß ihre Echtheit be-
 stritten wurde, entfachte den patriotischen Eifer für diesen Schatz nur
 umsomehr und mit bewunderungswürdigem Fleiße beuteten die böhmischen
 Gelehrten ihn aus um Sprache, Altertümer und Mythologie ihrer Vor-
 fahren daraus zu entwickeln. Ein naturgemäßes Ergebnis der eifrigen
 Sprachstudien war die genauere Erkenntnis der Verwandtschaft zwischen
 den einzelnen slawischen Stämmen; man entdeckte, daß diese die zahl-
 reichsten in Europa seien; man schloß daraus, daß ihnen die Zukunft
 gehöre. Das Traumbild des Panflawismus erwachte; man grübelte
 darüber die verschiedenen Zweige des slawischen Sprachstammes zu einer
 allslawischen Sprache zu verschmelzen und so den 70 Millionen zunächst
 eine litterarische Einheit zu schaffen. Aber man versäumte darüber nicht
 die Pflege der eigenen Mundart; eine lebhaftere Agitation suchte der
 Volkssprache die verlorenen Rechte dem Deutschen gegenüber wieder zu
 erobern; wer sich daran beteiligte war ein Patriot und dieses Wort galt
 für den größten Ruhmestitel. Man trat zu Vereinen zusammen, gab
 tschechische Bücher, schönwissenschaftliche Zeitschriften, politische Blätter
 heraus und gewöhnte so allmählich nicht allein die eigenen Stammes-

Die österreichi-
 schen Slawen.

Die Tschechen.
 Litterarische
 Wiedergeburt.

Panflawis-
 mus.

genossen, sondern auch die Deutschböhmern und die Regierung an das Dasein und die Berechtigung einer eigenen tschechischen Nationalität.

Die Illyrier.

Ganz ähnlich war der Gang im Süden bei den „Illyriern“, nur daß hier noch größere Schwierigkeiten zu überwinden waren. Denn in der That bestanden zwischen den drei Zweigen derselben, den Slawonen, Kroaten und Serben, so große Verschiedenheiten, daß der Gesamtname kaum mehr als ein leeres Wort war. Die Kroaten, geographisch und sprachlich die Vermittler zwischen den beiden anderen Stämmen, wurden die Träger der Bewegung, die ihre beste Kraft aus dem Haß gegen die Magyaren zog. An die Spitze stellte sich Ljudevit Gaj in der „Illyrischen Nationalzeitung“, die er seit 1836 in Ugram herausgab. Da die politischen Absichten anfangs nicht in den Vordergrund traten, wurde die Bewegung von Wien aus begünstigt; die Ungarn freilich erkannten gleich die Gefahr und suchten sie im Keime zu ersticken. Das beste Mittel dazu schien zu sein, wenn sie den Feind mit den eigenen Waffen bekämpften und der magyrischen Sprache einen größeren Wirkungskreis erstritten. Das versuchten sie schon auf den früheren Reichstagen, besonders aber auf dem von 1843. Bis dahin war das Lateinische die amtliche Sprache in Ungarn und dem damit verbundenen dreieinigem (illyrischen) Königreich; die magyrische an ihre Stelle zu bringen war ein so natürlicher Wunsch, daß an seiner Erfüllung auf die Dauer nicht zu zweifeln war; zugleich aber mußte es für einen großen Sieg über den Illyrismus gelten, wenn dieser nicht für sich die Gleichberechtigung erstreiten konnte. Und darauf war das Streben seiner Vorkämpfer, der kroatischen Vertreter im Preßburger Reichstage, in erster Linie keineswegs gerichtet; sie forderten einfach die Erhaltung der lateinischen Sprache und boten dadurch den Magyaren erwünschte Gelegenheit sie als Verteidiger eines alten Jopfes zu brandmarken. Ein Beschluß der Ständetafel vom 20. Juni setzte fest, daß fortan im Reichstag nur ungarisch gesprochen werden dürfe, und obgleich die Magnaten wenigstens eine Übergangszeit empfahlen und ein königliches Schreiben es dem Belieben der Vertreter zu überlassen befahl, ob sie magyrisch oder lateinisch reden wollten, so hielt doch die Ständetafel ihren Willen aufrecht und schrieb jeden nieder, der mit dem üblichen *Excellentissime domine* anhub. Die äußerste Nachgiebigkeit, zu der sie sich endlich verstand, war, daß sie die lateinischen Reden anhörte, aber vom Protokoll ausschloß, also als nicht gehalten betrachtete. Die Kroaten waren dieser Willkür gegenüber schutzlos, da die Regierung nachgab und im Januar 1844 das Magyrische als alleinige Reichstagsprache anerkannte; nur in den nächsten sechs Jahren sollte den Kroaten der Gebrauch des Lateinischen noch gestattet sein. Um die Ungarn noch mehr zu gewinnen und den Verdacht zu entkräften, als ob die Regierung die Losreißung des dreieinigem Königreichs von der Stefanskronen begünstige, erging ein paar Wochen später an Gaj der Befehl den Namen seiner „Illyrischen Nationalzeitung“ in den einer kroatisch-slawonisch-dalmatinischen umzu-

Streit mit den Ungarn.

Neu

wandeln. Allein die Illyrier ließen sich dadurch nicht entmutigen; sie lernten vielmehr von ihren Feinden und forderten jetzt die Erhebung des Kroatischen zur amtlichen Sprache des dreieinigten Königreichs. Gerade nach den Vorgängen in Preßburg konnte dagegen weder die Regierung noch die magharische Partei auf dem Ugramer Landtag von 1845 etwas einwenden. Eine noch viel schwerere Niederlage aber erlitt die letztere durch einen zweiten Beschluß, den der Landtag mit Genehmigung der Regierung faßte: durch die Aufhebung der persönlichen Mitgliedschaft am Landtage, welche die Turopoljer, ein in Kroatien ansässiger magharischer Bauernadel, der „schlecht gewaschen aber gut bewaffnet“ bei den Beratungen zu erscheinen pflegte, besessen hatte. Die Bedeutung dieses Sieges würdigten Illyrier und Ungarn gleich gut. Die letzteren erhoben laute Klage darüber in Wien; und als eine Abordnung des Pester Kreises, welche sich beschweren wollte, dort zurückgewiesen wurde, ergriff eine lebhafte Bewegung das ganze Land, der es auch sonst nicht an Stoff fehlte. Die letzten Reichstage hatten Gegenstände von tiefgreifender Bedeutung, Änderung der Ständeversammlung, des Strafrechts, der Steuergesetzgebung, Geldbewilligungen zur Hebung von Handel und Gewerbe u. s. w. beschäftigt, ohne daß Ergebnisse zustande gekommen waren. Alles dies wurde jetzt in der Presse und in den Kreisversammlungen mit größtem Eifer besprochen. Eine mächtige Bewegung durchzitterte das Land von einer Grenze bis zur anderen. Bedeutende Männer waren dabei mehr und mehr in den Vordergrund getreten, so Stefan Szechenyi, ein aufgeklärter Aristokrat, der die englischen Verhältnisse mit Verständnis studiert hatte, Nikolaus Wesselenyi, ein ungestümer Gegner der Regierung und schon auf dem Siebenbürger Landtag von 1834 ein eifriger Vorkämpfer der Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn, vor allen aber der Advokat Ludwig Kossuth. Bis dahin hatte er vorzugsweise durch die Presse gewirkt; jetzt trat er infolge von Zwistigkeiten von seinem Blatte, dem *Pesti Hirlap*, zurück und begann seine glänzende Laufbahn als Volksredner. In der schriftstellerischen Thätigkeit ersetzten ihn die Männer, welche seine Stelle einnahmen, Szalay, Götvös u. a. vollkommen; als Volksredner vermochte keiner mit ihm zu wetteifern. Eigentliche staatsmännische Begabung und Bildung fehlten ihm; er verdankte seine politische Einsicht wesentlich der *Mugsburger Zeitung*; das Ausland war ihm nicht durch eigene Anschauung bekannt; eben in diesen Jahren unternahm er seine erste größere Reise — nach Wien. Aber er war durch und durch Ungar, durch und durch ein Mann des Volkes. Die Kraft und der Wohlklang einer gewaltigen Stimme, die ausdrucksvolle Beweglichkeit eines lebendigen Geberdenspiels unterstützten die populäre Klarheit und doch Prunkhaftigkeit seiner Rede. „Wenn er sprach und solange er sprach vergaßen seine Zuhörer die ganze übrige Welt, erkannten nur ihn als Führer und schwuren nicht höher als auf sein Wort.“ Den abligen Häuptern der liberalen Partei war sein Auftreten natürlich weniger genehm, und wenn sie gleich-

Erfolge der Illyrier.

Ungarische Forderungen.

Kossuth.

Kampf der Parteien.

wohl in vielen Dingen mit ihm Hand in Hand gingen, so trennten sie doch wichtige Punkte von ihm. Gemeinsam war ihnen besonders die Thätigkeit für den ungarischen Schutzverein, dessen Mitglieder — und er zählte nach acht Wochen 60 000 — es für ein Verbrechen erklärten das, was das heimische Gewerbe biete, von Fremden zu kaufen; was sie voneinander trennte, war vorzüglich die centralisierende Verfassungsänderung, welche Cötvös, Deak und ihre Freunde anstrebten. Kossuth und die Bewegungspartei suchten die Macht der Kreisversammlungen zu erhalten, jene, die Führer der Centralisationspartei, wünschten einen Teil derselben auf den Reichstag zu übertragen. Sie näherten sich damit den Wünschen der Konservativen, an deren Spitze neben Szechenyi der zum ungarischen Hofkanzler ernannte Georg Apponyi stand und die im Einverständnis mit der Regierung gleichfalls eine Stärkung der Centralgewalt anstrebten, wenn auch weniger mittels des Reichstags als in den Händen der Regierung. Alle diese Gegensätze, die schon in den Kreisversammlungen und in der Presse heftig aufeinander platzten, mußten auf dem nächsten Reichstage, Ende 1847, in offenen Kampf geraten und die Spannung auf den Verlauf desselben war um so größer, als durch den Tod des Palatinus Josef, der 50 Jahre diese Würde bekleidet hatte, kurz vorher dieses höchste Regierungsamt in neue Hände gelangte, in die seines Sohnes, des Erzherzogs Stefan, dem der Kaiser vorläufig die Verwaltung des Landes übertrug um dadurch die Erwartung auszudrücken, daß der Reichstag ihn zum Palatinus wählen werde.

Die Deutsch-
Österreicher.

Von der großen politischen Regsamkeit, die unter den Magyaren und Slawen des österreichischen Kaiserstaates herrschte, stach die Stille in den deutschen Landesteilen gewaltig ab. Allerdings regte sich auch hier in den Landtagen etwas mehr Leben als früher, wie denn z. B. im böhmischen Landtag Fürst Lamberg freiere Bewegung für die Presse, im niederösterreichischen Graf Breunner Teilnahme bürgerlicher Vertreter bei Beratung der Steuern, Ablösung der Feudallasten und Reform des Unterrichtswesens verlangte. Auch in der Litteratur zeigte sich seit 1830 ein erfreulicher Aufschwung; die fade Wiener Lokalpoeie und Raimunds Zaubermärchen mußten kräftigeren Tönen weichen; Grillparzer, Lenau, Anastasius Grün u. a. brachten den österreichischen Namen in der deutschen Dichtkunst wieder zu Ehren, und besonders der letztere wußte Töne anzuschlagen, welche das politische Leben unmittelbar beförderten und die Freiheit als die große Losung priesen, deren Klang die Welt durchjauchzte. Aber im ganzen genommen wollten derartige Zeichen hier nicht viel bedeuten, obschon sie Metternich zu beunruhigen anfangen. Weit mehr Sorge aber mußten ihm die italienischen Provinzen bereiten, die ihren vollen Anteil an der Aufregung nahmen, in der die ganze Halbinsel sich befand.

Italien.

Auf die verunglückte Erhebung des Jahres 1831 war in allen italienischen Staaten eine Zeit der Reaktion gefolgt, die allerdings im

Vergleich zu der früheren nicht ohne manchen versöhnenden Zug war. Selbst in Lombardo-Venetien hatte Metternich bei der Thronbesteigung Kaiser Ferdinands eine Begnadigung veranlaßt. In Neapel mußte man dem jungen Könige Ferdinand II., der 1830 seinem Vater gefolgt war, manche nützliche Besserung nachrühmen. Er hatte Öffentlichkeit im Finanzwesen eingeführt, übertriebene Besoldungen und Ruhegehälter vermindert, auch für sich selbst auf eine Viertelmillion Dukaten verzichtet. Da auch Handel und Schiffahrt einen beständigen Aufschwung nahmen, so genossen die neapolitanischen Finanzen eines guten Vertrauens; die fünfprozentige Rente stand 1844 auf 108. Aufstände, zu denen die entsetzlich wütende Cholera 1837 in Sizilien Anlaß gab, boten die Gelegenheit die völlige Verschmelzung der Insel mit dem Festlande durchzuführen, was für die Sizilianer zwar ein Grund zur Beschwerde mehr, im übrigen aber ein wesentlicher Fortschritt war. In Toskana hatte die Reaktion niemals ihre volle Wirksamkeit entfaltet; auch in den dreißiger und vierziger Jahren blieb das Regiment des Großherzogs bei der gewohnten Milde. In Sardinien entsprach Karl Albert freilich nicht dem Programm der Carbonari, seiner früheren Bundesgenossen; aber die Klerikalen und österreichisch Gesinnten waren ihm noch weniger hold und der König selbst äußerte wohl, er stehe zwischen dem Dolche der Carbonari und der Chokolade der Jesuiten in der Mitte. Verbesserungen in der Rechtspflege und der Verwaltung der Finanzen (so daß Rothschild eine Anleihe zu 118 Prozent abzuschließen bereit war), sorgsame Pflege des Heeres und der materiellen Interessen erkannte der bedrohte Monarch als die besten Stützen seines Thrones und die Zahl derer war nicht klein, welche in ihm trotz seiner zweideutigen Vergangenheit die Hoffnung Italiens erblickten. In der traurigsten Lage von allen Staaten der Halbinsel befand sich der Kirchenstaat. Gregor XVI. entließ seinen reformfreundlichen Staatssekretär Bernetti schon 1836 und setzte an seine Stelle den Genuesen Lambruschini. Unter ihm erreichte das Priesterregiment und die unglaubliche Verschleuderung der Finanzen den Gipfel; zugleich wußte er den Papst so völlig von den Geschäften fern zu halten, daß diese ganz in seiner Hand lagen. Es war „ein Frieden ohne Ruhe, ein Schlaf ohne Erholung, eine Krone ohne Regiment“. Das Land war von Parteien zerwühlt. Auf der einen Seite die Ultrareaktionäre, die Sanfedisten, auf der anderen die Liberalen, die kaum ihren Haß und ihre Rachsucht zu bezwingen vermochten; dazwischen, aber zur Ohnmacht verdammt, die Papalini, die einer Reform nicht abgeneigten Klerikalen, und die Gemäßigten, d. h. Liberale, die zur Verständigung bereit waren. Weit verbreitet war der Glaube das Gefüge des Staates könne nicht lange mehr zusammenhalten; nur die Schweizertruppen des Papstes, die Oesterreicher in Bologna, die Franzosen in Ancona verhinderten den Zusammenbruch. Mannigfaltige Vermutungen und Pläne über das, was dann werden sollte, kamen in Umlauf; in Neapel, in Toskana, in Modena spekulierte man auf Vergrößerung;

Neapel.

Toskana.

Sardinien.

Der Kirchenstaat.

Mazzinistische
Putzche.

Die nationale
Bitteratur.

dem Kaiser Nikolaus wurde der Plan zugeschrieben für seinen Schwiegersohn, den Herzog von Leuchtenberg, ein Königreich Mittelitalien zu gründen. Auch die Mazzinisten und andere Flüchtlinge unterließen nicht den Kirchenstaat zum Ausgangspunkt ihrer Versuche zu machen; besonders das Jahr 1845 wies eine ganze Kette solcher Unternehmungen auf. Doch verschmähten sie auch die anderen Teile der Halbinsel nicht; denn neben den hervorgehobenen Lichtseiten ebneten willkürliches Polizeiregiment und verdummende Priesterherrschaft ihnen überall die Wege. Der bedeutendste Aufstandsversuch spielte 1844 in Calabrien. Die Söhne des österreichischen Admirals Bandiera landeten dort mit etwa 20 Genossen. Allein der Verrat eines Korfen machte der Sache ein schnelles Ende; die Führer büßten ihr Unternehmen mit dem Tode, die anderen mit harter Gefangenschaft. Auch von sonstigen Versuchen gelangte keiner zu einiger Entfaltung. Im ganzen ließ sich deutlich erkennen, daß der Radikalismus an Boden verlor und der gesunde nationale Gedanke an Kraft gewann. Daran hatten die patriotischen Dichter und Schriftsteller dieses Jahrzehntes einen großen Anteil. Leopardi, Silvio Pellico, Niccolini, Guerazzi, Giusti, mittelbar auch Manzoni, ganz besonders aber Gioberti, Cesare Balbo und Massimo d'Azeglio, alle drei Piemontesen, gewannen den größten Einfluß. Giobertis „Primat Italiens“, der 1843 erschien, war eine wirkliche That. Italien sei einst der Mittelpunkt der Menschheit gewesen und sei bestimmt es wieder zu werden; zu dem Zweck müsse es die fremden Stoffe austößen und sich gleichsam um das Papsttum kristallisieren; dieses sei die Leuchte der Kultur, die Bürgerschaft vernünftiger Freiheit, der wahre Einheitsknoten; gegen und ohne den Papst sei nichts möglich, mit ihm alles; Piemont aber sei der berufene Schirmvogt des Papstes und Italiens. Von dem gleichen Glauben an Religion und Vaterland, von den gleichen Hoffnungen auf Piemont und das Papsttum waren Massimo d'Azeglios Schriften und Cesare Balbos „Hoffnungen Italiens“ durchdrungen. Sie verbreiteten diese Gesinnungen in weiten Kreisen, die bis dahin noch der alten Verschwörungssucht verfallen waren; sie weckten den Glauben an die Möglichkeit der Besserung, der Auferstehung (Risorgimento) und errangen besonders unter den Gebildeten und Gelehrten Geltung, die sich in den Wanderversammlungen der Naturforscher (seit 1839) und in den landwirtschaftlichen Vereinen bereits ähnlich wie in Deutschland Werkzeuge geschaffen hatten.

Pio Nono.

Ein plötzlicher Umschwung im Kirchenstaate sollte ihnen unerwartet noch größere Bedeutung geben. Am 1. Juni 1846 starb einundachtzigjährig Gregor XVI. Die Hoffnung der Sanfedisten Lambruschini aus der Wahl als seinen Nachfolger hervorgehen zu sehen wurde getäuscht; am 16. Juni wurde Mastai Ferretti, der 54jährige Bischof von Imola, zum Papst ertoren und begann als Pio Nono sein Pontifikat, das längste, welches die Geschichte kennt. Eine freudige Ahnung durchflog die Gemüter: das sei der Mann, welcher Giobertis Ideen ins Leben

führen werde. Ohne recht einen Grund zu seinen Hoffnungen zu haben kam das Volk dem neuen Kirchenfürsten mit den schmeichelhaftesten Beweisen seiner Liebe entgegen; Rom überstürzte sich in Freudenbezeugungen und Jubelausbrüchen. Pius, von Natur ein milder Charakter, auch nationalen Gefühlen nicht unzugänglich, sondern ein eifriger Leser von Balbos und Giobertis Schriften, die er zum Konklave mitnahm um sie dem künftigen Papst zu empfehlen, fühlte sich durch dies Vertrauen geehrt und gehoben. Ohne klares Programm, das ihm als Richtschnur gebietet hätte, genügte er zunächst nur dem eigenen Herzensbedürfnis, indem er zum Dank für so viel Liebe vier Wochen nach seiner Wahl eine umfassende Begnadigung erließ. Liberale Zugeständnisse mancherlei Art, die Gestattung der bisher verbotenen Gelehrtenversammlungen, die Begründung von Kinderbewahranstalten und Lesezimmern, die Ersetzung Lambruschinis durch den freisinnigen Kardinal Gizzi, die Berufung von Ausschüssen zum Zweck verschiedener Gesetzesreformen, eine mildere Handhabung der Zensur befestigten den Glauben an die liberale Gesinnung des neuen Herrschers. Und ließ denn ein Zweifel daran sich überhaupt noch rechtfertigen, wenn man des Papstes Vertrauten, den Pater Ventura, von der Kanzel den Bund des Klerus und der Demokratie preisen hörte? Waren das nicht ganz und gar die Ideen Giobertis? Und war nicht Gioberti auch ein Geistlicher? Entsprachen nicht alle Thaten des Papstes diesen Anschauungen? Beehrte er nicht mit seinem besonderen Vertrauen den französischen Gesandten Rossi, den Flüchtling von 1831? So fragte man sich und zweifelte nicht und verbreitete durch ganz Italien die jubelnde Kunde von dem neuen, unerhörten Ereignis, von dem liberal und nationalgesinnten Pontifex. Vollends als nun 1847 noch größere Reformen folgten, als ein Staatsrat aus Vertretern der einzelnen Provinzen berufen, ein förmlicher Ministerrat begründet, die Einrichtung einer Bürgergarde genehmigt wurde, da kannte der Jubel keine Grenzen. Wenn noch etwas nötig war die Beliebtheit des Papstes zu steigern, so thaten es seine Gegner. Kurz vor dem Jahrestage der Begnadigung wurde eine Verschwörung der Priesterpartei entdeckt, die nichts Geringeres bezweckte als Pius gefangenzunehmen. Auch Metternich glaubte dem umstürzenden Treiben in Rom entgegentreten zu müssen und ließ infolge eines geringfügigen Konfliktes die Besatzung von Ferrara durch 800 Kroaten verstärken, die auch die Hauptwache und andere Punkte der Stadt besetzen mußten. Das führte zu einem scharfen Notenwechsel zwischen Wien und Rom und steigerte die Beliebtheit des Papstes noch höher. Da sich auch England und Frankreich auf Pios Seite schlugen, sah Metternich sich im Dezember zu einem Vergleiche veranlaßt, kraft dessen die Oesterreicher sich wieder auf die Besetzung der Citadelle und zweier Kasernen beschränkten; es war zwar kein glänzender, aber es war doch ein Sieg des Papstes und der nationalen Idee, der ihre Vorkämpfer mit neuem Mut erfüllte.

Noch erfreulicher aber war eine Vereinbarung, die zwischen dem

Italienischer
Bollverein.

Reformen in
Toskana und
Sardinien.

Papste, Toskana und Piemont am 3. November 1847 zustande kam, die Anbahnung eines italienischen Zollvereins. Ein Vertrauter Pios, der Prälat Corboli, brachte in Turin und Florenz die Entwürfe zum Abschluß. Um ins Leben zu treten erforderten sie freilich noch die Zustimmung des Herzogs von Modena, dessen Gebiet die sardinische von der toskanischen Grenze schied, und diese Zustimmung war nicht zu erwarten. Allein schon die moralische Wirkung des Vertrages, der mit klaren Worten es aussprach, daß die Verschmelzung der materiellen Interessen die wahre und wesentliche Grundlage der nationalen Einheit sei, war nicht zu unterschätzen, und nicht minder folgenreich mußte es werden, daß Toskana und Piemont sich den Fortschritten Pio Ronos nun auch in ihren inneren Verhältnissen anschlossen. Milderung der Zensur, Begründung von Bürgerwehren, Errichtung eines Staatsrates und ähnliche Maßregeln wurden nach dem Vorbilde des Papstes auch von dem Großherzog Leopold gewährt und Karl Albert kündigte am 30. Oktober 1847 sogar feierlich ein neues Zeitalter der Reformen an. Ja in vertrauten Briefen, die ein öffentliches Geheimnis wurden, jubelte er dem Tage entgegen, wo er mit seinen Söhnen zu Pferde steigen und Italien zum Kriege für die Unabhängigkeit werde aufrufen können.

Österreichisches
Bündnis mit
den Ho-
Herzög-
tümern.

Gegen solche Möglichkeiten, die durch die steigende Gärung im Volke immer näher gerückt wurden, suchte Metternich sich zu schützen, indem er dem Erzherzog Rainer, der als Vizekönig in Mailand residierte, den Grafen Ficquelmont zur Seite stellte und durch diesen einerseits in Sardinien den österreichischen Einfluß wieder zu befestigen, andererseits Toskana, Parma und Modena noch enger mit Österreich zu verbinden gedachte. Es bot sich dazu ein bequemer Anlaß. Auf dem Wiener Kongreß war festgestellt worden, daß Parma nach dem Tode der Gemahlin Napoleons an den Herzog von Lucca, hingegen dessen Herzogtum an den Großherzog von Toskana fallen sollte; dieser hatte sich in einem Vertrage von 1844 dann weiter verpflichtet einige Bezirke an Modena und Parma abzutreten. Nun verzichtete der Herzog von Lucca, dem die Unruhe in seinem Ländchen unbequem wurde, schon im Oktober 1847 auf die Regierung, zwei Monate bevor er durch den Tod Maria Luiskas (am 17. Dezember) in den Besitz von Parma trat. Die toskanische Regierung aber machte Schwierigkeiten die erwähnten Bezirke nunmehr abzutreten, da deren Bewohner sich lebhaft dagegen sträubten. Metternich trat natürlich für die Rechte Modenas und Parmas ein und die Auslieferung der beanspruchten Gebiete geschah denn auch unter Vermittlung des Papstes und Sardiniens. Aber damit noch nicht zufrieden, schloß Österreich überdies mit den beiden Herzögen Anfang Februar 1848 einen Vertrag, der ihre Länder „in die Verteidigungslinie der österreichischen Provinzen“ einfügte und Metternich das Recht gab, sobald es ihm rätlich scheine, gegen innere oder äußere Feinde seine Truppen einrücken zu lassen. Der Anfang zu einem antinationalen Bunde war also

gemacht und durch den Zutritt des Königs von Neapel konnte derselbe eine gefährliche Stärke gewinnen.

Wenn irgend ein italienischer Fürst in der Nothwendigkeit war auf auswärtigen Beistand zu rechnen, so war es Ferdinand II. Die Unzufriedenheit in seinem festländischen Königreich war vielleicht nicht gefährlicher als die in anderen Theilen der Halbinsel, obgleich es in Reggio schon im Sommer zu einem Aufstande kam. Aber sehr bedenklich war die Gärung in Sizilien. Die Neapolitaner waren zufriedengestellt, als sie Ende November einen Ministerwechsel und Amnestie erhielten; die Sizilianer bezweckten viel weitergehende Änderungen; in ihren Augen war das letzte Ziel doch immer die völlige Selbständigkeit der heimischen Insel. Auf die Nachricht von den Zugeständnissen, welche der König am 22. November gemacht hatte, begannen in Palermo, Messina und anderen Städten Theaterdemonstrationen, Petitionen, Massenversammlungen und andere Vorbereitungen zur Empörung. Anfang Januar riefen Anschläge die Bevölkerung auf sich am Geburtstage des Königs zu erheben. Alle Welt, auch die Behörden, waren für diesen Tag, den 12. Januar, auf eine Revolution gefaßt; in Wirklichkeit war freilich von einem vorsorglich entworfenen Plane der Unzufriedenen nicht die Rede; aber die allgemeine Erwartung und die Kampfbereitschaft der Truppen, die 6000 Mann stark auf den Plätzen Palermos standen, entfachten in der That den Aufstand. Ein ernstlicher Kampf fand zwar nicht statt; aber überall kam es zu kleinen planlosen Gefechten und zum Barrikadenbau. Während der Nacht ordneten sich die Empörer, und Zuzügler aus den umliegenden Ortschaften trafen ein; die Truppen setzten den Kampf in den Straßen nicht fort, sondern bombardierten die Stadt von dem Castell a mare aus. Daneben wurden Unterhandlungen angeknüpft; der Ausschuß der Aufständischen forderte die Herstellung der Verfassung von 1812; der Statthalter bot wenigstens Begnadigung und Reformen an. Aber seine Stellung verschlechterte sich von Tag zu Tag; am 25. Januar griffen die Palermitaner ihn selbst in der Burg an und schon in der folgenden Nacht entschloß er sich diese zu räumen. Auch die Hauptmacht der Königlichen, etwa 8000 Mann, die außerhalb der Stadt eine feste Stellung behaupteten, gab dieselbe am 27. auf und zog sich unter Kämpfen ostwärts zurück, und da endlich auch die neapolitanische Flotte den Hafen verließ und das Kastell von der Besatzung geräumt wurde, so war Palermo sich selbst überlassen. Eine vorläufige Regierung unter dem Vorsitz des ehrwürdigen Ruggiero Settimo übernahm die Leitung und erstreckte ihre Macht bald über die ganze Insel, einige Kastelle, wie die von Messina, ausgenommen. Vergebens suchte Ferdinand II. durch die Gewährung einer Verfassung für seine gesamten Staaten, die er am 29. Januar verkündete, die Abtrünnigen zu versöhnen; auch die Berufung eines liberalen Ministeriums (Boerio-Bozzelli) erwies sich als fruchtlos; Neapel fand dadurch seine Forderungen zunächst befriedigt, aber Sizilien verharrte im Aufruhr.

Aufstand in
Sizilien.

Die Westmächte und die Schweiz.

Englands Ver-
halten.

In sehr auffälliger Weise hatte die englische Regierung für diese Bewegung und überhaupt für den Liberalismus in Italien Partei ergriffen. Ein englisches Linienschiff war es, das sich am 4. Februar 1847 zwischen Palermo und Castellamare legte und so dem Bombardement ein Ende machte. Viel tiefer aber als dies vereinzelte militärische Einschreiten griff die Wirksamkeit der englischen Diplomatie. Nicht zufrieden mit seinen ständigen Vertretern, entsandte Lord Palmerston Ende 1847 einen besonderen Botschafter in der Person des Lord Minto, der nach einander in Turin, Florenz, Rom, Neapel die Regierungen zu liberalen Schritten ermunterte und zugleich mit den Häuptern der Bewegungspartei in Verkehr trat. Da Frankreich eine große Zurückhaltung beobachtete, so war diese Haltung Englands von bedeutendem Gewicht, und da sie nicht allein in Italien, sondern auch in anderen Ländern der liberalen Partei zu gute kam, so gebührt ihr kein geringer Anteil an der Herbeiführung der achtundvierziger Bewegung, die sich ohne Zweifel langsamer entwickelt hätte, wenn die Tories noch am Ruder gewesen wären. Aber Robert Peels Ministerium hatte nach fünfjährigem Regiment im Juni 1846 zurücktreten müssen. Obgleich es ein konservatives Kabinett gewesen war, verdankte ihm England doch mehr als einen Fortschritt. Zunächst hatte Peel den Staatshaushalt, der unter Melbourne mit einem Defizit abschloß, durch einen kühnen Schritt wieder in Ordnung gebracht; er wagte es nämlich eine dreiprozentige Einkommensteuer zu beantragen und drang damit am 5. April 1842 trotz aller Anstrengungen der Whigs durch. Die Überschüsse, über die er nun verfügen konnte, benutzte er zur Herabsetzung der Zölle. Der englische Tarif wies damals noch mehr als tausend verschiedene Positionen auf, die zum allergrößten Teil nur ganz geringfügige Erträge brachten. Hatte doch eine parlamentarische Untersuchung im Jahre 1840 gelehrt, daß zu der Gesamteinnahme aus Zöllen (etwa 460 Millionen Mark) 17 Artikel mit etwa 94 Prozent beitrugen, daß die folgenden vier Prozent auf 29 andere Positionen entfielen und die Hunderte von zollpflichtigen Warengattungen, die außerdem existierten, nur zwei Prozent, also keine halbe Million Pfund aufbrachten. Darin führte nun Peel durch seine Reformen von 1842 und 1845 erhebliche Besserungen herbei, indem er nicht allein viele Zölle ermäßigte, sondern auch die Zahl der Positionen auf 590 verminderte. Am lautesten forderte die öffentliche Meinung jedoch die Befreiung der Getreideeinfuhr von den auf ihr lastenden Abgaben. Die Bewegung, deren Seele der große Freihandelsmann Richard Cobden war, wuchs beständig und die Anticornlaw-League, die 1838 in Manchester ins Leben gerufen war, bestürmte das Parlament mit Bittschriften durch Beseitigung des Einfuhrzolles dem englischen Volke wohlfeileres Brot zu verschaffen. Sie stieß allerdings auf den entschlossenen Wider-

Ministerium
Peel.Aufhebung der
Kornzölle.

stand der großen Lords, deren Reichthum wesentlich in dem Ertrage ihrer umfangreichen Ländereien bestand und deren Interesse daher durch die freie Einfuhr des fremden Getreides gefährdet erschien. Die Torypartei war einmütig darin diesen Angriff auf die mächtige Stellung des hohen Adels abzuwehren. Nur ihr Führer Sir Robert Peel war anderer Meinung. Er verschloß sich nicht der Einsicht, daß die Bewegung gegen die Kornzölle eine tiefe Berechtigung habe und er erkannte zugleich, daß es im wohlverstandenen Parteiinteresse liege die gehässige Deutung zu vermeiden, als ob die Tories nur durch Vorrechte auf Kosten der großen Masse des Volkes sich erhalten könnten. Er selbst vertrat daher zur großen Entrüstung seiner Parteigenossen die Abschaffung der Kornzölle und reichte am 9. Dezember 1845 seine Entlassung ein, als das Ministerium ihm nicht folgen wollte. Nun erst gingen den Tories die Augen auf. Übernahmen jetzt die Whigs das Regiment, so wurde das Unterhaus aufgelöst; bei den Neuwahlen konnten die Gegner der Kornzölle mit größter Sicherheit auf den Sieg zählen; die Abschaffung war also nur eine Frage der Zeit und es bedurfte keines großen Scharfsinnes um einzusehen, daß der Gewinn dieser kurzen Frist erkauft werden müsse durch weit ungünstigere Bedingungen, unter denen die Whigs die verhaßten Zölle beseitigen würden. So fügten sich die Gegner denn, bitteren Groll im Herzen, dem unabwendbaren Zwang; Peel erhielt die Gewißheit, daß seine Bill in der nächsten Session durchgehen werde und nahm sein Entlassungsgeſuch zurück. Am 16. Mai 1846 genehmigte das Unterhaus, einige Wochen später das Oberhaus die Kornbill und damit eine Maßregel, die an Wichtigkeit der Katholikenbefreiung und der Parlamentsreform an die Seite trat. Peels Stellung aber war trotzdem gründlich erschüttert; die Tories wollten es ihm nicht verzeihen, daß er sie zu diesem Schritte gezwungen und noch in demselben Monat, in welchem das Oberhaus die Kornbill genehmigte, gaben sie ihm im Unterhaus ein Mißtrauensvotum, indem sie eine irische Bill, die er vorlegte, verwarfen. Denn auch seine Politik gegen die grüne Insel war durchaus nicht nach ihrem Sinn. Peel hatte in seiner Weise den Beschwerden derselben in einzelnen Stücken abzuhelpen gesucht. So setzte er die Maynoothbill durch, welche dem katholischen Priesterseminar in Maynooth eine erhöhte Staatsunterstützung gewährte. Dieses Zugeständnis erregte bei eifrigen Protestanten umsomehr Verdruß, als man ein angreifendes Vorgehen des Katholizismus gegen die anglikanische Kirche wahrzunehmen glaubte und in dieser letzteren selbst mit Besorgnis das Wachstum der puseyitischen Bewegung beobachtete. Angeregt von dem Oxford Professor Pusey und seinem Kollegen Newman verfolgte diese das Ziel alle die Satzungen und Gebräuche aus der römischen Kirche wieder aufzunehmen, welche dem Grundgesetze des Anglikanismus, den 39 Artikeln, nicht widersprachen. Geraume Zeit hindurch wurde ihr von den Bischöfen der Hochkirche kein Hindernis in den Weg gelegt; sobald dies aber geschah, seit 1843, bewiesen zahlreiche Übertritte zum Katholizismus,

Irland und der
Katholizismus.

daß allerdings ein starkes römisches Element in der Bewegung thätig war. Kein Wunder also, wenn das alte No-popery-Geschrei wieder zu erwachen begann und die öffentliche Meinung sich weiteren Zugeständnissen an den Katholizismus widersetzte. Irland und Katholizismus waren aber nahezu gleichbedeutende Begriffe. Die Klagen der Iren hingen eng mit dem Katholizismus zusammen; die Hoffnungen des Katholizismus beruhten vorzugsweise auf Irland. Mit doppelter Mißgunst betrachtete daher der protestantische Engländer die Repealbewegung, welche O'Connell unablässig in Fluß erhielt und die in Massenversammlungen (monster meetings) von Hunderttausenden ihren Ausdruck fand. Nicht immer ging es dabei ohne Störung des öffentlichen Friedens ab und im Oktober 1843 wurden O'Connell und neun seiner Anhänger wegen Aufreizung zur Empörung verhaftet. Von den Geschworenen verurteilt appellierte der Agitator an das Haus der Lords, ohne Zweifel mit sehr geringen Erwartungen hier freigesprochen zu werden. Daß dies gleichwohl geschah, kam der irischen Bewegung und seinem Ansehen keineswegs zu gute; die Rolle des Märtyrers würde ihm weit größere Kraft gegeben haben. Überdies fing er an zu fränkeln und mußte seine Thätigkeit einschränken. Ohne dem Ziel seines Strebens näher gekommen zu sein starb er am 15. Mai 1847 zu Genua.

Englisch-französische entente cordiale.

In der auswärtigen Politik hatte die gemeinsame konservative Gesinnung in den letzten Jahren eine enge Verbindung zwischen dem französischen und dem englischen Kabinett herbeigeführt, deren Festigkeit durch freundschaftliche Besuche, die Louis Philipp und Königin Victoria sich gegenseitig abstatteten, noch gewonnen hatte. Das „herzliche Einverständnis“, die entente cordiale, zwischen London und Paris war zu einem beliebten Schlagwort geworden und Louis Philipp ermüdete nicht die englische Monarchin unablässig seiner „lebhaften, aufrichtigen und sehr zärtlichen Freundschaft“ zu versichern. Es fehlte zwar nicht an manchen Reibereien und bei einigen Gelegenheiten erhitzte sich sogar hien und drüben die öffentliche Meinung bis zu einem bedenklichen Grade; aber die Streitfragen waren doch zu unbedeutend, als daß es darüber zu ernstlichem Zwist hätte kommen können. So hatte die französische Regierung am 20. Dezember 1841 einen Vertrag mit den anderen Großmächten geschlossen, durch welchen man sich gegenseitig das Recht einräumte Schiffe, die des Sklavenhandels verdächtig seien, zu durchsuchen. Darin sahen die Franzosen wunderlicherweise eine Beschimpfung ihrer Flagge, obgleich ihre Kriegsschiffe englischen und anderen Rauffahrern gegenüber dasselbe Recht erhielten. Nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten verlangte man die Aufhebung des Vertrages und die Regierung sah sich genötigt dem zu willfahren. Noch leidenschaftlicher wurde ein zweiter Streitpunkt behandelt. Im Jahre 1842 hatte der Admiral Dupetit-Thouars das französische Machtgebiet in Australien zu erweitern begonnen. England sah das ungern, ließ jedoch sowohl die Eingeleibung der Marquesasinseln als die Schutzherrschaft zu, welche Frank-

Zwistigkeiten.

reich von der Königin Pomare über die Gesellschaftsinseln erwarb. Schon im nächsten Jahre brachen indes zwischen Schützer und Schützling Mißhelligkeiten aus, an denen der englische Konsul Britchard, der 15 Jahre als Missionär auf Tahiti gewirkt und bei der Königin Pomare viel Einfluß hatte, nicht ohne Schuld war. Dupetit ließ sich dadurch verleiten die Königin abzusetzen, die Inseln in Besitz zu nehmen und Britchard, übrigens erst nachdem er seine Konsulatsflagge eingezogen, zu verhaften und auszuweisen. Darüber kam es nun in Parlament und Presse zu heftigen Erörterungen, die jenseit des Kanales ein gleich leidenschaftliches Echo fanden. Louis Philipp persönlich dachte indes über die Sache sehr kühl, und während die Heißsporne Sammlungen veranstalteten um Dupetit-Thouars durch einen Ehrendegen zu belohnen, bahnte er durch Vermittlung des Königs der Belgier eine Verständigung an. Die französische Regierung sprach mit einigen Vorbehalten ihr Bedauern über das Geschehene aus, Britchard erhielt eine Geldentschädigung, und Königin Pomare kehrte in ihr Schutzverhältnis zurück. Die entente cordiale war gerettet.

Etwa um dieselbe Zeit wurde in persönlichen Verhandlungen der Souveräne eine Vereinbarung auch über die schwierigste Frage herbeigeführt, welche die beiden Länder entzweien konnte, über die Vermählung der jungen Königin Isabella von Spanien. Gelegentlich der Besuche, welche Königin Victoria, begleitet von dem Minister des Auswärtigen, Lord Aberdeen, dem französischen Königspaar 1843 und 1845 in Tu made, erteilten nämlich Louis Philipp und Guizot das Versprechen die Hand Isabellas nicht, wie sie gewünscht, für des Königs Sohn, den Herzog von Montpensier, zu begehren. Dagegen verzichtete England auf die Bewerbung des Prinzen Leopold von Koburg, den Isabellas Mutter Maria Christina begünstigt hatte, und willigte ein, daß Montpensier die zwei Jahre jüngere Schwester Isabellas, Luisa, heiraten solle, sobald die Ehe Isabellas mit Nachkommenschaft gesegnet sei. Als Gemahl dachte man dieser beiderseits einen Bourbonen zu; aber Frankreich begünstigte den Vetter der Königin, Francisco, Herzog von Cadix, der gleich schwächlich an Körper und Geist war; England arbeitete für dessen Bruder, Don Enrique, Herzog von Sevilla. Den größten Einfluß auf die schließliche Entscheidung mußte naturgemäß Maria Christina üben. Zum großen Verdruß des englischen Kabinetts bot diese nun im Mai 1846 unerwartet die Hand ihrer Tochter dem von England aufgegebenen Koburger. Auf der Stelle beeilte sich Lord Aberdeen den britischen Gesandten in Madrid, Sir Henry Bulwer, der um diesen Schritt gewußt, zu verleugnen und dem Pariser Kabinett offenherzig die Sachlage mitzuteilen. Da überdies von Koburg nicht einmal eine Antwort auf die Bewerbung einging, so glaubte man in London mit Recht den ganzen Zwischenfall als ungeschehen betrachten zu dürfen. Anders in Paris. Es war gerade in den Tagen, wo Peel und Aberdeen den Whigs Platz machten und Palmerston unter John Russells Vorsitz von neuem die

Die spanischen
Geiraten.

Bruch zwischen
England und
Frankreich.

Leitung der auswärtigen Politik übernahm. Mit einem Eifer, der bei diesem den Verdacht hervorrief, Frankreich selbst habe Maria Christina zu jenem Anerbieten an den Koburger gedrängt um England in eine Falle zu locken, erklärte Guizot die Bewerbung Leopolds für eine wahrscheinliche und drohende Möglichkeit und sagte sich von den Verpflichtungen von Eu los. Wie sehr er dabei wider besseres Wissen handelte, ging daraus hervor, daß er seinen Gesandten in Madrid schon acht Wochen früher (5. Juli) angewiesen hatte für Don Francisco und gleichzeitig für Montpensier zu wirken, und daß bereits vier Tage vorher, am 28. August 1846, die Doppelverlobung Isabellas mit Franz und Luisas mit Montpensier unterzeichnet war. Der jungen Königin war, wie man erzählte, die Einwilligung in der Trunkenheit abgepreßt worden, nachdem sie die Nacht in skandalösen Orgien mit ihrer Mutter, dem französischen Gesandten und einigen Eingeweihten zugebracht hatte.

Mit diesem Meisterstück einer wortbrüchigen Diplomatie hatte Guizot das gute Einvernehmen zwischen Frankreich und England auf einen Schlag zerstört. Auch Louis Philipp fühlte das Schmählische und Verhängnisvolle dieses Schrittes wohl. Er wagte nicht ihn selbst der Königin Victoria anzuzeigen, obgleich er doch sonst mit ihr in eifrigem Briefwechsel stand; seine Frau mußte es thun. Auf deren gekünstelten Brief folgte eine sehr gemessene Antwort; auch am Hofe in London empfand man die Kränkung bitter. Und selbst im Schoße der orleanistischen Familie war man unglücklich über ein solches Verfahren; des Königs eigener Sohn, Joinville, beklagte den bedauerlichen Ruf der Treulosigkeit, in welchen dasselbe seinen Vater gebracht habe. Mochte dieser im ersten Gefühl des errungenen Erfolges die moralische Schlappe mehr als eine Unbequemlichkeit denn als ein Unglück empfinden; daß er sich bald von der Verderblichkeit dieser Politik überzeugte, beweist sein öfter wiederholtes Wort: Das geht zu weit, das drängt meine ganze Politik in falsche Bahnen!

Eine Annäherung an England lag so bald nicht wieder im Bereiche der Wahrscheinlichkeit. Wo er konnte, widersetzte sich Lord Palmerston den französischen Absichten. Gerade aus dem Wunsche Frankreich Unannehmlichkeiten zu schaffen sog sein Eifer die Revolution auf dem Festlande zu fördern die besten Kräfte. Wie er danach in Italien handelte, wurde oben erzählt; noch offenkundiger wurde der Zwiespalt in den Schweizer Wirren.

Die Schweiz.

In der Eidgenossenschaft war die Bewegung der dreißiger Jahre zwar äußerlich ziemlich erfolglos verlaufen; aber da vorzugsweise der Druck von außen, die Einmischung der Großmächte, dies Ergebnis herbeigeführt hatte, so gewann die Bewegung mit dem Erschlaffen desselben alsbald wieder Kräfte. Den letzten Triumph feierte die konservative Partei 1839 in Zürich. Die liberale Regierung hatte David Strauß, den Verfasser des Lebens Jesu, als Professor an die Universität berufen. Das erregte bei den Altgläubigen die tiefste Erbitterung; in

Der Zürcher
Putsch.

Lübingen war Strauß seines Buches wegen des Lehramtes entsetzt worden; nun sollte er um desselben Buches willen in Zürich eine Anstellung finden! Mit dem religiösen Unwillen verbanden sich überdies politische Erwägungen. Wenn irgend ein Anlaß, so war dieser geeignet die Massen gegen die liberale Regierung aufzuregen. Zu spät erkannte diese, daß sie weiter gegangen sei, als die religiöse Anschauung der großen Mehrheit zuließ. Sie lenkte ein und versetzte Strauß, noch ehe er sein Amt angetreten, mit Pension in den Ruhestand. Allein die politische Bewegung war jetzt bereits in Fluß gekommen, und es erübrigte der Regierung nichts als die Gewalt niederzulegen; am 6. September 1839 übernahm die konservativ=altgläubige Partei die Leitung der Geschäfte und behauptete dieselbe bis 1845. Mit weniger Glück suchten ihre Gesinnungsgenossen in Aargau dies Beispiel nachzuahmen. Die Liberalen dieses Kantons hatten im Januar 1841 eine Änderung der Verfassung durchgesetzt; dagegen lehnten sich die konservativen Katholiken, von den Mönchen unterstützt, gewaltsam auf; aber sie wurden nicht allein unterworfen, sondern büßten ihr Unterfangen auch durch die Einziehung alles Klostergrundes im Belauf von 7 Millionen Franken. Vergeblich legte Osterreich Verwahrung dagegen ein, indem es sich darauf berief, daß ein Teil dieser Klöster von den Habsburgern gestiftet sei; alles was es von Preußen und Frankreich unterstützt erreichte, war, daß wenigstens die drei Nonnenklöster bestehen blieben. Auch der Bundesrat erachtete dieses Zugeständnis für groß genug um nunmehr der Aufhebung der Mönchs=klöster, obgleich sie der Bundesverfassung zuwiderlief, seine Zustimmung zu geben.

Der aargauische Klosterstreit.

Um so lebhafter grollten die Ultramontanen über diese Bergewaltigung; um so rücksichtsloser glaubten sie nun auch ihrerseits da, wo sie das Heft in Händen hatten, ihre Macht gebrauchen zu dürfen. Die Zahl der Kantone, in welchen sie die Herrschaft führten, war immerhin nicht klein. Neben Freiburg, Uri, Zug und anderen, die von jeher ihnen angehört hatten, waren Wallis, Schwyz, Luzern, die ihnen in den dreißiger Jahren entrissen oder doch ins Schwanken gekommen waren, mittlerweile wiedergewonnen; Luzern war sogar zum eigentlichen Stützpunkt ihrer Macht geworden und lieferte ihnen in Siegwart Müller und Peter Leu zwei kampflustige und streitbare Führer, von denen besonders der zweite, ein reicher Bauer, durch seinen Einfluß auf die Landbevölkerung von großem Gewicht war. Um sich die Herrschaft auf die Dauer zu sichern beriefen sie trotz des Widerstandes der gemäßigten Parteigenossen, an deren Spitze der Staatschreiber Bernhard Meyer stand, die Jesuiten, die in Wallis, Freiburg und Schwyz bereits Niederlassungen besaßen, 1844 auch nach Luzern und übertrugen ihnen den Unterricht der Jugend. Da die Bevölkerung des Kantons mit großer Mehrheit am 24. Oktober diesen Beschluß bestätigte, konnte von seiten des Bundes kein Einwand erhoben werden, da er anderenfalls längst schon gegen Schwyz, Freiburg und Wallis hätte geltend gemacht sein müssen. Allein da für

Die Jesuiten in Luzern.

Die Frei-
scharenzüge.

die liberale Partei ihre ganze Zukunft vielleicht auf Menschenalter hinaus auf dem Spiele stand, glaubten ihre Führer einen Gewaltstreich wagen zu müssen und entwarfen den Plan am 8. Dezember 1844 das Zeughaus zu überrumpeln und mit den Waffen in der Hand das Jesuitenregiment zu stürzen; Gesinnungsgenossen aus den Nachbarkantonen würden ihnen, so hofften sie, zum Siege über ihre Mitbürger verhelfen. Aber das Unternehmen scheiterte vollständig, da es vor der Zeit verraten wurde. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, und da die Rache der herrschenden Partei nicht bloß die Führer der Gegner, deren Haupt der Dr. Steiger war, bedrohte, so entzogen sich über 1200 Liberale der Gefahr durch die Flucht. Unter diesen Umständen war der Ausbruch des Bürgerkrieges nur eine Frage der Zeit, denn die Flüchtigen sannten unablässig darauf mit fremder Hilfe in die Heimat zurückzukehren, während die Ultramontanen in Voraussicht eines solchen Versuches sich zum Widerstande bereit hielten. Kaum ein Vierteljahr verging, so trat das Erwartete ein. Freischaren, deren Bildung die Tagsatzung erfolglos verboten hatte, fielen, von dem Berner Ochsenbein und dem Nargauer Rothpleß geführt, am 30. März 1845 in den Kanton Luzern ein und rückten gegen die Hauptstadt vor. Indes die Regierung war zu ihrem Empfange bereit, und schon in der folgenden Nacht wurden die Eindringlinge über die Grenze zurückgeworfen, wobei über 100 das Wagnis mit dem Leben, beinah 2000 mit der Freiheit büßten. Soweit diese letzteren anderen Kantonen angehörten, wurden sie gegen ein Lösegeld, das die Tagsatzung bestimmte, freigegeben; den gefangenen Luzernern aber drohte das schlimmste Schicksal; Steiger wurde zum Tode verurteilt; doch gelang es ihm durch List aus dem Kerker zu entkommen. Nicht dasselbe Glück begünstigte seinen erbitterten Gegner, den Peter Leu, der im Juli desselben Jahres der Kugel eines Meuchelmörders zum Opfer fiel, der traurigste Beweis, bis zu welcher Hitze sich die Leidenschaft bereits gesteigert hatte. Ein weiteres Zeichen dafür war die Wahl, durch welche die Berner keinen Geringeren als den Führer des Freischarenzuges, den General Ochsenbein, an die Spitze ihres Kantons und damit, da diesen 1847 die Reihe traf Vorort zu sein, an die Spitze des ganzen Bundes beriefen. Die Luzerner antworteten auf diese unverhüllte Drohung durch einen nicht minder verständlichen Schritt; sie erneuerten das Sarner Bündnis von 1832, indem sie mit den übrigen strengkatholischen Kantonen, Uri, Unterwalden, Schwyz, Zug, Freiburg und Wallis, einen Vertrag schlossen, welchen die Gegner als „Sonderbund“ brandmarkten, und suchten sich nicht ohne Erfolg durch die Entsendung Meyers nach Turin und Wien Unterstützung an Geld und Waffen zu verschaffen. Es wäre alsbald zum offenen Kriege gekommen, wenn nicht eine ansehnliche Mittelpartei, aus den Kantonen Genf, St. Gallen, Basel-Stadt, Neuenburg und Appenzell bestehend, den Gegensatz zu mildern bemüht gewesen wäre und übereilte Beschlüsse auf der Tagsatzung verhindert hätte. Deshalb beiferten sich die Radikalen unablässig in einem Teile dieser Kantone selbst

Der Sonder-
bund.

ans Ruder zu kommen. Mittels eines Aufruhrs unter der Leitung James Fajys gelang ihnen das im Oktober 1846 in Genf und bald darauf auch in St. Gallen. Nun verfügten sie über die Mehrheit der Stimmen und es war vorauszusehen, daß die Tagsatzung von 1847 die Auflösung des Sonderbundes, die Zürich schon 1846 beantragt hatte, beschließen werde. Nur die Einmischung des Auslandes hätte diesen Beschluß und seine unausbleibliche Folge, den Bürgerkrieg, noch hintertreiben können. Aber die Großmächte waren in dieser Frage nichts weniger als einig. Rußland verhielt sich ziemlich gleichgültig; England hingegen nahm entschieden Partei für die Liberalen, während Metternich das Programm aufstellte, die Großmächte sollten zuerst gemeinsam ihre Gesandten abberufen, dann eine drohende Erklärung erlassen und schlimmsten Falls selbst bewaffnet für den Sonderbund einschreiten — ein Vorschlag, der wieder dem französischen Ministerpräsidenten Guizot zu weit ging, obgleich er, der Protestant, im übrigen ganz auf Seiten der Ultramontanen stand und auch von Frankreich den Sonderbundskantonen Waffen und Munition überlassen wurden. Preußen endlich war von dem Streite noch in ganz besonderer Weise dadurch berührt, daß Friedrich Wilhelm kraft der Wiener Verträge Souverän von Neuenburg war. Dieser Kanton geriet aber jetzt in die größten Verwicklungen. Er hatte bei überwiegend protestantischer Bevölkerung nicht eben Anlaß den Sieg der Ultramontanen zu wünschen; aber auch die Unterwerfung der Einzelkantone unter die Mehrheitsbeschlüsse der Tagsatzung lag nicht in seinem Vorteil, da gerade für ihn bei seiner eigentümlichen Stellung zu Preußen daraus leicht Verlegenheiten erwachsen konnten. Als nun trotz des Einspruchs der konservativen Großmächte die Tagsatzung am 20. Juli 1847 die Auflösung des Sonderbundes verfügte, befand sich Neuenburg auf Seiten der Minderheit ohne doch für den Sonderbund eintreten zu wollen oder zu können. Bald verschlimmerte sich die Lage noch mehr. Die Zwölfmehrrheit der Tagsatzung beschloß am 3. September die Vertreibung der Jesuiten aus der gesamten Schweiz. Diesem Gebote verweigerten die sieben Kantone ebensowohl den Gehorsam wie dem vorhergehenden; das äußerste, wozu sie sich verstehen wollten, war die Auflösung ihres Bündnisses, wenn dagegen die Tagsatzung die Jesuitenfrage sowie den Aargauer Klosterstreit dem Schiedsspruch des Papstes unterbreiten wolle. Darauf ging die Mehrheit natürlich nicht ein, und da auch das Verlangen der kontinentalen Großmächte sich dem Ausspruch eines Kongresses zu unterwerfen abgelehnt wurde, so konnten nur noch die Waffen entscheiden. Und diese entschieden schnell. Ende Oktober beriefen die Sonderbundskantone ihre Vertreter von der Tagsatzung ab, am 4. November beschloß diese Gewalt anzuwenden. Mit 30 000 Mann setzte sich General Dufour zunächst gegen Freiburg in Bewegung und zwang diesen Kanton zur Unterwerfung; acht Tage darauf mußte auch Zug sich fügen. An der Luzerner Grenze bei Gieslikon und Rothkreuz kam es dann am 23. November zum Entscheidungskampfe, in dem die Sonder-

Die Stellung
Neuenburgs.

Der Sonder-
bundsrieg.

bundstruppen durch die Übermacht zum Rückzuge und Luzern zur Ergebung gezwungen wurden. Ehe noch der Monat zu Ende ging, waren auch Wallis, Schwyz, Uri und Unterwalden besiegt und überall radikale Regierungen, in Luzern mit Dr. Steiger an der Spitze, eingesetzt. 378 Kanonenschüsse hatten ausgereicht den Krieg zu Ende zu führen. Diese schnelle Entwicklung hatte die Großmächte an einer bewaffneten Einmischung verhindert; das Geschehene rückgängig zu machen war an sich schon schwierig, sehr bald aber, nach dem Ausbruch der Februarrevolution, ganz unmöglich. Eine drohende Note, welche die vier Mächte im Januar 1848 übergeben ließen um die Wiederherstellung der vollen Kantonsouveränität zu fordern war ein Schlag ins Wasser, und unter dem Schutze der Revolution von 1848 vollzog die Schweiz ungestört ihre Umwandlung aus einem Staatenbund zu einem Bundesstaat. Am 12. September wurde eine neue Verfassung angenommen, welche die alte Tagsatzung beseitigte und durch die Bundesversammlung, bestehend aus Stände- und Nationalrat, ersetzte. Bern wurde zum ständigen Vortort bestimmt und die oberste Leitung einem von der Bundesversammlung zu wählenden Bundesrate mit jährlich wechselndem Vorsitz übertragen. Neuenburg trat in dieses Bundesverhältnis nicht mehr als preussisches Fürstentum ein; es hatte sein Verhältnis zu seinem Souverän Anfang März durch eine kurze Revolution gelöst und den preussischen Statthalter General von Pfuel zur Flucht gezwungen. Umsonst war Friedrich Wilhelm bemüht gewesen dem Kanton die Geldstrafe, zu welcher die Tagsatzung ihn wegen seiner Neutralität im Sonderbundskriege verurteilt, zu ersparen und die Herrschaft des Radikalismus von ihm abzuwehren. Wenn eine kleine Partei dem hohenzollerischen Hause auch treu ergeben war, so fühlte die Mehrheit der Bevölkerung sich doch zu sehr als Schweizer um der Verbindung mit der norddeutschen Großmacht Wert beizulegen, und wenn der König seinerseits sich aus allen Kräften sträubte das Geschehene anzuerkennen, so war es doch auch bei ihm nicht das wirkliche Interesse seines Landes, sondern das Überwallen einer krankhaften Gefühlspolitik, was ihn zum Widerstande und später noch zu manchem verkehrten Schritt verleitete.

Darin hatte er allerdings so unrecht nicht, daß er den Schweizer Vorgängen als dem Siege des Radikalismus eine hervorragende Bedeutung für das gesamte Europa zuschrieb. Es war in der That einer der Feuerfunken, welche herumflogen und die große Explosion des Jahres 1848 herbeiführten. Aber daß er diese Wirkung haben konnte, war doch ausschließlich dadurch bedingt, daß er ein Pulverfaß vorfand, welches er entzünden konnte, und dieses Pulverfaß war Frankreich. Die Schilderung der Zustände, welche dort herrschten, wird uns zu den Stürmen des „tollen Jahres“ hinüberleiten.

Die Großmächte.

Verfassungsreform.

Abfall von Neuenburg.

zu
Sta
auf
es
bis
ver
des
Sch
wei
Blü
mal
Kri
mit
Abe
Nul
183
füh
sch
geg
und
wü
Die
Här
Feh
Zu
nich
dro
dau
Rei
Sie
im
wer
Zü
sich
heir
4.
star
gür
star
und
wa

Frankreich bis zur Februar-Revolution.

Kriegerischen Ruhm hatte das Julikönigtum eigentlich nur in Afrika zu erringen gesucht. Die Kapitulation vom 4. Juli 1830 hatte die Stadt Algier in die Hände der Franzosen gebracht und sie, soweit es auf den Dey ankam, auch zu Herren des ganzen Landes gemacht. Aber es war nicht möglich sich darüber zu täuschen, daß die Abdankung des bisherigen Herrschers und die Bewältigung der Bevölkerung zwei ganz verschiedene Dinge seien. Allerdings erklärten zwei der großen Vasallen des Dey's, die Beys von Drau und Tittery (Hauptstadt Bona), im ersten Schreck ihre Unterwerfung und nur der dritte, der von Konstantine, verweigerte sie. Allein eine Schlappe, welche Bourmont sich vor der Stadt Blida holte, fachte überall den Widerstand von neuem an, und nicht einmal in Algier selbst fühlten sich die Franzosen sicher. Die gefährliche Krise, welche eintrat, als nach dem Sturz der Bourbonen Bourmont mit 150 Offizieren seine Entlassung forderte, ging zwar glücklich vorüber. Aber sein Nachfolger, der Marschall Clauzel, blieb zu kurze Zeit am Ruder, als daß er viel hätte ausrichten können, und Savary, der Ende 1831 den Oberbefehl erhielt, fachte durch seine unmenschliche Kriegsführung, die vor der Niedermebelung eines ganzen Stammes nicht zurückschreckte, die Wut der Araber nur noch mehr an. Mühsam hatte er sich gegen einen gewaltigen Angriff der verbündeten Stämme zu verteidigen, und sein Pascharegiment, dem auch die europäischen Ansiedler unterstellt wurden, schreckte überdies von der überaus nötigen Einwanderung ab. Diese nahm etwas zu als General Desmichels mit dem gefährlichsten Häuptling der westlichen Stämme, dem jugendlichen Abdel Kader, im Februar 1834 einen Freundschaftsvertrag schloß und die Regierung unter Zustimmung der Kammern das Land endgültig in Besitz nahm. Aber nicht einmal die Küstenebene war in ihrer Gewalt; von Blida aus bedrohten die Hadschuten die Ansiedler, und Abdel Kaders Freundschaft dauerte kaum ein Jahr. Sieg und Niederlage wechselten in bunter Reihe ab, und kaum die Mauern von Algier und Drau boten leidliche Sicherheit. Clauzel, der von der parlamentarischen Opposition begünstigt im November 1835 zum zweitenmal den Oberbefehl erhielt, vernichtete wenigstens die Hadschuten und unternahm ein paar nicht unrühmliche Züge nach Maskara und Tlemsen gegen Abdel Kader; allein er konnte sich dort nicht halten und auch ein großer Sieg, den in seiner Abwesenheit General Bugeaud am Flusse Sifat über den Emir davontrug (am 4. Juli 1836), war ohne dauernde Folgen; ein paar Wochen später

Kämpfe in Algier.

Abdel Kader.

Achmet Bey.

drei Seiten von einem wilden Bergstrom umflossene Cirta, wollte Clauzel im November 1836 erobern. Aber der Sturm mißglückte völlig; Regenwetter und Mangel an Lebensmitteln erschwerten den Rückzug, und nur der Kriegskunst des erfahrenen Führers war es zu danken, daß nicht die ganze Heeresabteilung zu Grunde ging. Obgleich er sich nichts weniger als unfähig gezeigt, wurde nun auch Clauzel wieder abberufen und noch einmal im Osten und Westen der Weg der Unterhandlungen betreten. Mit Abdel Kader kam auch wirklich ein Vertrag zustande. In einer Zusammenkunft, die er am 1. Juni 1837 mit Bugeaud am Flusse Tafna hatte, verpflichtete er sich zur Zahlung eines Tributes von Getreide und Rindvieh, wofür ihm der Besitz von fast ganz Algier bis auf Konstantine und einige Küstenstriche zugestanden wurde. Ähnliche Bedingungen wurden auch Achmet Bey gestellt, aber er lehnte sie ab. Nun war ein zweiter Zug gegen Konstantine nicht mehr zu umgehen. Glücklicherweise wurden die Schwierigkeiten des Marsches und die Unbill des Wetters überstanden; am 6. Oktober langte der kommandierende General Damrémont vor der Stadt an. Den Sturm zu leiten war ihm nicht beschieden; am Tage vorher streckte ihn eine feindliche Kugel zu Boden. Doch war alles vortrefflich vorbereitet und das Unternehmen glückte, wenngleich mit schweren Opfern. Am 12. Oktober wurde unter Balées Führung die Feste erstürmt; Oberstlieutenant Lamoricière war der erste in der Bresche. Mit dem Mute der Verzweiflung setzten Einwohner und Besatzung den Kampf in Häusern und Straßen fort; hunderte fanden ihren Tod durch den Sturz von den steilen Felsen; andere entkamen mit Hilfe von Seilen, an denen sie sich herabließen. Der Überlebenden wurde geschont, die Stadt aber erbarmungslos plünderung preisgegeben.

Erfürmung
von Konstan-
tine.

Kämpfe mit
Abdel Kader.

Für ein paar Jahre war damit Ruhe erkauft; aber welche Sicherheit gab es für ihre Dauer, solange Abdel Kader in ungebrochener Kraft da stand und nichts als der Vertrag von der Tafna ihn in Schranken hielt? Bald genug traten Anzeichen hervor, daß er von neuem an Krieg denke, und schneller als man erwartete, loderte ohne besonderen Anlaß im Oktober 1839 die Empörung im ganzen Lande wieder auf. Bis vor die Mauern Algiers und der anderen Küstenstädte drang der kühne Emir und eine lange Zeit verging, bis Verstärkungen aus dem Mutterlande eintrafen, die ihn zurückzutreiben vermochten. Jahrelang wogte nun der Krieg hin und her; fast immer trug die bessere Bewaffnung und der Mut des französischen Heeres den Sieg davon; aber diese Siege auszunutzen machten die List und Ausdauer des Feindes und die Beschaffenheit des Kriegsschauplatzes zur Unmöglichkeit. Auch Balée, dem die Eroberung von Konstantine den Marschallstab eingetragen hatte, büßte über dieser undankbaren Aufgabe seinen Ruhm wieder ein; Anfang 1841 wurde er durch Bugeaud ersetzt. Diesem erwies sich das Glück freundlicher; es gelang ihm im Laufe des Jahres Abdel Kader über die marokkanische Grenze zurückzudrängen; zwar unternahm derselbe von dort aus in den nächsten beiden Jahren in alter Unermüdlichkeit

immer neue Einfälle in das französische Gebiet; allein die Unterstützung, die er von den Marokkanern erhielt, wurde allmählich geringer und am 16. Mai 1843 gelang den Franzosen endlich ein Hauptschlag, der am Hof und bei der Regierung um so größeren Jubel erregte, als ein Sohn des Königs ihn ausführte. Der Herzog von Nemours an den afrikanischen Feldzügen wiederholt teilgenommen, überfiel und eroberte nämlich die Smalah, das wandernde Hoflager Abdel Kaders, und brach dadurch seine Macht so vollständig, daß ein einziges Treffen seine letzten Hilfsmittel aufrieb. Aber aus dem Kriege gegen den Emir entwickelte sich nun ein Krieg mit Marokko. Die Hilfe, welche jenem von dort zu teil geworden und manche kaum vermeidliche Grenzverletzungen führten im Mai und Juni 1844 zu Gefechten ehe noch der Krieg wirklich erklärt war. Lamoricière und Bugeaud schlugen die Feinde und der letztere, seit seinen Erfolgen über Abdel Kader Marschall, besetzte die marokkanische Stadt Ushda. Niemand war mit diesen Vorgängen weniger zufrieden als das englische Kabinett, das die Befestigung der französischen Macht in Afrika voll Unruhe beobachtete. Durch seinen Konsul in Tanger, Drummond Hay, verlangte und erreichte es deshalb von dem Kaiser Abderrahman, daß er den französischen Forderungen Genüge leiste. Aber diese Nachgiebigkeit kam zu spät, als daß sie den Marokkanern ein paar harte Schläge hätte ersparen können. Anfang August zerstörte Joinvilles Flotte die Festungswerke von Tanger und Mogador, und am 14. schlug Marschall Bugeaud die Feinde am Flusse Isly und erwarb sich dadurch den Herzogstitel. Der Friede, der am 10. September abgeschlossen wurde, war trotzdem ein sehr glimpflicher; Abdel Kader wurde ausgewiesen und die Grenze reguliert; härtere Bedingungen verhinderte England, das infolgedessen den Unwillen der öffentlichen Meinung in Frankreich mit der Regierung Louis Philipps teilen mußte. Die Ausweisung Abdel Kaders war aber leichter zugesagt als in Ausführung gebracht. Der tapfere Emir war entschlossen lieber seinen bisherigen Beschützer Abderrahman seinerseits aus dem Lande zu jagen. Der innere Krieg, welcher darüber in Marokko entstand, dauerte bis 1847; er endete mit Abdel Kaders Niederlage und Flucht auf französisches Gebiet. Hier ergab er sich dem General Lamoricière unter der Bedingung freien Abzugs nach Syrien oder Ägypten. Aber obgleich ihm nicht allein Lamoricière, sondern auch der Herzog von Nemours als Statthalter von Algier die Erfüllung zugesagt hatten, verweigerte doch Louis Philipp die Bestätigung und ließ den Gefangenen nach Frankreich bringen, wo er bis 1852 überwacht und dann endlich nach Brussa in Kleinasien entlassen wurde.

Endgültig gesichert war der Besitz von Algier auch jetzt noch nicht; aber die Fortschritte waren doch bedeutend; man konnte die kriegerische Eroberung weiter Provinzen als vollendet ansehen; es war Zeit, daß die friedliche Eroberung durch Ansiedlung ihr folgte. Allein auf diesem Felde waren den Franzosen keine Triumphe beschieden; sie bewährten

Krieg mit
Marokko.

Abdel Kader
gefangen.

Bedeutung
Algeriens für
Frankreich.

von neuem ihr sprichwörtliches Ungeschick in der Kolonisation. Damit ging der Hauptwert der neuen Besizung verloren und der einzige Vorteil, den ihnen Algier brachte, bestand darin, daß es eine vortreffliche Schule für ihre Armee war. Alle militärischen Namen, die sich in den nächsten Jahrzehnten in den inneren Wirren des Mutterlandes und auf den europäischen Schlachtfeldern einen Klang erwarben, tauchten zuerst in Algier aus dem Dunkel auf. Freilich trug der grausame und barbarische Charakter jener Kämpfe auch viel zur Verwilderung des französischen Heeres bei und mehr als einen berühmten Namen schändet das Brandmal unmenschlicher Roheit, so vor allen Bélissier, der 1845 in der Höhle von Darah 800 Araber durch angelegtes Feuer erstickte. Für die Julidynastie war der Kampf in der afrikanischen Besizung, so oft er auch zu Unbequemlichkeiten führte, im ganzen doch ein wertvolles Mittel um zunächst im Heere und sodann, durch die Befriedigung der Sucht nach militärischem Ruhm, auch im Lande Beliebtheit zu gewinnen. Die Beteiligung der königlichen Prinzen an diesen Feldzügen ließ einen Schimmer kriegerischen Glanzes auch auf das Haus Louis Philipps fallen, der persönlich weder Neigung noch Befähigung hatte ihn zu erwerben. Je sichtlicher aber seine Volkstümlichkeit im Abnehmen begriffen war, umso mehr mußte diese Stütze an Wert gewinnen. Mehrere seiner Söhne erfreuten sich beim Volke einer nicht geringen Beliebtheit, besonders der älteste, der Herzog von Orléans. Seine Vermählung mit der Prinzessin Helene von Mecklenburg und der gute Eindruck, den er als Freier in Wien und Berlin zurückgelassen, machten ihn im vollsten Sinne zur Hoffnung seines Hauses. Es war ein harter Schlag für den alternden König, daß gerade dieser Sohn ihm durch einen jähen Tod entrisen wurde. Im Begriff zu einer Truppenmusterung abzureisen fuhr der Herzog am 13. Juli 1842 von Paris nach Neuilly um sich vom Könige zu verabschieden. Plötzlich scheuten die Pferde und gingen mit dem Wagen durch. Der Herzog wollte sich durch einen Sprung retten, stürzte dabei aber so unglücklich, daß er auf der Stelle das Bewußtsein verlor und ein paar Stunden darauf den Geist aufgab.

für den König.

Der Herzog
von Orléans.

Das Regent-
schaftsgeleb.

Für die Zukunft des königlichen Hauses war dies Ereignis um so bedrohlicher, als der zweite Sohn Louis Philipps, der Herzog von Nemours, von allen seinen Brüdern der unbeliebteste war und doch auf ihn die Regentschaft übergehen mußte, wenn der König starb, ehe der älteste Sohn des Herzogs von Orléans, der vierjährige Graf von Paris, mündig wurde. Nun konnte man freilich nach altem Brauch die Mutter des Thronfolgers, die Herzogin Helene, zur Regentin ernennen; aber sie war eine Deutsche, eine Protestantin und vor allem eine Frau. Durfte man ihr die Kraft zutrauen in stürmisch bewegten Zeiten, wie sie der Tod Louis Philipps herbeiführen konnte, die Zügel in der Hand zu behalten? Daß aus den Reihen der Opposition Lamartine sich zu ihrem Ritter aufwarf, war auch keine Empfehlung. Die feinfühlende Fürstin bemerkte selbst sehr richtig den wirklichen Beweggrund des

politisierenden Dichters. Herr von Lamartine, so meinte sie, hat zwar für mich, aber er hat gegen die Regierung des Königs gesprochen. Die getreue Mehrheit der Abgeordneten erklärte sich natürlich für den Vorschlag des Ministeriums und übertrug noch im Juli 1842 dem Herzog von Nemours eintretenden Falls die Regentschaft. Wenn man nur auf diese allezeit willfähige Kammermehrheit sah, so mußte man glauben, daß der Thron der Orléans auf den festesten Grundlagen ruhe. Um den Anfang der vierziger Jahre waren die Feinde der neuen Dynastie nur als ein kleines Häuflein unter den Vertretern des Volkes zu finden; auch verrieten sie nur geringe Zuversicht, daß ihrer Wünsche eine nahe Erfüllung harre. Auch das änderte sich jedoch mit dem Tode des Herzogs von Orléans. Schon im nächsten Jahre erhoben die Legitimisten von neuem ihre Fahne, die länger als ein Jahrzehnt tief gesenkt gehalten war. Der Graf von Chambord, oder, wie sie ihn nannten, Heinrich V., ihr 23jähriger Thronprätendent, erschien in London und nahm dort die Huldigungen seiner Anhänger entgegen, die zahlreich zu ihm hinüber wallfahrten. Auch die Abgeordneten der Partei, Berruyer an ihrer Spitze, trugen kein Bedenken ihren zukünftigen König zu begrüßen, und der Grimm der Regierung konnte sich nur in ohnmächtigen Zornesausbrüchen Luft machen. Ja als die Kammer in einer Adresse an den König die Reise der Legitimisten als eine Handlung bezeichnete, welche von der öffentlichen Meinung gebrandmarkt werde, da trat die ganze Opposition bis zu den äußersten Republikanern für die Angegriffenen in die Schranken und die „öffentliche Meinung“ widersprach dem Urteil der Ministeriellen, indem Berruyer und seine Genossen nach ihrem freiwilligen Austritt aus der Kammer sogleich wiedergewählt wurden.

Graf Cham-
bord und die
Legitimisten.

Auch die Republikaner rührten sich seit 1842 mit neuem Eifer, geleitet von Ledru Rollin, der in diesem Jahre Abgeordneter wurde und das allgemeine Wahlrecht zu seinem Schlachtruf machte. Und doch schadete er mit seinen Freunden und schädeten die Anhänger Chambords dem Sukkronigtum viel weniger als die Männer der Linken, die keineswegs beabsichtigten die Orléans zu stürzen, ja die zum Teil erheblich zu der Wahl Louis Philipps beigetragen hatten. Die dynastische Opposition in ihren mannigfaltigen Schattierungen, die Thiers, Odilon Barrot, Lamartine, nährten durch ihre Angriffe auf Guizot zugleich die Geringschätzung gegen den König. Der heftige Tadel, den sie bei jeder Gelegenheit gegen das „Ministerium des Auslandes“ erhoben, reizte den Stolz der Franzosen, die keine abhängige Politik dulden wollten. Die übertriebenen Schilderungen, welche sie von der Unzufriedenheit des Landes gaben, erzeugten oder steigerten diese Unzufriedenheit auch da, wo sie entweder gar nicht oder nur in schwachen Ansätzen vorhanden war. So konnte Lamartine das Schlagwort, das er zuerst ausgab: Frankreich langweilt sich, allmählich getrost in das andere umwandeln: Frankreich gerät in Besorgnis — La France s'ennuie, la France

Die dynastische
Opposition.

s'attriste. Auch fehlte es nicht an mannigfachen Anzeichen, die Besorgnis erregen mußten. In den höheren Gesellschaftsklassen zeigten sich Spuren einer tiefen sittlichen Verderbnis, die in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Bestechungssysteme stand, durch welches sich Louis Philipp seit Jahren seine Kammermehrheit sicherte. Bei der Verwaltung der Kriegshäfen und der öffentlichen Getreidemagazine kamen unerhörte Unterschleife an den Tag. Dem Minister des Innern Duchatel wurde von dem Herausgeber der Presse, Emil von Girardin, öffentlich vorgeworfen bei einer großartigen Erpressung mitgewirkt zu haben; er verteidigte sich nicht dagegen. Derselbe Girardin klagte den Abgeordneten Granier von Cassagnac an seine Abstimmungen sich bezahlen zu lassen und behauptete, daß Sitze in der Pairskammer von dem Ministerium verkauft würden; weder der eine noch der andere Vorwurf wurde einer gerichtlichen Prüfung unterzogen. Bedurfte es da noch weiterer Beweise für diese und ähnliche Beschuldigungen? War es nicht natürlich, daß man aus dem Stillschweigen der Angeklagten ihr Schuldbewußtsein folgerte und aus den gerichtlich erhärteten Betrügereien den Schluß auch auf die Fälle zog, die nicht zur richterlichen Entscheidung kamen? Was man den Ministern Louis Philipps zutrauen dürfe, zeigten die Prozesse gegen den ehemaligen Kriegsminister Cubières und den früheren Bautenminister Teste, die von dem Pairshofe für schuldig erkannt wurden einer Bergwerksgesellschaft eine wertvolle Konzession verkauft zu haben. Der Selbstmord, durch welchen Teste seinem Leben ein Ende machen wollte, stand auch nicht vereinzelt da. Graf Bresson, der den Grafentitel den spanischen Heiraten verdankte, die er als Gesandter in Madrid vermittelt, schnitt sich in Neapel den Hals ab. Ungleich schauerlicher noch war die Geschichte des Herzogs von Choiseul-Praslin, der seine Frau, eine Tochter des Marschalls Sébastiani, ermordete und dann im Gefängnis sich selbst vergiftete. Eine arge Fäulnis, das war nicht zu leugnen, drohte sich ansteckend in der höheren Gesellschaft, in den Kreisen, welche fast ausschließlich das Staatsruder lenkten, zu verbreiten, und wer wollte Lamartine Unrecht geben, wenn er den Fall des Königtums prophezeite, das aus einer Nation von Bürgern eine Rotte von Schacherern mache und die mit dem Blute der Väter eroberte Freiheit an den Meistbietenden verkaufe. Leitete doch auch des Königs eigener Sohn Joinville in einem vertraulichen Briefe an seinen Bruder Nemours alles Unglück in der äußeren und inneren Politik allein von seines Vaters Verblendung ab, der keine Gegenvorstellungen annehme, der allein regieren wolle, und dem doch bei seinem hohen Alter die Kraft fehle männliche Entschlüsse zu fassen.

Der Sozialis-
mus.

Aber auch in den unteren Schichten der Bevölkerung wühlten verderbliche Einflüsse. Die sozialistischen und kommunistischen Ideen hatten sich in den letzten zwanzig Jahren in den Arbeiterklassen tief eingefressen. Obgleich in verschiedene Sekten geteilt, die teils nebeneinander bestanden, teils sich ablösten, wirkten doch die Anhänger dieser

Lehr-
zwei-
Ma-
wirt-
loft-
der-
weit-
einer-
geme-
zu f-
diese-
Pro-
scha-
und
Der
jenig-
liche-
buhl-
bot
sein
Satz
und
gesp-
und
von
Verf-
ständ-
ande-
opfer-
entg-
schof-
erst
Unte-
ökon-
man
Sie
Enfo-
ihner-
gütli-
ankn-
Vate-
des
führ-
„Ja-
nicht

Lehre zuletzt alle nach derselben Richtung. Die Unterschiede, welche zwischen ihren Theorien obwalteten, verschwanden in den Augen der Masse gegenüber dem einen gemeinsamen Grundzuge, daß die bestehende wirtschaftliche Ordnung verwerflich sei und daß die Menge der Besitzlosen das Recht und die Macht habe, sich ihren Anteil an den Gütern der besser gestellten Minderheit zu erobern. Auf mehr oder minder weitem Umwege liefen zuletzt alle die verschiedenen Systeme in dem einen Ziele zusammen das persönliche Eigentum aufzuheben und den gemeinsamen Genuß des gemeinsamen Arbeitsertrages an dessen Stelle zu setzen. Ein äußerer Zusammenhang bestand zwischen den meisten dieser Schulen nicht. Buonarotti, Saint Simon, Fourier, Cabet, Proudhon, ein jeder arbeitete sich sein eigenes Ideal der Zukunftsge-^{Proudhon.} schaft aus und suchte es nach Maßgabe des Anhangs, den er gewann, und der Mittel, die er sich dienstbar machen konnte, ins Leben zu führen. Der schärfste Denker von allen war Proudhon, zugleich aber auch derjenige, welcher dem praktischen Leben am fernsten stand. Mit unerbittlicher Schärfe vernichtete er die Systeme seiner Vorgänger und Nebenbuhler ohne selbst etwas Ausführbares vorschlagen zu können. Dennoch bot er der sozialistischen Bewegung einen der wirksamsten Hebel durch sein Schlagwort: Eigentum sei Diebstahl. — Damit war der oberste Satz aller kommunistischen Glaubensbekenntnisse in faßlicher Nacktheit und ohne verdunkelnde Nebenumstände mit nachdrücklicher Klarheit ausgesprochen und eine Losung ausgegeben, welche die Massen packen und für die Stunde der Revolution vorbereiten konnte, der Revolution, von der allein der Kommunismus sein Heil erwarten durfte. Denn die Versuche auf den Wege der Reform allmählich die gesellschaftlichen Zustände dem erträumten Ideal anzunähern erwiesen sich einer nach dem anderen als unausführbar, auch wenn ihnen anfangs begeisterte und opferwillige Unterstützung aus den Kreisen der Gebildeten und Begüterten entgegengetragen war. Am schnellsten und scheinbar am kräftigsten schoß das erste dieser Systeme, der Saint-Simonismus, empor, freilich<sup>St. Simonis-
mus.</sup> erst nach dem Tode seines Stifters, des Grafen St. Simon († 1825). Unter seinen Schülern befanden sich bedeutende Männer wie der Nationalökonom Michel Chevalier, Carnot, der Sohn des bekannten Konventsmannes, oder der später zu großem Reichtum gelangte Bankier Pereire. Sie bildeten eine geschlossene Familie, an deren Spitze zwei „Väter“, Infantin und Bazard, traten. Ihr Anhang und die Geldmittel, die ihnen zufließen, waren so bedeutend, daß sie mit dem Könige über die gütliche Abtretung seiner Regierungsrechte glaubten Unterhandlungen anknüpfen zu dürfen. Aber die Zeit des Aufschwungs war kurz genug. Vater Infantin und ein Teil der Genossen wollten die Gemeinsamkeit des Besitzes von dem Vermögen auch auf die Weiber übertragen und führten dadurch einen Bruch mit Bazard und demjenigen Teil der „Familie“ herbei, der die altväterische Moral in diesem Punkte doch für nicht veraltet hielt. Nur ein kleines Häuflein blieb dem Vater Infantin

treu und folgte ihm in seine Ansiedlung zu Ménilmontant bei Paris. Das harmlose Dasein, welches sie hier — mit Ausschluß jeder weiblichen Gemeinschaft — führten, wurde bald durch die Polizei gestört, und die Beurteilung der Häupter wegen gesetzwidriger Verbindung und Verbreitung unsittlicher Lehren zersprengte die Genossenschaft. In den

Fourier. In den allgemeinsten Umrissen hatten mit diesem Infantinschen Familiensystem die Projekte Fouriers Ähnlichkeit. Er wollte eine Schar von 1500 bis 1800 Menschen (eine Phalanx nannte er sie) zu gemeinsamer Arbeit und gemeinsamem Leben in einem einzigen Wohnorte, dem Phalansterium, vereinigen. Wenn es ihm nur gelinge eine einzige Genossenschaft der Art zustande zu bringen, so hoffte er durch die Macht des Beispiels bald alle Staaten in solche Phalansterien aufgelöst zu sehen; aber diesen ersten Schritt zu thun war ihm selbst nicht vergönnt, und die Versuche, welche später in Amerika gemacht wurden, scheiterten vollkommen. Nach

Cabet. Amerika flüchtete sich auch ein dritter Neuerer mit seinen Reformbestrebungen: Cabet, der seinen Idealstaat unter dem Namen Itarien in der Form einer Reisebeschreibung geschildert hatte. Seine Bürger sollten alle Arbeitserzeugnisse dem Gewerbsausschusse, der die Stelle der Regierung vertrat, einliefern und dieser sie in völlig gleicher Weise verteilen, die Trägen aber, die den Dieben gleich zu achten seien, durch Zwang zur Arbeit anhalten. Er hatte mit seinen praktischen Versuchen kaum größeres Glück als die Fourieristen und stellte sie überdies erst nach 1848 an; aber seine Ideen wirkten schon vorher auf die Massen und auf einzelne überspannte Köpfe. Die einflußreichsten Agitatoren waren indes in dem ersten Jahrzehnt der Julidynastie der Italiener

Buonarotti. Buonarotti und in dem zweiten der Schriftsteller Louis Blanc. Buonarotti bildete gleichsam das Bindeglied zwischen dem neueren Kommunismus und dem der Revolutionszeit; er hatte schon jener Verschwörung angehört, die Gracchus Babeuf 1796 gegen das Direktorium angezettelt hatte; nach vieljährigem Aufenthalt im Ausland kehrte er nach der Revolution von 1830 nach Paris zurück und erwarb sich einen mächtigen Einfluß unter den französischen und den fremdländischen Handwerksgehilfen, die er zu geheimen Bünden vereinigte und als Apostel seiner

Louis Blanc. Lehre in ihre Heimat entließ. Louis Blanc suchte, ebenso wie Proudhon, seine Sache so darzustellen, als ob sie von jeder Verwandtschaft mit den kommunistischen Systemen frei sei. Das persönliche Eigentum und die Heiligkeit der Ehe sollten nicht angetastet werden. Eine Besserung der gesellschaftlichen Zustände lasse sich durch Steigerung des politischen Einflusses der arbeitenden Klassen erzwingen. Mit Hilfe desselben solle die Arbeit organisiert werden. Der Staat müsse große gewerkliche Anstalten begründen und denselben das nötige Kapital unverzinslich darleihen; an dem Gewinn nehme jeder Arbeiter nach dem Maßstabe seiner Bedürfnisse teil. Durch gesetzliche Bestimmungen sollte das Erbrecht der Seitenlinien aufgehoben und nur für Eltern und Kinder beibehalten werden; in jedem anderen Falle trete der Staat als Erbe ein. So ließ

sich mit der Zeit eine Vernichtung der großen Privatvermögen und eine Vereinigung alles Kapitals in den Händen des Staates erzielen; es war also der Weg einer Überleitung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände in die künftigen kommunistischen gefunden. Mit dem einen Fuße ruhten diese Pläne — trotz ihrer Unausführbarkeit, die sich später erweisen sollte — auf den vorhandenen Verhältnissen und stellten greifbare Ziele durch packende Schlagwörter in den Vordergrund. Die „Organisation der Arbeit“ war ebenso verständlich wie die Proudhonsche Lehre von dem Eigentum, das nur Diebstahl sei. Auf diese Weise wurden die sozialistischen Gelüste zugleich in den Dienst der politischen Parteien gezogen und ein wichtiges Bündnis zwischen den Republikanern und den Kommunisten angebahnt. Wenn sich ihre Wege späterhin auch trennen mußten, so hatten sie doch als erste Station den Sturz der Monarchie, die Begründung der Republik gemein. Um dahin zu gelangen galt es die Mehrheit in den Kammern zu gewinnen, was nur durch die Ausdehnung des Wahlrechts zu erreichen war. In dieser Forderung vereinigten sich daher fürerst alle oppositionellen Parteien.

Demokraten
und Sozialisten.

Und nicht bloß die Ausdehnung, sondern überhaupt die Reform des Wahlrechts, des aktiven und des passiven, verlangten sie. Die Kammern waren mit vollem Recht in tiefste Mißachtung gesunken. Unbedenklich warf man ihnen und der Regierung den Vorwurf der Bestechlichkeit ins Gesicht. An diesem Vorwurf aber hatten auch die Wähler ihren Anteil, die sich häufig genug durch das Versprechen eines Brücken- oder Straßenbaus oder sonstiger Vorteile dazu bestimmen ließen einem der Regierung genehmen Bewerber ihre Vertretung anzuvertrauen. Die Abgeordneten selbst ließen sich ebensogut von dem Ministerium (durch Beförderung im Amte, Lieferungskontrakte u. dgl.), wie von Eisenbahngesellschaften und anderen gewerblichen Genossenschaften (durch Eintritt in den Verwaltungsrat oder sonstige Vorteile) bestechen. Die Versuche der Opposition das zu verhindern blieben erfolglos. In der Session von 1847 wurde weder Rémusat's Forderung gewisse Beamtenklassen aus der Kammer auszuschließen, noch Crémieux' Vorschlag die Beteiligung der Abgeordneten an industriellen Unternehmungen zu regeln, noch der Antrag Duvergiers de Hauranne auf eine gründliche Wahlreform angenommen. Dies bewog die Opposition einen regelrechten Feldzug zu eröffnen um die Stimme des Landes für die Reform zu gewinnen. Ein Wahlausschuß trat unter der Leitung Odilon Barrots mit einer Darlegung der herrschenden Übelstände vor das Volk; er zeigte, wie ungleich das Wahlrecht verteilt sei, wie hier 25 000, dort 150 000 Einwohner einen Vertreter zu wählen hätten, wie über 200 Beamte in der Kammer säßen und alle weniger Bemittelten von der Bewerbung ausgeschlossen seien, da keine Diäten gezahlt würden. Auf einem großen Bankett in Chateaurouge bei Paris wurden diese Gedanken in feurigen Reden weiter ausgeführt, und nach diesem Vorbilde in den verschiedensten Gegenden des Landes ähnliche Reform-

Ausdehnung
des Wahl-
rechts.

Reformban-
fette.

bankette veranstaltet. Die Regierung stellte sich, als fürchte sie, gestützt auf die Kammern, nichts von dieser Bewegung; es sei eine Aufregung, sagte der König in der Thronrede vom 28. Dezember, die von feindseligen und blinden Leidenschaften unterhalten, aber an der Einmütigkeit der großen Staatsgewalten sich brechen werde. Die gesetzgebende Versammlung stimmte diesen Worten in ihrer Antwort auf die Thronrede zu; kaum daß sie aus einem gewissen Anstandsgeföhle jene Leidenschaften, die ein so beträchtlicher Teil ihrer Mitglieder hegte und nährte, wenigstens nur als blinde, nicht auch, wie der König, als feindselige bezeichnete. Das Ministerium aber benutzte die Gelegenheit der Adressdebatte um durch den Mund Duchatels, des Ministers des Inneren, zu erklären, es werde auf Grund eines Gesetzes von 1790, dessen Anwendbarkeit mindestens zweifelhaft war, fortan alle Reformbankette verhindern. Dadurch noch mehr gereizt, beschloß die Opposition in Paris selbst ein solches Bankett zu veranstalten und abzuwarten, ob die Regierung es mit Gewalt zu vereiteln wagen werde. Nicht ohne Besorgnis sahen alle friedlich Gesinnten dem Tage des Festes, dem 22. Februar 1848, entgegen; wenn die Regierung mit bewaffneter Macht einschritt, war ein blutiger Ausgang unvermeidlich. Zwei Abgeordneten von der Rechten, Morny und Vitet, gelang es indes einen Mittelweg zu finden, der beiden Parteien Genüge zu leisten schien. Die Regierung sollte das Bankett zulassen und sich darauf beschränken ein Protokoll des Vorgangs aufzunehmen, auf Grund dessen sie dann bei den Gerichten Anklage wegen Verletzung des Gesetzes von 1790 erheben könne. Noch war dieses Abkommen von dem Könige nicht bestätigt, als am 21. Februar der Ausschuß der Opposition ein Manifest aus der Feder Armand Marrast's erließ, welches nicht bloß die Bevölkerung von Paris, sondern insbesondere auch die Nationalgarde aufforderte am nächsten Tage die Festgenossen in feierlichem Zuge von dem Magdalenenplaze in die Elyseischen Felder zu geleiten. Das durfte die Regierung sich unmöglich gefallen lassen, und auf eine Anfrage Odilon Barrots erklärte Duchatel noch an demselben Tage, daß er solche offenkundige Verhöhnung rechtsgültiger Gesetze verhindern werde. Sollte die Opposition es nun auf einen Kampf ankommen lassen? Dem dynastischen Teile derselben konnte nichts unerwünschter sein: ein Sieg des Volkes war für ihn ebenso verhängnisvoll wie ein Sieg der Regierung. Die Republikaner aber und die Sozialisten waren weit davon entfernt sich mit großen Hoffnungen zu tragen; sie hielten eine Niederlage selbst für wahrscheinlicher als einen Erfolg. Die entschlossene Sprache der Regierung verfehlte daher ihre Wirkung nicht. Gegen wenige Stimmen beschloß die Opposition am Abend des 21. das Bankett aufzuheben und statt dessen in einer Ansprache an das Volk die Absicht anzukündigen das Ministerium in Anklagezustand zu versetzen. Die Blätter der Partei brachten in der That am nächsten Morgen diese Erklärung und ermahnten das Volk sich ruhig zu verhalten. Aber es

Das Bankett
vom 22. Febr.

war zu spät um zu verhüten, daß nicht doch viele Tausende an dem bestimmten Sammelplatze vor der Magdalenenkirche sich einfanden. Unter diese mischten sich die Hezer der äußersten Linken, die Mitglieder der geheimen Gesellschaften, die Lagrange, Caussidière, Sobrier u. a. und überredeten die Menge, die allmählich ungeduldig wurde, um Mittag zu einem Zuge nach dem Parlamentsgebäude. Auf die Nachricht hiervon erschien ein Reiterregiment und trieb die Scharen auseinander. Dieser kleine Triumph war ohne Schwierigkeiten errungen, aber er hatte eine steigende Erbitterung der Massen im Gefolge. Hier und da fing man an Barrikaden zu erbauen; sie wurden von den Truppen meist ohne Kampf genommen. Der König blieb vollständig unbesorgt; dergleichen Krawalle hatte er nach und nach genug erlebt. Auch als am 23. morgens dasselbe Spiel sich wiederholte, achtete er es gering. Bald aber kamen ernstere Nachrichten. Die Nationalgarde zeigte sich unzuverlässig; auch aus ihren Reihen erscholl der Ruf: Hoch die Reform! Nieder mit Guizot! die Barrikaden vermehrten sich; die Truppen waren lau. Mehr noch als Louis Philipp empfand Guizot die Verschlimmerung der Lage; er bat nachmittags um seine Entlassung, und der König gewährte sie ihm und ließ Molé zu sich rufen.

Beginn der Unruhen.

Der 23. Febr.

Guizots Rücktritt.

Die Wirkung dieses Schrittes war die allergünstigste; ohne noch den Nachfolger des gestürzten Ministers zu kennen rechnete man doch mit Sicherheit darauf, daß er die Wahlreform betreiben werde, und mehr forderte man im allgemeinen noch nicht. Aber eine große Aufregung herrschte selbstverständlich unter den Massen, die abends die erleuchteten Boulevards durchzogen. Die Führer der geheimen Gesellschaften suchten daraus Vorteil zu ziehen. Auf ihren Antrieb rückten gegen 9 Uhr abends etwa 500 Arbeiter vor Guizots Palais, das durch eine Abteilung Truppen geschützt war. Der kommandierende Offizier suchte sie zurückzuhalten; auch als einer der Arbeiter ihn wiederholt insultierte, verhinderte er die Abwehr durch die Soldaten; endlich aber befahl er das Bajonett zu fällen; ein Sergeant Giacomini drückte los, unwillkürlich folgte die ganze Kompanie dem Beispiel, und im Augenblick lagen 50 Leichen, Männer, Weiber und Kinder, auf dem Platze.

Beginn des Kampfes.

Mord! Verrat! Zu den Waffen! so tönte es nun aus den Reihen der Menge. Die Leichen von sechs Gemordeten wurden auf einen Karren geladen und durch die Straßen geführt. Vor dem Hause des National erhitzte Armand Marrast, anderswo andere Redner die wutschnaubenden Massen noch mehr. Jetzt konnte kein Ministerwechsel die Aufgeregten mehr beschwichtigen. Molé, an dessen Forderungen der König noch zu dingen suchte, lehnte den erneuten Auftrag ab. Thiers, der um Mitternacht in die Tuilerien beschieden wurde, nahm zwar an, forderte und erreichte aber die Zulassung auch Odilon Barrots, so sehr sich auch Louis Philipp gegen diesen Hauptanstifter der „feindseligen und blinden Leidenschaften“ sträubte. Der Marschall Bugeaud, den Guizot noch im letzten Augenblick zum Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht ernannt

Ministerium Thiers.

hatte, wurde im Kommando der Nationalgarde durch Lamoricière, ein paar Stunden später auch in dem der Truppen durch Gérard ersetzt. Um 8 Uhr morgens am 24. Februar verkündigte ein Aufruf der neuen Minister die Einstellung der Feindseligkeiten, die Auflösung der Kammer, die Gewährung der Reform. Es war umsonst; über 1500 Barrikaden waren die Nacht hindurch errichtet; jetzt wollte man mehr. Ludwig Philipp läßt auf das Volk schießen wie Karl X.; wohlun, schicken wir ihn seinem Vorgänger nach! So lautete die Losung, die ein Extrablatt der Réforme um 9 Uhr ausgab. Eine Stunde später drangen die Aufständischen in das Palais Royal ein; unmittelbar bedrohten sie die Tuilerien. Wohl standen zu deren Schutze auf dem Karussellplatz mehrere Regimenter, aber ihr Geist war schlecht. Als der König, von seiner Gemahlin gedrängt, um Mittag an ihrer Front entlang ritt, begleitet von seinen Söhnen Nemours und Montpensier, empfingen ihn die Linientruppen stumm, die Nationalgardisten mit dem Gruß: Es lebe die Reform! Niedergeschlagen kehrte er in den Palast zurück. Gleich darauf stürzte unangemeldet der Deputierte Crémieux in das Zimmer. Danken Sie ab, Sire, oder der Thron ist auch Ihrer Dynastie verloren, rief er dem Erschrockenen zu. Nun begann ein heftiges Debattieren; die einen, besonders Montpensier, redeten dem Monarchen zu dem Räte zu folgen; die anderen, vor allem die greise Königin Amélie, beschworen ihn lieber zu Pferde zu steigen und in rühmlichem Kampfe zu fallen. Der König gehorchte der Mehrheit; mit langsamer aber fester Hand schrieb er die Urkunde, durch welche er die Krone seinem Enkel, dem Grafen von Paris, übertrug und ihm wünschte glücklich die große Aufgabe zu lösen, die ihm zufalle. Noch war er nicht fertig, als Bugeaud herbeigeeilt kam und den König abermals umzustimmen suchte. Ein kurzes Schwanken und Louis Philipp beharrte bei seinem Entschlus. Die Regentschaft übernahm auf Grund des Gesetzes von 1842 der Herzog von Nemours; außer ihm blieb die Mutter des neuen Königs, die Herzogin Helene, mit ihren beiden Kindern im Palaste zurück. Die anderen Mitglieder der königlichen Familie schickten sich an dem entthronten Monarchen zu folgen, der sich schnell in bürgerliche Kleidung warf und, gestützt von der Königin, durch den Tuileriengarten nach dem Eintrachtsplatze ging, wo ein Mietwagen bereit stand, der ihn und seine Mappe mit Wertpapieren unter dem Schutz einiger Kürassierschwadronen nach St. Cloud brachte. In einem zweiten und dritten Wagen folgten die übrigen Familienmitglieder.

Abdankung des Königs.

Berhandlungen der Abgeordneten-Kammer.

Kurze Zeit darauf verließen auch Nemours und die Herzogin von Orléans mit den beiden jungen Prinzen den Palast und begaben sich in das nahegelegene Sitzungsgebäude der gesetzgebenden Versammlung. Diese befand sich in unbehilflichster Ratlosigkeit und begrüßte deshalb das Erscheinen der Herzogin mit lautem Zuruf. Man hoffte, sie werde das Wort ergreifen, aber mit stummer Dankesverbeugung setzte sie sich mit ihren Söhnen neben der Rednertribüne nieder. Auch der Herzog

von Nemours blieb stumm. Nur der Abgeordnete Dupin, dessen Rat die Herzogin vornehmlich hergeführt hatte, stammelte einige Worte zu Gunsten des Grafen von Paris und empfahl der Herzogin die Regenschaft zu übertragen. Mittlerweile füllten sich die Galerien und selbst der Sitzungsaal mit allerlei Volk, und die Verhandlungen konnten nur mühsam fortgeführt werden. Lamartine schlug vor sie zu unterbrechen, solange die Herzogin anwesend sei. Diese schwankte, ob sie sich entfernen solle; sie verließ ihren Platz, kehrte aber vor der Thüre um und setzte sich wieder. Umbekümmert um ihre Gegenwart schwang sich jetzt Marie auf die Tribüne und beantragte die Einsetzung einer provisorischen Regierung. Umsonst suchte Odilon Barrot die Teilnahme der Versammlung für diese Frau und dieses Kind zu erwecken, auf deren Häuptern allein jetzt das Schicksal des Julikönigtums beruhe. Wohl fanden seine Worte ein beifälliges Echo, aber höher verstieg sich der Mut der Mehrheit nicht. Mit donnernder Stimme rief ihr der alte Legitimist Larochejacquelin ihr Todesurteil in die Ohren: Jetzt seid Ihr nichts mehr! Crémieux und Lamartine unterstützten die Forderung einer provisorischen Regierung; dringender als ihre Worte verlangten dasselbe die bewaffneten Massen, die jetzt in neuem Schwall in den Saal einstürmten. Schon hatten sie, trunken von dem Wein aus den Kellern der inzwischen geplünderten Tuilerien, den Präsidenten Sauzet gezwungen die Sitzung zu unterbrechen und eine Tricolore auf der Rednertribüne aufgepflanzt; drohend forderten sie die Ausrufung der Republik; das Leben der Herzogin und ihrer Kinder schwebte in der höchsten Gefahr; da entschloß sie sich endlich den Saal zu verlassen, in dem sie vergebens Hilfe zu finden gehofft. Einige Getreue bahnten ihr den Weg durch das Gedränge, aber sie vermochten nicht zu verhindern, daß die Kinder von der Mutter weggestoßen wurden. Der Graf von Paris wurde schon nach wenigen Minuten ihr wieder zugeführt, aber der jüngere Bruder, der Herzog von Chartres, war in der größten Gefahr zertreten zu werden und konnte erst ein paar Tage später der Mutter zurückgebracht werden, die inzwischen nach einem kurzen Aufenthalt im Invalidenhôtel von dem Grafen Montesquiou auf sein Schloß Bligny geleitet worden war.

Gefahr und
Flucht der
Herzogin von
Orleans.

In der Deputiertenkammer war der Tumult schnell auf den höchsten Punkt gestiegen. Lamartines Geistesgegenwart brachte etwas Ordnung in die Verwirrung. Er führte den einundachtzigjährigen Dupont de l'Eure auf den Präsidentenstuhl, verlangte das Wort, erhielt Ruhe und forderte alle Anwesenden, Abgeordnete wie Blusenmänner, zur Wahl einer provisorischen Regierung auf. Aus den abgegebenen Stimmzetteln setzte er kurz entschlossen willkürlich eine Liste zusammen, die unter dem Beifall der Menge von dem Präsidenten verlesen wurde. Sie enthielt die Namen Dupont de l'Eure, Lamartine, Garnier Pagès, Arago, Marie, Ledru Rollin und Crémieux. Ohne sich um die Rufe derer zu kümmern, welche noch Louis Blanc hinzugefügt wissen wollten, erklärte Lamartine,

Die provisori-
sche Regie-
rung.

daß die neue Regierung ihren Sitz sofort in das Stadthaus verlege, und begab sich unter dem Schutz einiger hundert Bewaffneter mit den meisten seiner Kollegen dorthin. Unter großen Schwierigkeiten gelangten sie an und in das Gebäude, das von Tausenden erfüllt war, und geraume Zeit verging, bis man ein abgelegenes Zimmer für die Sitzungen der Regierung eingerichtet hatte. Das erste Geschäft derselben war Louis Blanc, Armand Marrast, den Schriftsteller Flocon, den Verleger Pagnerre und den Schlossergesellen Albert zu Sekretären mit beratender Stimme zu ernennen. Diese fünf Männer befanden sich nämlich auf der Liste einer zweiten provisorischen Regierung, die in den Redaktionszimmern des National und der Réforme entworfen war und die im übrigen mit der Lamartineschen Liste übereinstimmte. Nachdem so ein drohender Zwiespalt beseitigt war, entwarf man einen Aufruf an das Volk um demselben die Auflösung des gesetzgebenden Körpers und die Einführung der Republik, vorbehaltlich einer Bestätigung durch allgemeine Volksabstimmung, anzukündigen. Dann wurden die Ministerien und andere wichtige Ämter besetzt, theils durch Mitglieder der Regierung (Lamartine Außen-, Ledru Rollin Innen-, Garnier Pagens Seinepräsekt und Maire von Paris etc), theils durch andere Personen (Courtais Nationalgarde, Caussidière Polizeipräsekt u. s. f.). Diese Maßregeln und eine Fülle von Verfügungen, die von den einzelnen Ministern alsbald erlassen wurden, kamen unter fortwährender Bedrohung der neubegründeten Regierung zustande. Denn unablässig drängten sich die Massen durch die hell erleuchteten Straßen der Stadt, und eine Bande nach der anderen erzwang sich den Eingang in das Rathaus. Nur der Beredsamkeit und Geistesgegenwart Lamartines war es zu danken, daß es zu keiner Gewaltthat kam. Einen Schwarm, der brüllend seinen Kopf begehrte, entwaffnete er mit der ironischen Bemerkung: Wollte Gott, es trüge ihn jeder von euch auf den Schultern, dann würdet ihr vernünftiger sein. Erst nach Mitternacht ließ der Andrang nach, aber nur um sich morgens am 25. zu erneuern. Wieder war es Lamartine, der durch Nachgiebigkeit oder Festigkeit, wie es der Augenblick erheischte, und durch manches glückliche Wort den Sturm beschwichtigte. „Gure rote Fahne“, so rief er denen zu, welche die Trikolore durch das Bluthbanner verdrängen wollten, „hat nur den Umzug um das Marsfeld gehalten und ist dabei mit dem Blute der Bürger getränkt; aber die Trikolore ist von der französischen Tapferkeit durch ganz Europa getragen; mit ihr würde die Hälfte von Frankreichs Ruhm im Dunkel der Vergessenheit versinken.“ Die Worte fanden Beifall und das dreifarbige Banner war gerettet; dagegen erkannte die provisorische Regierung ausdrücklich das Recht des Volkes auf Arbeit an und versprach für seinen Unterhalt zu sorgen. Im Laufe des Tages trat nach so langer Aufregung die natürliche Erschöpfung bei den Massen ein; auch beschwichtigte viele die erwünschte Kunde, daß die Forts um Paris von den Befehlshabern übergeben seien und von dort keine Gefahr mehr drohe. Größere Abteilungen der Nationalgarde stellten sich

Lamartine.

Der 25. Febr.

der
bilder
27. F
feierl
ausg
abgel
nung
Völk
nier
denk
Fran
und
räum
die V
Nach
forps
werkf
sich
Repu
wühl
Von
selbst
licher
samst
die S
sich i
nach
mont
verei
ville,
fehlig
ohne
die F
land,
weder
zur
Arme
das
Führ
droh
aber
eine
Nati
zu m

der Regierung zur Verfügung und aus den Banden der Roten selbst bildete Lamartine eine ihm dienstbare Truppe, die Municipalgarde. Am 27. Februar hatte er es so weit gebracht, daß die Regierung vom Volke feierlich anerkannt wurde. Auf dem Bastilleplatze wurde die Republik ausgerufen und eine Musterung über die bewaffnete Pariser Bevölkerung abgehalten. Einige Wochen der Ruhe benutzten die Minister zur Ordnung der wichtigsten Verhältnisse. Lamartine versicherte den fremden Völkern und Regierungen die friedlichen Gesinnungen Frankreichs; Garnier Pagès, der inzwischen Finanzminister geworden war, half der bedenklichen Leere in den Kassen durch ein Anlehen bei der Bank von Frankreich, durch eine Erhöhung der direkten Steuern um 45 Prozent und andere zum Teil sehr bedenkliche Maßregeln ab; Ledru Rollin räumte auf das rücksichtsloseste unter den Beamten auf und bereitete die Wahlen zur Nationalversammlung vor; Arago brachte die bewaffnete Macht auf eine Stärke von 580 000 Mann und stellte Beobachtungskorps an den Grenzen auf; Marie leitete die Einrichtung der Nationalwerkstätten und Louis Blanc präsiidierte einem Arbeiterparlamente, das sich im Luxemburgpalaste versammelte. Außerlich betrachtete man die Republik im besten Zuge sich zu befestigen; aber unter der Oberfläche wühlten die Gegensätze fort, und jeder Tag konnte neue Kämpfe bringen. Von den Monarchisten war freilich nichts zu befürchten. Die Orléans selbst hatten den Widerstand aufgegeben. Alle Mitglieder der königlichen Familie waren glücklich über die Grenze entkommen, am mühsamsten der König, der sich von St. Cloud nach Dreux und dann an die Küste der Normandie geflüchtet hatte und nach vergeblichem Versuche sich in Honfleur oder Trouville einzuschiffen erst am 2. März von Havre nach England entkam. Hier nahm er seinen Wohnsitz auf Schloß Claremont, das seinem Schwiegersohne, dem König der Belgier, gehörte und vereinigte da die meisten Mitglieder seiner Familie um sich. Auch Joinville, der die Flotte, und Numale, welcher die Armee in Algerien befehligte, stellten sich dort ein, nachdem sie ihre Ämter niedergelegt hatten ohne den hoffnungslosen Versuch einer Restauration zu machen. Nur die Herzogin von Orléans mit ihren beiden Söhnen kam nicht nach England, sondern begab sich nach Deutschland.

Die vorzüglichsten Diener des gestürzten Königs hielten sich entweder in stiller Zurückgezogenheit oder stellten sich der neuen Regierung zur Verfügung. Von dieser Seite war also nichts zu besorgen. Die Armee murrte wohl über die schlechte Behandlung, die sie erfuhr, und das Landvolk über den vermehrten Steuerdruck; aber es fehlten die Führer, ohne welche die Mißstimmung ungefährlich blieb. Um so bedrohlicher waren die sozialistischen Umtriebe. Seltsamerweise schufen aber gerade die antisozialistischen Mitglieder der Regierung den Roten eine förmliche Organisation, indem sie gegen Louis Blancs Stimme die Nationalwerkstätten einrichteten, teils um jenem seine Anhänger abspenstig zu machen, teils um durch die verkehrte Anlage, an der sie notwendig

Die Wirksamkeit der provisorischen Regierung.

Nationalwerkstätten und Arbeiterparlament.

Die königliche Familie.

Die Sozialisten.

scheitern mußte, die Idee selbst lächerlich zu machen. Die Arbeit wurde nur zum Schein betrieben. Sie bestand vorzugsweise aus zwecklosen Erdarbeiten, die das Geld des Staates verschluckten ohne etwas einzubringen. An 100 000 Menschen wurden so auf öffentliche Kosten ernährt. In Brigaden und Kompanien geteilt zogen sie unter ihren Führern jeden Morgen zur Arbeit und fanden sich abends in den Klubs wieder zusammen um aufhezkende Reden zu hören und zu halten. Die Zahl dieser Klubs stieg bald auf mehrere Hunderte; an der Spitze eines jeden stand irgend ein Verschwörer oder Oppositionsmann, ein Raspail, Barbès, Blanqui, Cabet und wie sie sonst hießen; als Centralpunkt diente der Klub der Klubs, der aus den Vorständen der einzelnen Vereine gebildet war. In diesen Kreisen war Lamartine der bestgehaßte Mann; man wußte recht gut, daß er allein in den stürmischen Februartagen die Verkündigung der sozialen Republik und der Kommune verhindert hatte; man wußte auch, daß niemand eifriger als er die Wahlen zur Nationalversammlung betrieb, von deren Zusammentritt die Klubs nichts wissen wollten, da sie die Beherrschung der öffentlichen Meinung in Paris mit keinem anderen zu teilen Lust hatten. Auch die den Sozialisten zugeneigten Mitglieder der Regierung, wie Ledru Rollin und Louis Blanc, suchten den Wahltag auf alle Weise zu verschieben. Eine lärmende Demonstration der Klubbisten kam ihnen dabei zu Hilfe. Weit über 100 000 Köpfe stark zogen sie am 17. März vor das Stadthaus und machten durch Blanqui ihre Forderungen geltend. Diesmal waren es besonders Ledru Rollin und Louis Blanc, die sie beschwichtigten und zum friedlichen Abzug bewogen. Die Wahlen wurden auf den 27. April verschoben und den Klubs das Recht erteilt in jedes Departement auf Staatskosten ein paar Sendlinge zu schicken um das Volk „aufzuklären“. Aber die Provinzbewohner erwiesen sich zum großen Teil als ungelehrige Schüler und trotz aller Anstrengungen durften Kommunisten und Sozialisten sich auf eine Mehrheit nach ihrem Wunsch keine Hoffnung machen. So planten sie denn einen letzten Handstreich um die Wahlen zu hintertreiben und die Regierung durch einen Wohlfahrtsausschuß zu verdrängen, an dessen Spitze sie Ledru Rollin zu setzen gedachten. Dieser war aber nicht geneigt eine solche Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen, sondern machte seinen Kollegen rechtzeitig Mitteilung von dem Vorhaben, so daß die roten Scharen, als sie am 16. April gegen das Stadthaus anrückten, dasselbe von ein paar tausend Mobilgardisten unter General Changarnier besetzt fanden und bald durch die in starken Legionen heranziehende Nationalgarde so umzingelt wurden, daß die Führer gute Miene zum bösen Spiele zu machen, jede feindliche Absicht abzuleugnen und der provisorischen Regierung ihre Huldigung darzubringen für rätlich fanden. Es war der erste wirkliche Sieg, den die Ordnung über die Zügellosigkeit davongetragen hatte; der friedliche Bürger fühlte sich wieder als Herr im Hause, und dieses erwachende Selbstbewußtsein wurde noch mächtig gestärkt durch die Muster-

Der 17. März.

Der 16. April.

Das Fest der
Verbrüderung.

rung,
garde
Berbr
Hände
waren
munip
ihr A
wählte
wohne
zehn
allein
es hö
bestan
geordn
alten
Monte
kamte
Phat
gehört
die fe
provis
und i
Frank
nister
zur W
die P
gebote
ihre S
Garni
und
Minis
vaign
Die L
hatte
worfen
mehrh
weit d
stätten
Klubs
ruhig
Zehnte
zu wa
Partei
jeder
nung

rung, welche Lamartine mit seinen Kollegen am 20. über die Nationalgarde abhielt. Etwa 350 000 Mann erschienen an diesem „Feste der Verbrüderung“ unter den Waffen und empfingen ihre Fahnen aus den Händen des Kriegsministers Arago; von welchem Geiste sie beseelt waren, zeigte der oft wiederholte donnernde Ruf: Nieder mit den Kommunisten! Acht Tage später fanden dann auch die Wahlen statt und ihr Ausfall gab der Ordnungspartei neue Stärke. Jedes Departement wählte in einem Wahlgange soviel Abgeordnete, daß auf je 40 000 Einwohner einer kam; die Gesamtzahl betrug 900. Lamartine wurde in zehn Departements mit etwa 2 300 000 Stimmen erwählt; in Paris allein erhielt er 260 000 Stimmen, während die Kandidaten der Klubbisten es höchstens auf 20 000 brachten. Ein großer Teil der Neugewählten bestand natürlich aus unbekanntem Männern; war die Zahl der Abgeordneten doch jetzt doppelt so groß wie früher; aber viele Häupter der alten Parteien, die Berryer, Larochejacquelin, Odilon Barrot, Duvergier, Montalembert, die Mitglieder der provisorischen Regierung, auch die bekanntesten Führer der Radikalen, wie Barbès, Caussidière, der Dichter Felix Phat u. s. f. waren doch in der Versammlung; zu den neuen Elementen gehörten zwei Prinzen Bonaparte und ein Murat. Am 4. Mai fand die feierliche Eröffnung statt; Dupont de l'Eure legte die Gewalt der provisorischen Regierung zu Händen der Nationalversammlung nieder und diese erklärte sofort die Republik für die dauernde Staatsform Frankreichs. Ein paar Tage später erstatteten Lamartine und die Minister Bericht über ihre Geschäftsführung; dann schritt man (am 10. Mai) zur Wahl eines Exekutivausschusses. Unwillig darüber daß Lamartine die Präsidentschaft, welche ihm aus den Reihen der Gemäßigten angeboten war, nach langem Besinnen abgelehnt hatte, entzogen ihm viele ihre Stimmen, so daß er unter den fünf Gewählten (außer ihm Arago, Garnier Pagès, Marie, Ledru Rollin) nur die vierte Stelle einnahm und Arago den Vorsitz der Exekutive erhielt. In dem neugebildeten Ministerium ragten Bastide (Auswärtiges), Crémieux (Justiz) und Cavaignac (Krieg) besonders hervor; Maire von Paris wurde Marrast. Die Ordnung des neuen Staatswesens war somit vollzogen; Frankreich hatte durch seine Vertreter die Republik bestätigt, die Kommune verworfen; Paris hatte zu diesem Beschlusse mit ungeheurer Stimmenmehrheit beigetragen. Und dennoch waren die neuen Verhältnisse noch weit davon entfernt gefestigt zu sein. Noch bestanden die Arbeiterwerkstätten, die das Vermögen des Landes vergeudeten; noch bestanden die Klubs, die unverdrossen schürten und wühlten und keine wahrhafte Beruhigung der öffentlichen Meinung zuließen; noch waren Tausende und Zehntausende bereit ihr Leben — und weiter hatten sie nichts — daran zu wagen um den besitzenden Klassen den Besitz und der herrschenden Partei die Herrschaft zu entreißen. Unzugänglich jeder Belehrung und jeder Beschwichtigung, ohne Verständnis für die Pflicht der Unterordnung unter den Gesamtwillen, voll nackter Eigensucht und roher Gleich-

Die Wahlen.

Die Nationalversammlung.

Lage des Landes.

gültigkeit gegen das Wohl anderer, ließen sie zu ihrer Bekämpfung nur das eine Mittel über, das sie selbst gebrauchten, die Gewalt. Sie forderten das Schwert heraus, und dem Schwerte sollten sie erliegen.